

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Mai 1981

Einzelpreis 4,- DM

XXI. Jahrgang

D 3476 EX

NACHRICHTEN so notwendig wie vor zwanzig Jahren

Von Wolfgang Abendroth

Am 1. Juni 1961 erschien die erste Ausgabe der NACHRICHTEN. Einer derjenigen, der die Entwicklung der Zeitschrift von Anfang an aufmerksam verfolgte, ist Wolfgang Abendroth, emeritierter Professor, der während seiner Lehrtätigkeit an der Marburger Universität eine ganze Generation Gewerkschafter erzog. Zum 20. Geburtstag der NACHRICHTEN schrieb er uns folgenden Beitrag:

Als die NACHRICHTEN entstanden, schien die innergewerkschaftliche Offensive der „sozialpartnerschaftlichen“ Rechten mit ihrer antikommunistischen Ideologie einem neuen Höhepunkt zu zustreben. Georg Leber hatte begonnen, die Bereitschaft der großen Organisationen der abhängigen Arbeit, demokratische Rechte und die Verfassung zu schützen, durch abstrakte „Staats-treue“ ersetzen zu wollen und für die Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung auch in den Gewerkschaften zu werben, aber jeden zum „Staatsteind“ zu ernennen, der noch von Klassen-gegensätzen und von der Notwendigkeit sprach, den kalten Krieg zu überwinden und ihn durch Verständigungs-politik, Friedenspolitik und Ablehnung der atomaren Waffenstationierung in Mitteleuropa zu bekämpfen.

Die NACHRICHTEN haben unter Heinz Seegers Führung gegen diese Anpas-sung an die restaurativen Interessen des Monopolkapitals damals den Kampf aufgenommen. Es war schwer, für die neue Zeitschrift einzutreten und sie als das wichtigste geistige Rückgrat der kämpferischen Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung zu stützen. Denn wer sich mit den NACHRICHTEN solidari-sierte, wurde sofort als „Kommunist“ und „Agent des Ostens“ verdächtigt.

Aber die NACHRICHTEN haben ihre Aufgabe erfüllt und geholten, autono-mer Gewerkschaftspolitik, die nicht den Interessen des deutschen Monopolka-pitals halb angepaßter, halb unterwor-fener Anpassungsstrategien, Konzes-sionen auf Konzessionen zu ma-

chen bereit war, im DGB freien Raum zu erhalten. Wäre das Wie-dererwachen kritischen und kämp-



terischen, jede „Sozialpartnerschafts“-Illusionen ablehnender Vorstellungen auch in den jüngeren Generationen der gewerkschaftlichen Funktionäre, trotz der fast totalen Beherrschung der „öffentlichen Meinung“ der Bundesrepu-blik, durch den Dogmatismus des ex-tremen Antikommunismus und Anti-marxismus in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ohne die ständige und geduldige Arbeit der NACHRICHTEN vorstellbar geworden? Wäre es mög-lich gewesen, die alte Vorstellungswelt der Arbeiterbewegung, die den sozia-ten Antagonismus jeder Entwicklungs-phase des Kapitalismus durchschaut,

5/81

unter diesen bitteren Bedingungen zu stabilisieren, die ökonomischen Krisen zu prognostizieren und die jeweils aktuel-ten Kampfziele und Kampfformen der Gewerkschaften aus der Realität jeden Tag neu glaubhaft zu entwi-keln, sie zu stabilisieren, wenn es die NACHRICHTEN als die Kampt- und Diskussionszeitschrift der gewerkschaftlichen Linken nicht gegeben hätte, die von erfahrenen alten Gewerk-schattern für eine jüngere Generation geschaffen worden war?

Das wäre es kaum. So sind die großen Erfolge der Gewerkschaften nach der Rezession von 1966/67 zum guten Teil der Schulungs- und Informationsarbeit der NACHRICHTEN, die in den an-fänglich noch bittersten Jahren des kalten Krieges und der allzu verbreiteten Illusionen über die ewige Kon-junktur und über den stetigen Auf-schwung den jüngeren Jahrgängen von gewerkschaftlichen Aktivisten kämpferisches gewerkschaftliches Denken sy-stematisch vermittelt haben, zu dan-ken.

Der Rückfall in die Krise, Aufrüstung und kalten Krieg, den wir gegenwärtig erleben, macht es doppelt notwendig, daß die NACHRICHTEN diesen Kampf weiterführen. Das neue DGB-Grund-satzprogramm hat die Kapitulation vor dem Sozialpartnerschaftsdenken ver-mieden und bietet Basis- und Aus-gangspunkt des weiteren Kampfes: die Verteidigung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen, ihrer sozialen Rechte und der Mitbestimmung und die Abwehr einer neuen, das Leben eines jeden bedrohenden atomaren Rüstungsspirale sind – wie 1961 – wieder zum zentralen Problem in einer zweiten Phase der Restauration geworden. Deshalb bleiben die NACHRICHTEN so notwendig, wie sie es vor zwanzig Jah-reen waren, als sie gegründet wurden.

Aus dem Inhalt:DGB-Kundgebungen am 1. Mai:
Frieden stand im Mittelpunkt

3

Aktivität der IG Metall durch-
kreuzte Unternehmerstrategie

4

Auch harte Tarifrunde bei Banken,
und im Einzelhandel

6

Was hat die Zinspolitik mit den
Arbeitsplätzen zu tun?

8

Kaum Wirtschaftswachstum –
aber steigende Rüstungs-
ausgaben

10

Auftakt zur
DGB-Jugendkonferenz

11

Auch in England entstand Basis
der Einheitsgewerkschaft
Interview mit Max Oppenheimer,
ehemaliges Mitglied der „Landes-
gruppe Deutscher Gewerkschafter
in Großbritannien“

12

Gewerkschaftsfunktionäre
auf 1.-Mai-Kundgebungen„Nicht wir Kommunisten haben
die „Unterwanderstiefel“ an“
Interview mit Herbert Mies,
Vorsitzender der DKPDGB-Forderungen
zur Bekämpfung
der Beschäftigungskrise

13-20

Unternehmerstimmen zum neuen
DGB-Grundsatzprogramm

21

Bundesregierung soll Vorschläge
der Sowjetunion aufgreifen
Interview mit Ingo Lehmann,
Jugend- und Bildungssekretär
der IG Druck und Papier

22

Mitbestimmungsänderungsgesetz
mit der Lupe betrachtet

24

Illegal Leiharbeit: Zustände
wie auf einem Sklavenmarkt

25

Die Bundesanstalt ist pleite –
Bevölkerung soll erneut bluten

26

In Polen geht auch das noch:
Bauern-„Gewerkschaft“
zugelassen

28

SED-Parteitag: Friedenskurs
und besseres Leben als Einheit

29

Krefelder Appell

DGB-Landesjugendkonferenz Hessen:

„Die DGB-Landesjugendkonferenz Hessen unterstützt alle Initiativen für Frieden und Abrüstung, soweit sie den dazu gefassten gewerkschaftlichen Beschlüssen nicht widersprechen, so z. B. den „Krefelder Appell“ oder die „Plattform Frieden und Abrüstung von Pax Christi“. Sie fordert den DGB-Landesbezirk Hessen auf, sich diesem Beschuß anzuschließen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Problem – Frieden und Abrüstung – einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

DGB-Jugend Essen:

„Wir begrüßen den Krefelder Appell und den Bielefelder Appell der SPD gegen die Stationierung von Mittelstreckenkörpern in Europa“, so lautet eine Erklärung, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

Erste Wirkung

Auf zunehmende Unruhe stößt die ständig steigende Zahl von Unterschriften unter den Krefelder Appell bei Aufrüstungsbefürwortern aller Couleur. Der Grund dafür liegt in der immer offener zutage tretenden Friedensliebe breiter Kreise der Bevölkerung, die nicht gewillt ist sein scheinen, eine vermeintliche nordatlantische Solidarität mit fatalen Folgen für unser Land über die eigenen Sicherheitsinteressen zu stellen.

Schon seit geraumer Zeit wird von Seiten der Rüstungsindustrie und ihrer politischen Exponenten in den ihnen weit offenstehenden Massenmedien der Versuch unternommen, gegen ihrer Ansicht nach zu starke pazifistische Tendenzen besonders unter der Jugend vorzugehen. Nun sehen sie sich veranlaßt, gegen den anfangs totgeschwiegenen Krefelder Appell zu Felde zu ziehen.

In der Trickkiste der Unternehmer nimmt dabei der Antikommunismus einen vornehmen ersten Platz ein. Konzernpostillen wie FAZ und Handelsblatt griffen nun zu. Anfang April „enthüllten“ sie ihren Lesern die Urheberschaft des Krefelder Appells: eine von der DKP in Übereinstimmung mit Moskauer diplomatischen Aktivitäten initiierte Bewegung, die schon bald den Charakter einer Volksbewegung ähnlich der „Kampf-dem-Atomtod-Bewegung“ oder der Bewegung gegen die Notstandsgezeuge erhalten, wenn nicht die zahlreichen Persönlichkeiten und die Organisationen, die sich dem Appell angeschlossen haben, bald erkennen würden, wem sie hier „auf den Leim“ gegangen seien.

Übrigens: Die Sache mit Mechtersheimer ist besonders pikant: Weil ein CSU-Politiker die SPD-Rüstungspolitik kritisiert, will Strauß ihn in die Wüste schicken! Bei der Sachlage braucht Strauß denn auch nicht mehr Kanzler zu werden.

okulus

Wider besseres Wissen über die Initiatoren des Friedensappells wird damit der Zweck der unternehmerischen Geogenoffensive offenbar: Alle diejenigen Kräfte, die sich der regierungsmäßlichen Politik der Aufrüstung zu widersetzen wagen, sollen mit dem Berührungstabu gegenüber Kommunisten vom Eintreten für Frieden und Abrüstung abgehalten werden.

Alles in allem zeigt der Krefelder Appell erste Wirkung bei den für die Rüstung Verantwortlichen. Die Demonstrationen anlässlich der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO und die Friedenswanderungen zu Ostern in allen Teilen der Bundesrepublik werden jetzt fortgesetzt und noch verstärkt werden müssen. B. K.

GLOSSE

Große Koalition?

Nun ist die Große Koalition in Bonn von CDU/CSU-SPD doch noch zustande gekommen, so wie Wehner es lange schon wollte. *De facto natürlich. Und dazu bedurfte es keiner Regierungsumbildung und keines Parlamentsbeschlusses. Man macht sie einfach; zunächst bei den Steuererhöhungen und bei der Rüstung.*

Es wird ja auch immer schwerer für Schmidt mit seiner eigenen Partei. Viele tausend Mitglieder und Funktionäre der SPD haben den Krefelder Appell und die Bielefelder Erklärung gegen die Bonner Gier auf Atomraketen unterschrieben. Der DGB hat gerade in seinem neuen Grundsatzprogramm dem atomaren Wettrüsten eine Absage erteilt. Die evangelische Kirche erhob warnend ihre Stimme. Und sogar ein CSU-Politiker und Friedensforscher, Mechtersheimer, warnt vor dem gefährlichen Kurs der Hochrüstung.

Das ist zuviel. Volksverdummung, vor allem durch die Kirche – ja! Aber Volksaufklärung – nein! Da kennen die Oberen keine Parteien mehr und rücken zusammen: Schmidt und Wehner knöpfen sich die aufmüpfigen Sozialdemokraten und Gewerkschafter vor; CDU-Carstens stucht die Kirche zurecht (wegen der ekelhaften Parole: „Frieden schaffen ohne Waffen!“); und Strauß läßt den Mechtersheimer rauschmeißen.

Übrigens: Die Sache mit Mechtersheimer ist besonders pikant: Weil ein CSU-Politiker die SPD-Rüstungspolitik kritisiert, will Strauß ihn in die Wüste schicken! Bei der Sachlage braucht Strauß denn auch nicht mehr Kanzler zu werden.

DGB-Kundgebungen am 1. Mai: Frieden stand im Mittelpunkt

Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beamte, darunter zahlreiche ausländische Beschäftigte, nahmen am 1. Mai an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen teil. Bekanntlich hatte der DGB den diesjährigen internationalen Kampftag der Arbeiterklasse unter das Motto: „Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit“ gestellt. Wichtige Probleme wie Frieden, Abrüstung und Entspannung waren in dem Aufruf jedoch nicht angesprochen worden. Dieses Versäumnis machten die Gewerkschafter gut. Ob in Kiel oder München, überall bestimmten Lösungen gegen die Raketenrüstung das Bild der Demonstrationen und Kundgebungen. Auch viele der Redner gingen auf dieses lebenswichtige Problem ein.

In diesem Jahr hatte sich der DGB für seine zentrale Kundgebung die Ruhrgebietsstadt Duisburg ausgesucht. 23 000 Gewerkschafter zogen in vier Demonstrationszügen zum Kundgebungsplatz „Arbeit in Frieden statt NATO-Doppelbeschuß“ und „Rohre statt Raketen – wir wollen in Frieden arbeiten“, so lauteten einige Lösungen. In seiner Rede ging DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter auf diese Forderungen ein. Er wandte sich gegen „Vernichtungswaffen, die uns nicht sicher, sondern ärmer machen“. Mißfallensbekundungen erntete Bundeskanzler Schmidt mit seinen antikommunistischen Ausfällen und für seine Aufforderung an die Arbeiter und Angestellten, den Gürtel enger zu schnallen. Solche Aussagen entsprachen nicht der Auffassung eines großen Teils der Kundgebungsteilnehmer.

Eindrucksvoll waren auch die Aussagen zu Frieden und Abrüstung, die der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein (er sprach in Hannover), und das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Christian Götz, in Hagen machten. Ohne Wenn und Aber forderten beide Redner die Rückgängigmachung des Raketenbeschlusses (siehe S. 13).

Ähnlich war der Tenor in der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt, der zu den 12 000 Teilnehmern auf dem historischen Frankfurter Römerberg sprach. In scharfer Form wandte er sich gegen Forderungen, die Sozialausgaben um 25 Prozent zugunsten der Aufrüstung zu kürzen. Das sei für die Gewerkschafter eine Provokation und unannehbar“.

Vitt bezeichnete es als fatales Konzept, erst aufzurüsten und dann über die Entspannung zu verhandeln. Das sei eine „zynische Strategie“, die die „Glaubwürdigkeit der Friedens- und Entspannungspolitik“ erschüttere.

Ein „bißchen mehr Ehrlichkeit“ verlangte Detlef Hensche, Mitglied des ge-

stung zu kommen. Ähnlich waren auch die Aussagen des Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Heinz Kluncker, vor mehreren tausend Mannheimer Gewerkschaftern. Er sprach sich für „die umfassende Sicherung des Friedens und die Ablehnung jeglicher militärischer Gewalt“ aus. Ziel müsse die allgemeine und kontrollierte Abrüstung sein.

In Mainz war es die seit Jahren bestbesuchte DGB-Maikundgebung, auf der Paul Plumeyer, bis 1980 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie, sprach. Mit dem NATO-Doppelbeschuß sei eine neue Phase des Wettrüstens eingeleitet worden. Es bestehe die Gefahr, so Plumeyer, daß in Mitteleuropa das menschliche Leben ausradiert werde. Deshalb müsse es zu Verhandlungen über Abrüstung in Ost und West kommen, „notfalls auch ohne die Amerikaner“. Er rief dazu auf, dem Kampf um den Frieden zu einer Aufgabe der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu machen. Entgegen diesen eindeutigen Aussagen befürwortete Berthold Keller, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil – Bekleidung, in Essen die Politik der militärischen Konfrontation. Er bezeichnete die Friedenskräfte in unserem Land als „politisch Blinde“ und „ideologisch geprägte Systemüberwinder“ und erhielt dafür postwendend in Unmutsäußerungen der Kundgebungsteilnehmer die Quittung.

Ein weiteres Problem, das auf allen Mai-Kundgebungen angesprochen wurde, war die steigende Massenarbeitslosigkeit. Praktische Gewerkschaftsarbeit hießt heute, so Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, in Marburg, „Solidarität mit allen Arbeitslosen, Kampf um jeden Arbeitsplatz, Kampf um das Recht auf Arbeit“. In diesem Zusammenhang sprach sich der IG-Metall-Funktionär für die 35-Stunden-Woche und Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze aus. Im Interesse der Jugendlichen forderte Preiss das 10. Schuljahr für alle und ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungssätzen.

„Die Fabriktores müssen für die Demokratie geöffnet werden, damit die Vorrherrschaft des Kapitals gestoppt wird“, das verlangte der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer auf der DGB-Maikundgebung in Bielefeld. Besondere Bedeutung kommt dem Kampf um Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung zu. Dieser Kampf müsse in Zukunft noch intensiver geführt werden, da, so Loderer wörtlich, „die Kräfte der Restauration“ angereten seien, „die Montanmitbestimmung, dieses Faustpfand der Wirtschaftsdemokratie, aus unserem gesellschaftlichen Leben zu verbannen“. Die Gewerkschaften würden nie zulassen, daß das Rad der Geschichte zurückgedreht und ein „Grundpfeiler des demokratischen Sozialstaates aus seiner Verankerung“ gerissen werde.

Gisela Mayer

Aktivität der IG Metall durchkreuzte Unternehmerstrategie

In Nordwürttemberg-Nordbaden erfolgte in der metallverarbeitenden Industrie der erste Tarifabschluß. Die Löhne und Gehälter werden ab 1. April 1981 um 4,9 Prozent erhöht. Für die Monate Februar und März wurde für alle eine Pauschale von je 160 DM vereinbart. Die Ausbildungsvergütungen steigen ebenfalls um 4,9 Prozent in den einzelnen Ausbildungsjahren auf 555 DM, 610 DM, 690 DM und 760 DM. Die Laufzeit beträgt 12 Monate bis zum 31. Januar 1982. Das Gesamtvolume dürfte etwas über 5 Prozent liegen. Die Große Tarifkommission hat gegen nur 3 Stimmen diesem Ergebnis zugestimmt.

Der Tarifabschluß kann nur gewertet werden, wenn er an dem tarifpolitischen Ziel der Unternehmer, der Zielstellung der IG Metall und auch den Bedingungen gemessen wird, die vor dem Abschluß vorhanden waren. In dieser Tarifrunde wollten die Unternehmer ihr schon seit langem verfolgtes Ziel verwirklichen und eine grundlegende Umverteilung der Einkommen zu ihren Gunsten durchsetzen. Die Entwicklung der Preise sollte ignoriert, die Löhne an die Produktivität gebunden und dadurch die realen Löhne und Gehälter massiv gesenkt werden. Den Unternehmern ist es nicht gelungen, ihr tarifpolitisches Ziel generell, aber dennoch in Teilbereichen durchzusetzen. Tatsache ist jedoch, daß die vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen die in der Zwischenzeit gestiegenen Preise, Sozialabgaben und Steuern nicht ausgleichen können. Dabei muß beachtet werden, daß die Tariflöhne Bruttolöhne sind. Das Nettoergebnis ist daher um ein gutes Prozent niedriger zu veranschlagen.

Die Unternehmerstrategie kam deshalb nicht voll zum Zuge, weil Millionen Arbeiter und Angestellte der Metallindustrie sich mit der „neuen Beweglichkeit“ (siehe Seite 5), durch Warnstreiks, Demonstrationen, Kundgebungen und vielfältige andere Aktivitäten gegen das Unternehmerdiktat wahrten.

Ob dieser wachsenden Politisierung erschraken die Unternehmer. Sie wissen, wenn die Arbeiter und Angestellten erkennen, daß die Ursachen ihrer Probleme in der Herrschaft des Kapitals liegen, diese dauerhaft gefährdet ist. Die Unternehmer spürten, daß diese politische Mobilisierung für die IG Metall die entscheidende Grundlage war, um der gewerkschaftlichen Zielvorstellung dieser Tarifrunde näher zu kommen. In einer solchen Situation sind die Unternehmer bereit, auch finanzielle Zugeständnisse zu machen, damit ihre politische Macht unangetastet bleibt, die ihnen ungestört Profite garantiert.

Wenn schon die Unternehmer auf die Aktivierung der Mitgliedschaft der IG

Größere Bewegungen und damit aktive Solidarität gab es nur im Bereich der Gewerkschaft HBV. Von einer im positiven wirksamen Koordinierung des DGB-Bundesvorstandes war nichts zu merken.

Es gab aber auch Unsicherheit in der IG Metall selbst, die einer vollen Mobilisierung im Wege stand. Es gab zwar viel Bemühen, aber eine über die ganze Periode der Tarifauseinandersetzung reichende, in sich schlüssige Konzeption war nicht zu erkennen. Als die „neue Beweglichkeit“ Anfang April ihren Höhepunkt erreichte, machte der Kölner Bezirksleiter Karlheinz Bräuer den Vorschlag, die Löhne und Gehälter um 4,9 Prozent zu erhöhen sowie nach einer Einmalzahlung für die unteren Lohngruppen. Er hatte dies mit dem für die Tarifpolitik zuständigen Mitglied des geschäftsführenden Vorstands, Hans Janßen, abgestimmt unter Umgehung der Tarifkommission und des Vorstands. Hans Janßen fungierte auch in Wiesbaden als Berater, als dort das später von der Großen Tarifkommission abgelehnte Verhandlungsergebnis zustande kam. Auch hier wurden negative Daten gesetzt.

In diesem Zusammenhang kann an den 13. ordentlichen Gewerkschaftstag erinnert werden, der vor gut einem halben Jahr in Westberlin stattfand. Dort war kritisiert worden, daß in der Lohnrunde 1980 der Herzschlag der Basis ungenügend gehört worden sei. In der Entschließung 12 wurde deshalb beschlossen, daß, verbunden mit der rechtzeitigen vorherigen Einbeziehung der Mitglieder und Funktionäre in den Meinungsbildungsprozeß beim Aufstellen der Forderungen bis hin zum Tarifabschluß, eine breite Information und Diskussion unerlässlich sei „über die einzelnen Phasen der Verhandlungen zur Durchsetzung der Forderungen“. In NRW und in Hessen geschah dies ungenügend. Die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses in den Großen Tarifkommissionen war daher die Folge.

Es erhebt sich auch die Frage, ob das ständige In-den-Vordergrund-Stellen der Kompromißbereitschaft nicht ebenfalls hinderlich war. Selbstverständlich ist jeder Tarifabschluß, auch nach einem Arbeitskampf, ein Kompromiß. In der Tarifauseinandersetzung sollte jedoch die aufgestellte Forderung stets im Blickfeld bleiben, weil so die Mobilisierung der Mitgliedschaft begünstigt wird. Von dieser hängt dann letztlich die Qualität des Kompromisses ab.

Die größte Zielstrebigkeit und klarste Strategie war in dieser Tarifrunde in Baden-Württemberg vorhanden. Wäre dies in allen Tarifbezirken und bei den im Vorstand für die Tarifpolitik besonders Verantwortlichen gleichsam so gewesen, dann, aber auch nur dann, wäre ein höheres Ergebnis möglich gewesen, daß der Zielstellung dieser Tarifrunde besser gerecht geworden wäre.

H. Schäfer

Neue Beweglichkeit ergänzt traditionelle Kampfformen

Warnstreiks, Demonstrationen, Informationsstände, von Unterzeichnern selbstbezahlte Annoncen, Aufklärung der Familien, volle Ausnutzung aller Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes, wie Festlegung der Termine von Betriebsversammlungen für das ganze Jahr und Verweigerung von Überstunden und Schichtarbeit, standen in der Metallverarbeitung seit Ablauf der Friedenspflicht Ende Februar auf der Tagesordnung. Die IG Metall bezeichnet dies als „neue Beweglichkeit“. Sie sei, wie der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, auf einer Funktionärskonferenz in Fellbach erklärte, „kein Streik-Vorgeplänkel“, sondern „eine selbständige Kampfform“.

Diese „neue Beweglichkeit“ ist die Zusammenfassung und planmäßige Anwendung bereits bewährter Kampfmittel und -formen und läßt dem Einfallsreichtum und der Initiative der gewerkschaftlichen Basis einen breiten Raum.

Die Weichen dafür wurden auf der Klausurtagung des Vorstandes der IG Metall vom 22. bis 27. April 1979 in dem Harzstädtchen Braunlage gestellt. Angesichts der Unternehmerstrategie, über die Ausprägung die Gewerkschaften auszubluten, und der Tatsache, daß die finanziellen Mittel und Möglichkeiten der IG Metall nicht unbeschränkt sind, wurde überlegt, wie die Unternehmer getroffen und zugleich die Gewerkschaftskasse nicht ruiniert wird. Die „neue Beweglichkeit“ schließt ein, daß jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied die Kosten, die ihm durch die Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktionen entstehen, selbst trägt. Die IG Metall erwartet folglich von ihren Mitgliedern größere Opfer, weil ohne wachsende Opferbereitschaft die Unternehmer nicht in die Schranken gewiesen werden können. Das Ziel der „neuen Beweglichkeit“ ist es, mit einem Minimum an Kosten für die gewerkschaftliche Organisation ein höchstmögliches Ergebnis zu erreichen.

Der IG Metall gelang es, mehr als 2 Millionen Mitglieder dafür zu gewinnen, sich in irgendeiner Form an einer gewerkschaftlichen Aktion zu beteiligen, vor allem an Warnstreiks und Demonstrationen. Hunderttausende machten dies zum ersten Mal. Am 22. April fand ein bundesweiter Warnstreik statt.

Verschiedentlich wird gegen diese neue Kampfform eingewandt, daß der ökonomische Druck nicht allzu stark sei und daher die Unternehmer nicht allzu schwer getroffen würden. Dies scheint auf den ersten Blick zutreffend, obwohl dies nicht notwendigerweise so sein muß. Sicherlich werden die Erfahrungen der „neuen Beweglichkeit“, wenn sie nach dieser Tarifrunde ausgewertet werden, Wege aufzeigen, wie die gewerkschaftlichen Aktivitäten noch besser koordiniert und auch konzen-

triert werden können, um die ökonomischen Auswirkungen auf die Unternehmer zu verstärken. Es ist daher keineswegs eine Abwertung, wenn die „neue Beweglichkeit“ mit einer Taktik der Nadelstiche verglichen wird. Diese Taktik der Nadelstiche sollte, wenn es nach den Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg geht, so lange fortgesetzt werden, „bis wir ihnen den Hintern durchlöchert haben“.

Wenn der ökonomische Druck der „neuen Beweglichkeit“ noch keineswegs mit dem eines Streiks gleichgesetzt werden kann, so sind jedoch die politischen Auswirkungen, die indirekt auch ökonomische sind, nicht zu übersehen. Die „Wirtschaftswoche“ (3. April 1981) schreibt, daß solche Veranstaltungen der Gewerkschaften immer emotionale Nebenwirkungen hätten, die „schlimmer“ seien als der materielle Schaden, den sie verursachen. Die „heile Welt der Sozialpartnerschaft“, so wird da vermerkt, „geht zu Bruch, wenn sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber ohne die Schutzschränke geregelter Beziehungen einander gegenüberstehen. Aus der organisierten Veranstaltung wird so eine Art spontaner Bewegung, die sich bis an den Rand des Aufruhrs aufheizen kann“.

Wenn gleich es sich bei der „neuen Beweglichkeit“ um eine neue Kampfform handelt, so wäre es sicherlich verfehlt, sie zu verselbständigen und den herkömmlichen gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten, insbesondere dem Streik, entgegenzustellen. Beide Kampfformen müssen sich ergänzen. Erst ihre Kombination und der daraus resultierende Druck auf die Unternehmer wird in der Lage sein, solche Ergebnisse zu erzielen, die dem Charakter einer aktiven Lohnpolitik entsprechen.

So nimmt es auch nicht wunder, daß die Unternehmerorgane nervös wurden. So rief das „Handelsblatt“ dazu auf, den Mißbrauch der Tarifautonomie zu verhindern, entweder durch eine „Staatsaufsicht“ oder durch eine „neue Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung“.

H. Schäfer

Bau und Bergbau

Die IG Bau – Steine – Erden und die IG Bergbau und Energie, zwei wesensgleiche, sozialpartnerschaftliche Politik zuneigende Gewerkschaften, haben in diesem Jahr, ohne daß besondere Eile geboten gewesen wäre, gedrängt, schon vor Auslaufen der Tarifverträge zu neuen Abschlüssen zu kommen.

Wenn es in der IG Bau – Steine – Erden dennoch nicht gelang, den Tarifvorschlag vom 27. Februar, den die Tarifkommission zur Annahme empfohlen hatte, wirksam werden zu lassen, so allein deshalb, weil die Mitgliedschaft nicht bereit war zuzustimmen. Der nunmehr vorliegende Schiedsspruch der Zentralschlichtungsstelle im Baugewerbe, den die Tarifkommission ebenfalls befürwortet, sieht gegenüber dem ursprünglichen Tarifvorschlag nur geringfügige materielle Verbesserungen vor. Nach wie vor sollen die Löhne nur um 4 Prozent steigen.

Der Teil eines 13. Monatseinkommens wird in zwei Stufen erhöht und erreicht 1982 60 Prozent (102 Stunden) eines Monatseinkommens. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 5. Mai, es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß der Schiedsspruch von den zuständigen Gremien der Gewerkschaft angenommen wird.

Bei der unnötigen Hektik im Baugewerbe wurde nicht nur von Mitgliedern der IG Metall gefragt, ob angesichts des konzentrischen Angriffs der Unternehmer auf die IG Metall nicht die notwendige Solidarität mit einer kämpfenden Gewerkschaft verletzt wurde.

Noch mehr Verwunderung mußte jedoch die Art und Weise erwecken, mit der die IG Bergbau und Energie im Steinkohlenbergbau zu einem Tarifabschluß kam. Nachdem am Freitag nachmittag, dem 24. April, die Verhandlungen ohne ein Angebot des Unternehmerverbandes abgebrochen worden waren, wurde wenige Stunden später vereinbart, weiterzuverhandeln. Dies ist sicherlich kein Zufall, sondern hängt damit zusammen, daß die hessische Tarifkommission der IG Metall das als Modell auch für andere Bezirke vorgesehene Ergebnis abgelehnt hatte. Es wurde nunmehr für den Steinkohlenbergbau ein Tarifvertrag vereinbart, der im Kern eine 4,6prozentige Lohnerhöhung bringt.

Der Tarifexperte der IG Bergbau und Energie, Hans Alker, wertete dieses Ergebnis als ein gutes Zeichen für die gegenwärtige Tarifsituation unseres Landes und hofft auf eine Signalwirkung. Den Metallern, die zuvor unter vielen Mühen die Unternehmer von ihrer produktivitätsorientierten Lohnpolitik weggedrängt hatten und mit dem Verhandlungsergebnis nicht einverstanden waren, mußten dies als einen Schlag in den Rücken empfinden.

H. Sch.

Harte Tarifrunde bei Banken und im Einzelhandel

Auch die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) befindet sich in harten Tarifauseinandersetzungen. Für rund 1,8 Millionen Einzelhandelsbeschäftigte sowie 315 000 Bankangestellte sind die Lohn- und Gehaltstarifverträge seit einigen Wochen ausgelaufen. In dieser Tarifrunde geht es der HBV, wie Vorsitzender Günter Volkmar im „ausblick“ (4/81) erklärte, „um die Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen“, um die „Verteidigung der Tarifautonomie“ und um die „Wahrung mühsam erworbener Arbeitnehmerrechte“. Die Beschäftigten, so Volkmar weiter, „dürfen nicht zum Spielball von Unternehmern werden, die den sozialen Besitzstand demonstrieren wollen“.

Aber gerade die Demontage des Erreichten – die Senkung der Realeinkommen – ist das erklärte Ziel der Unternehmer. Das wird nicht nur bei Metall sichtbar, sondern auch, wenn man die bereits drei stattgefundenen Verhandlungsrunden im Bankenbereich verfolgt. Bekanntlich verlangt hier die HBV 7,2 Prozent mehr Gehalt sowie zusätzliche finanzielle Verbesserungen in den unteren Tarifgruppen und Berufsjahrstufen. Darüber hinaus macht sie sich stark für ein einheitliches Urlaubs geld von 350 DM, eine verbesserte Freischichtenregelung sowie für den 6-Wochen-Urlaub.

Nach der auch in anderen Wirtschaftsbereichen üblichen Manier legten die Bankunternehmer in der ersten Verhandlungsrunde Ende Februar überhaupt kein Angebot auf den Tisch. Bei der zweiten Verhandlung Mitte März rückten sie dann mit einem Mini-Angebot von 3 Prozent heraus und signalisierten eine bedingte Gesprächsbereitschaft über Urlaubsverbesserungen. Als völlig unzureichend und nicht akzeptabel wurde dieses Angebot von der Gewerkschaft abgelehnt. Auch die dritte Verhandlungsrunde am 1. April brachte keinen Durchbruch. Nach dem Prinzip des Hinhaltens erhöhten die Unternehmer ihr Angebot lediglich um 1 auf 4 Prozent. Und was den Urlaub betrifft, so wollten sie nur für einen Teil der Bankangestellten einen zusätzlichen Urlaubstag gewähren. Erschwerend kommt noch hinzu, daß die berufsständische Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG), bei 4,8 Prozent abschloß und damit der HBV in den Rücken fiel.

In mehreren Städten der Bundesrepublik war es im Vorfeld dieser dritten Verhandlungsrunde zu Protestaktionen und Warnstreiks gekommen. In Düsseldorf protestierten 500 Bankangestellte mit Transparenten und Flugblättern gegen das „Gehaltsdiktat der Banken“. Nach Angaben von HBV beteiligten sich in Frankfurt 800 Beschäftigte mehr-

erer Banken an einer Kundgebung. Im Zusammenhang damit legten im Rechenzentrum der Dresdner Bank und in mehreren Abteilungen der Hessischen Landesbank die Beschäftigten für eine Stunde die Arbeit nieder. In ähnlicher Weise machten auch in Saarbrücken Bankangestellte ihren Unmut deutlich.

Ähnlich wie bei den Banken verlief die Tarifrunde auch im Versicherungsbereich, wo inzwischen mit einem Gesamtvolumen von 5,3 Prozent ein Abschluß getätigter wurde. Während bei Banken und Versicherungen zentral verhandelt wird, werden im Einzelhandel regionale Tarifverträge abgeschlos-

sen. Gerade hier besteht gegenüber anderen Zweigen ein enormer Nachholbedarf. Noch immer befinden sich die Gehälter der Verkäuferinnen am Schluß der Gehaltsskala. Ziel der HBV ist neben der Sicherung und dem Ausbau der Realeinkommen, daß der Abstand zu den Einkommen anderer Bereiche nicht vergrößert werden darf. Diesem Ziel sollen die regional aufgestellten Forderungen Rechnung tragen. Sie reichen von Beträgen zwischen 120 und 270 DM bis zu gemischten Forderungen. 8 Prozent, mindestens 120 DM, werden in Baden-Württemberg und 60 DM plus 6 Prozent in Nordrhein-Westfalen verlangt. Demgegenüber wurden bisher nur in zwei Bezirken Angebote von 4 und 4,1 Prozent gemacht.

Von ihren Zielen in dieser Tarifrunde ist also die Gewerkschaft HBV noch weit entfernt. Mit Hinweis auf die 7,2-Prozent-Abschlüsse im Tischlerhandwerk von Niedersachsen, Hessen und dem Saarland machte Günter Volkmar in dem bereits erwähnten „ausblick“-Artikel deutlich, daß vernünftige Abschlüsse möglich seien. „Sie fallen allerdings nicht vom Himmel. Sie müssen vielmehr mit Entschlossenheit und gewerkschaftlicher Kraft erkämpft werden. Und zwar nicht nur von Vorständen und Verhandlungskommissionen, sondern von allen Arbeitnehmern. Tariffragen sind Machtfragen. Dieser Erkenntnis muß praktisches Handeln folgen.“ Diesen Aussagen Günter Volkmar braucht nichts hinzugefügt zu werden. G. M.

Neues Memorandum '81

Auf einer Pressekonferenz in Bonn legte Ende April die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ ihr diesjähriges Memorandum vor. Es trägt die Unterschriften von 320 Hochschullehrern, Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftssekretären. Die gemachten Vorschläge zur Bekämpfung der Krise reichen weit über die Vorstellungen des DGB hinaus, die wir im Einheft dokumentieren.

In dem Memorandum wird die Behauptung widerlegt, daß die Krise ihre Ursache in Gewinneinbußen der Unternehmer aufgrund der Ölpreisseigerung habe. Richtig sei vielmehr, daß die Ölpreiserhöhung voll auf die Verbraucher abgewälzt wurde und die Unternehmer gewinne sich nachweislich in den letzten Jahren erhöht hätten. Kritisiert wird die Bundesbank wegen ihrer restriktiven Geldpolitik und die Bundesregierung. Diese sehe keinen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf.

Als Alternativen schlagen die Wissenschaftler ein Zukunftsprogramm für die 80er Jahre mit einem Volumen von 200 Mrd. DM vor. Noch in diesem Jahr sollen davon 20 Mrd. DM ausgegeben werden. Schwerpunkte sind vor allem

folgende Bereiche: rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung, Entwicklung neuer Energiequellen, Ausbau der Fernwärmeversorgung, Verbesserung der Umwelt, bessere berufliche Bildung durch Schaffung qualifizierter Ausbildungsstätten und in diesem Zusammenhang spezielle berufliche Bildungsförderung für junge Ausländer.

Großer Stellenwert wird einer sozialen Wohnungsbaupolitik eingeräumt. Auf diesem Gebiet wird neben der Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden ein durch Kredite finanziertes Sofortprogramm in Höhe von 10 Mrd. DM vorgeschlagen.

Als weitere Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlagen die Wissenschaftler die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, die Stärkung der Massenkaufkraft durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie die Arbrüstung und damit verbunden die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion zur Sicherung des Friedens sowie zur Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands vor. In unserer nächsten Ausgabe werden wir das Programm dokumentieren. G. M.

Im ersten Quartal: Erhöhung um 5,5 Prozent

Im ersten Quartal dieses Jahres erhöhte sich der Preisindex für Lebenshaltungskosten um 5,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum registrierte das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) knapp 100 neu abgeschlossene Tarifverträge für rund 1,25 Millionen Beschäftigte. Um 5,5 Prozent durchschnittlich wurden die Löhne und Gehälter erhöht. Für 84 Prozent stiegen die tariflichen Entgelte zwischen 5 und 5,9 Prozent. Nur 5 Prozent der Beschäftigten erhielten Zuwächse unter 5 Prozent; für immerhin 11 Prozent wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6 Prozent und mehr vereinbart. Beispielsweise erhalten die Beschäftigten des niedersächsischen Tischlerhandwerks 7,2, der Kunststoffverarbeitenden Industrie Westberlins 7,5 und im Hotel- und Gaststättengewerbe Weser/Ems um 9,3 Prozent höhere Löhne und Gehälter.

Von ihren Zielen in dieser Tarifrunde ist also die Gewerkschaft HBV noch weit entfernt. Mit Hinweis auf die 7,2-Prozent-Abschlüsse im Tischlerhandwerk von Niedersachsen, Hessen und dem Saarland machte Günter Volkmar in dem bereits erwähnten „ausblick“-Artikel deutlich, daß vernünftige Abschlüsse möglich seien. „Sie fallen allerdings nicht vom Himmel. Sie müssen vielmehr mit Entschlossenheit und gewerkschaftlicher Kraft erkämpft werden. Und zwar nicht nur von Vorständen und Verhandlungskommissionen, sondern von allen Arbeitnehmern. Tariffragen sind Machtfragen. Dieser Erkenntnis muß praktisches Handeln folgen.“ Diesen Aussagen Günter Volkmar braucht nichts hinzugefügt zu werden. G. M.

Erneuter Warnstreik bei der Lufthansa

In einem befristeten Warnstreik traten am 23. April die Beschäftigten des Wartungsdienstes der Lufthansa auf dem Hamburger Flughafen. Ähnliche Aktionen gab es bereits auf allen größeren Flughäfen der Bundesrepublik. Damit wurde gegen die unnachgiebige Haltung der Lufthansa bei den Mantel tarifverhandlungen protestiert, die Mitte April gescheitert sind. U. a. fordert die zuständige Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zusätzlichen Urlaub für Schichtdienstler und Verkürzung der Lebensarbeitszeit für ältere Beschäftigte.

Für die gewerblichen Beschäftigten der Druckindustrie erhöhen sich die Löhne um 5 Prozent. Um den gleichen Prozentsatz steigen die Ausbildungsvergütungen. Beide Tarifverträge, deren Zustandekommen mehrere Verhandlungsrunden mit Mini-Angeboten vorausgegangen sind, haben eine Laufzeit von 12 Monaten.

Bei Chemie: Forderung liegt über Empfehlung

Mit Ausnahme von Bayern und dem Saarland, wo die Tarifverträge für die in der chemischen Industrie Beschäftigten zum 30. Juni auslaufen, endet in allen anderen Regionen die Laufzeit der Tarifverträge bereits am 31. Mai. Bis Redaktionsschluß waren Forderungen aus fünf Tarifbezirken veröffentlicht. Sie liegen übereinstimmend bei 7,5 Prozent und damit um 0,5 Prozent über der Forderungsempfehlung, die der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik bereits Mitte März gegeben hatte. Bei den Ausbildungsvergütungen wurden 7,5 Prozent bzw. Festbeträge zwischen 60 und 70 DM verlangt. Wie der IG-Chemie-Hauptvorstand meldet, sei der Aufstellung der

Forderungen eine „lebhafte und breite Diskussion in den Betrieben und regionalen Tarifkommissionen vorausgegangen“.

5,3 Prozent und neue Tarifgruppen

Eine tarifliche Gehaltserhöhung von mindestens 5,3 Prozent erhalten die Beschäftigten der bayerischen Buchhandlungen und Verlage rückwirkend ab 1. April. Das sieht der Abschluß vor, den die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) mit dem zuständigen Unternehmerverband vereinbarte. Ein Sprecher der HBV bezeichnete den Abschluß als gut, aber nicht optimal, denn die erwarteten Preissteigerungen werden damit nicht vollständig ausgeglichen.

Auch IG Druck mit neuen Tarifverträgen

Nachdem die IG Metall in Baden-Württemberg zu ihrem Abschluß gekommen war, hat auch die IG Druck und Papier zwei neue Tarifverträge abgeschlossen. Sie sehen für die Beschäftigten der Papierindustrie Erhöhungen von 4,9 Prozent vor. Die Ausbildungsvergütungen steigen im ersten Ausbildungsjahr um 30, im zweiten um 20 und im dritten Ausbildungsjahr um 10 DM.

Für die gewerblichen Beschäftigten der Druckindustrie erhöhen sich die Löhne um 5 Prozent. Um den gleichen Prozentsatz steigen die Ausbildungsvergütungen. Beide Tarifverträge, deren Zustandekommen mehrere Verhandlungsrunden mit Mini-Angeboten vorausgegangen sind, haben eine Laufzeit von 12 Monaten.

Metalhandwerk: Über 5 Prozent

Vier weitere Tarifabschlüsse im Metallhandwerk, die über 5,2 Prozent liegen, hat die IG Metall getätig. Rückwirkend ab 1. März sind bei einer 12monatigen Laufzeit im Metallhandwerk Hamburg Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5,3 Prozent vereinbart worden. Da der Tarifvertrag bereits Ende Dezember ausgelaufen war, werden für Januar und Februar je 150 DM gezahlt. In Schleswig-Holstein sind drei Tarifverträge abgeschlossen worden. Danach erhalten die im Mechaniker-, Boots- und Schiffbauhandwerk Beschäftigten sowie die Kälteanlagenbauer um 5,2 Prozent erhöhte Löhne und Gehälter.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Mai – 0,7 Mill.

Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Baden-Württemberg, Westberlin (255 100 – in dieser Zahl sind auch die 49 400 Beschäftigten der kunststoffverarbeitenden Industrie in den Tarifbezirken Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein enthalten); Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen und Westberlin (86 700); Wohnungswirtschaft Bundesgebiet und Westberlin (35 000); Großhandel Schleswig-Holstein (73 000); Gebäudereinigerhandwerk Koblenz-Trier und Bayern (32 500); privates Reisebürogewerbe Bundesgebiet und Westberlin (32 500); feuerfeste Industrie Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz, Wolfsburg, Energieversorgungsbetriebe Rheinland-Pfalz, Mainz, Elektrizitätswerke Baden-Württemberg und Südbaden (19 900); Säureschutz-Industrie Bundesgebiet und Westberlin (11 500); Kalkindustrie Nordrhein-Westfalen (rechtsrheinisch), Arnsberg und Iserlohn (5300); Bekleidungsindustrie Westberlin (6100); Molkereien Baden-Württemberg und Bayern (10 000); Süßwarenindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg und Westberlin (9500); Zigarettenindustrie Firma Reemtsma und Firma BAT in Hamburg (7400); Bäcker- und Konditorhandwerk Schleswig-Holstein (5700).

30. Juni – 0,4 Mill.

Chemische Industrie Saarland und Bayern (77 900); Kautschukindustrie Hamburg, Schleswig-Holstein-Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (60 800); Einzelhandel Westberlin (90 000); Kraftwerke Rheinpreußen und Bismarck, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsunternehmen, Essen, Kraftwerke Hagen und Siersdorf (46 600); Klempner- und Heizungsbauerhandwerk Hessen und Bayern (45 000); Ersatzkassen im Bundesgebiet (26 000); Großhandel Saarland (15 000); Kfz-Gewerbe Hessen und Bremerhaven (14 800); Bekleidungsindustrie – Heimarbeiter im Bundesgebiet (13 700); Kfz- und Brennstoffhandel Hessen (16 600); Binnenschifffahrt – mitteleuropäische Wasserstraßen (9600); Betonstein-Industrie und -handwerk Nordrhein-Westfalen (7200).

Was hat die Hochzinspolitik mit den Arbeitsplätzen zu tun?

Viele Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit knappem Budget sind gezwungen, gegen Monatsende ihre Girokonten zu überziehen. „Großzügig“ gewähren Banken und Sparkassen „Überziehungskredite“, die oft auch zur Finanzierung größerer Anschaffungen dienen. Doch gerade in diesen Monaten können solche Gewohnheiten teuer werden. Die Banken und Sparkassen berechnen für solche Kredite zur Zeit Zinsen zwischen 15 und 16 Prozent. Allerdings sind die Zinsen für Ratenkredite kaum niedriger. Hypotheken sind für Eigenheimbauer kaum noch bezahlbar.

Dieses extrem hohe Zinsniveau mitten in einer zyklischen Wirtschaftskrise widerspricht allen kapitalistischen „Marktgesetzen“. Mit fortschreitender Krise und Depression müßten die Zinsen tendenziell zurückgehen und damit zur Ankurbelung der Konjunktur beitragen. Statt dessen sind sie in den letzten Monaten weiter angestiegen, verteuern die Kreditaufnahme und schränken so Investitionen, Wohnungsbau und Konsumentenverschuldung ein. Die hohen Zinsen wirken krisenverschärfend.

Die an sich überraschende, weil kapitalistischen Marktgesetzen widersprechende Zinsentwicklung ist jedoch bei näherem Hinsehen weniger erstaunlich. In vielen Bereichen sind die „Marktgesetze“ durch Monopole und durch Staatseingriffe verzerrt. So verhindert z. B. monopolistische Preispolitik auch in der Krise einen deutlichen Rückgang der Inflationsraten. Die Inflationserwartung bleibt ungebrochen und veranlaßt den Kreditgeber zur Vereinbarung entsprechend hoher Zinsen. Auch die anhaltende Währungsunsicherheit erklärt das hohe Zinsniveau zumindest teilweise: Bei Anlagen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten erheben die Kreditgeber zum Ausgleich des Kursrisikos entsprechende Zinszuschläge.

Im Mittelpunkt der Erklärung steht jedoch die Zinspolitik der staatlichen Notenbanken, auf die sich auch die öffentliche Diskussion und Kritik konzentriert. Durch die Festlegung der Refinanzierungsbedingungen für die Geschäftsbanken (Diskontsatz, Mindestreserven) beeinflussen diese das Zinsniveau erheblich.

Auch in der Bundesrepublik ist in den letzten Monaten verstärkt Kritik laut geworden an der Hochzinspolitik der Bundesbank, deren Politik in gewissen Grenzen formell unabhängig von Bundesregierung und Parlament „autonom“ festgelegt wird. Diese oft beschworene „Unabhängigkeit“ hat allerdings keinen Verfassungsrang. Jede parlamentarische Mehrheit, die den Willen dazu hat, könnte die Bundes-

eher etwas höher als in den USA und in den meisten anderen kapitalistischen Industrieländern.

Pöhl und der Bundesbank (und mit ihnen der Bundesregierung) geht es nach eigenen Aussagen vielmehr darum: „Die D-Mark sei inzwischen eine Reservewährung geworden, und an dieser Fähigkeit dürften keine Zweifel entstehen“ (Pöhl, zitiert nach FAZ v. 9. 4. 1981). Die Rolle der DM als „Reservewährung“ ist deshalb so wichtig, weil nur so auf Dauer eine imperialistische Kapitalexportstrategie finanziert werden kann. Daher paßt die Nachricht, daß im Jahre 1980 die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland mit 8,2 Mrd. DM eine Rekordhöhe erreicht haben, gut ins Bild.

Dies ist aber nur ein Grund für die aktuelle Zinspolitik. Der andere Grund ist die Lohn- und Verteilungspolitik. Unmißverständlich fordert die Bundesbank in ihrem Märzbericht eine „Zurückhaltung bei Lohnsteigerungen“, um die Ertragslage der Unternehmen zu verbessern. In einer Rede in Frankfurt untermauerte Sozialdemokrat Pöhl diese Forderung durch die Behauptung, Ungleichheit von Einkommen und Vermögen seien „eine der Antriebskräfte des kapitalistischen Wirtschaftssystems“ (Frankfurter Rundschau v. 27. 3. 1981).

Die Hochzinspolitik soll den Verteilungsspielraum der Gewerkschaften einengen und sie so zu niedrigen Tarifabschlüssen zwingen. Nun mag man sich fragen, was hohe Zinsen mit den Löhnen zu tun haben. Tatsächlich ist der Zusammenhang auch nur vermittelt: Hohe Zinsen bremsen die Konjunktur, gefährden die Arbeitsplätze und sollen so die gewerkschaftliche Kampfkraft untergraben. Arbeitslosigkeit als lohnpolitisches Erpressungsinstrument, dies ist das Wesen der Hochzinspolitik der Bundesbank. Alle anderen Begründungen – Geldwertstabilität, Verhinderung einer DM-Abwertung – sind dem Ziel: hohe Gewinne durch niedrige Löhne, untergeordnet.

Auch die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird nur mit Mitteln angestrebt, die den Konzernen hohe Gewinne garantieren und zugleich eine führende Rolle der Bundesrepublik als Kapitalexporteur gewährleisten. Betrachtet vom Standpunkt der preistheoretischen Wettbewerbsfähigkeit, stabilisiert die Abwertung der DM den Absatz westdeutscher Exporte, verbilligt die Ausfuhr.

Eine so erreichte Exportbelebung aber paßt nicht in das Konzept von Bundesregierung, Bundesbank und Unternehmen, würde sie doch einer Senkung der Lohnkosten in der Gesamtwirtschaft entgegenwirken und die Rolle der DM als Reservewährung gefährden.

Jörg Goldberg

Gutachten

Zweimal im Jahr, im Frühjahr und im Herbst, veröffentlichen die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik eine Wirtschaftsprognose, die gleichzeitig mit wirtschaftspolitischen Empfehlungen verbunden ist. Vor allem das „Frühjahrsgutachten“ stößt auf großes öffentliches Interesse, es wird meist mitten in laufenden Tarifverhandlungen veröffentlicht. Ins Auge fällt bei der diesjährigen Prognose vor allem der pessimistische Grundton: Für 1981 wird ein Rückgang von Bruttonsozialprodukt und Reallöhnen erwartet, die Arbeitslosigkeit soll – saisonbereinigt – zum Jahresende bis auf 1,4 Millionen ansteigen. Noch in der Prognose vom Herbst 1980 war für 1981 lediglich eine Stagnation erwartet worden.

Interessanter als die Wirtschaftsprognose, die ohnehin immer auf schwachen Beinen steht, sind jedoch die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der drei Institute. Kritisiert wird:

- die Finanzpolitik des Staates, „weil ihr der Mut fehlt, in Leistungsgesetze einzutreten“;
- die „einseitig auf rasche Preisstabilisierung und auf Wechselkurs sicherung“ ausgerichtete Geldpolitik der Bundesbank,

- die „einseitig auf Einkommenssicherung für Beschäftigte“ ausgerichtete Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Jeder kriegt sein Fett ab, lediglich die Unternehmer gehen straffrei aus. Sie stehen nach Ansicht der Institute ohnehin jenseits von Gut und Böse. Sie sind der Maßstab, an denen die Wirtschaftspolitik gemessen wird. Von der Bundesregierung wird schlicht ein verstärkter Sozialabbau gefordert, bei den „Leistungsgesetzen“ sind allein die Sozialleistungen gemeint. Die Kritik an der Geldpolitik der Bundesbank ist weitgehend akademisch gemeint: Nach Ansicht der Mehrheit der Institute (in diesem Punkt gibt es ein Minderheitsgutachten) hat die Bundesbank ihr selbstgesetztes Ziel einer stetigen Geldpolitik verletzt und gefährdet durch eine überzogene Hochzinspolitik die Finanzierungsspielräume der Unternehmen. Tatsächlich bemüht sich die Bundesregierung in ihrem Zinssubventionsprogramm vom April, den Unternehmen (und zwar allen, nicht nur den kleinen Betrieben) Kredite in Höhe von 6,5 Milliarden DM um 2 Prozent unter dem Marktzinsatz zur Verfügung zu stellen.

Geradezu skandalös ist die Kritik an der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die mit den Abschlüssen von 1980 erstmals einen Rückgang der Reallöhne hinnehmen mußte. Von einer „Einkommenssicherung für Beschäftigte“ kann keine Rede sein. Enttäuschend ist, daß auch das Westberliner „Deutsche Institut für

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

	Februar 1980 ¹⁾	Januar 1981	Februar 1980
Produktion	109,8	+ 11,1	- 0,5
Auftragseingänge ²⁾	126,6	+ 6,1	- 2,2

¹⁾ Index 1976 = 100

²⁾ Nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	März 1981	Veränderung in v. H. gegenüber
	Februar 1981	März 1980
Lebenshaltung	122,0	+ 0,7
Industriepreise	123,3	+ 0,9
Landw. Erzeugerpreise ¹⁾	102,2	- 0,8
Importpreise ²⁾	139,0	+ 2,9
Exportpreise ²⁾	118,9	+ 0,9

¹⁾ Januar 1981

²⁾ Februar 1981

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

3. Arbeitsmarkt

	März 1981	Veränderung in 1000 gegenüber
	Februar 1981	März 1980
Arbeitslose	1210	- 90
Kurzarbeiter	405	+ 31
Offene Stellen	247	+ 8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

4. Prognose 1981 ¹⁾

	1979	1980	1981
Bruttonsozialprodukt ²⁾	+ 4,5	+ 1,8	- 1,5
Privater Verbrauch ²⁾	+ 3,3	+ 1,5	- 0,5
Staatsverbrauch ²⁾	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,5
Investitionen ²⁾	+ 8,4	+ 3,7	- 4,0
Ausfuhr ²⁾	+ 5,4	+ 5,5	0
Arbeitslose ²⁾	876	889	1250
Lohn- und Gehaltssumme (Netto)	+ 7,9	+ 6,4	+ 3,0
Verbraucherpreise	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,0
Reallöhne je Beschäftigten ⁴⁾	+ 1,8	- 0,6	- 1,0
Arbeitsproduktivität ⁵⁾	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,5

¹⁾ „Frühjahrsgutachten“ der Wirtschaftsforschungsinstitute, Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr

²⁾ In Preisen von 1970

³⁾ In 1000

⁴⁾ Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten

⁵⁾ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde

Wirtschaftsforschung“ diese Position unterschrieb, nach dem Unternehmermotto: Die besten Löhne sind immer die niedrigsten Löhne. Immerhin hatte das DIW in der Vergangenheit diese einseitige Betrachtung auch schon mal vorsichtig kritisiert.

Wie unsinnig die erneute Kritik an der gewerkschaftlichen Lohnpolitik auch konjunkturrell gesehen ist, läßt sich aus den Ziffern der Prognose selbst ableSEN. Die Verlangsamung der Konjunktur ab Mitte 1979 hängt ursächlich mit der Schwäche des privaten Verbrauchs zusammen, die wiederum – auch nach

Aussagen des Frühjahrsgutachtens – eine Folge der stagnierenden bzw. rückläufigen Realeinkommen ist. Es liegt auf der Hand, daß ein weiterer Rückgang der Reallöhne – wie er in der Prognose erwartet wird – die zyklische Krise verlängern und die Arbeitslosigkeit vergrößern muß. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die für 1981 erwartete Preissteigerungsrate mit 5 Prozent sehr optimistisch geschätzt ist. Zur Zeit liegt sie bei 5,5 Prozent, und die im April in Kraft getretenen Verbrauchererhöhungen (Mineralöl, Alkohol) werden die Inflationsrate weiter hochtreiben. J. G.

Kaum Wirtschaftswachstum - aber steigende Rüstungsausgaben

Schon seit Mitte der 70er Jahre nehmen die Ausgaben für militärische Beschaffungen, also für den Kauf von Waffen und Munition, schneller zu als das Sozialprodukt und die Staatsausgaben. Zu Beginn der 80er Jahre aber zeichnet sich eine neue Stufe der Militarisierung ab: In diesem Jahr wird das Volkseinkommen real, d. h. ohne Preissteigerungen überhaupt nicht mehr steigen, die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen wird vielmehr zurückgehen. Auch die Ausgaben des Bundes werden nicht so stark steigen wie die Preise, also real sinken. Die Ausgaben für militärische Beschaffungen sollen jedoch in diesem Jahr um 14 Prozent erhöht werden.

Man sollte sich den Einschnitt und den Unterschied ganz klar machen: In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entfiel ein größerer Teil des Wachstums von Sozialprodukt und Bundeshaushalt auf den Militärbereich als auf andere Ausgaben. D. h., die Menge der zivilen Güter und Dienste und die zivilen Staatsausgaben wuchsen langsamer als die Militärgüter und -ausgaben, aber immerhin, sie wuchsen noch. Wenn jetzt die Militärausgaben mehr wachsen, ohne daß Sozialprodukt und öffentliche Ausgaben steigen, dann sinkt die zivil verfügbare Gütermenge absolut, die öffentlichen Ausgaben für Soziales, Verkehr, Bildung, Gesundheit usw. gehen absolut zurück.

Rüstung zehrt an Substanz

Diese Entwicklung ist schon seit längerem für die 80er Jahre vorprogrammiert: Vor drei Jahren, im Mai 1978, beschlossen die Regierungschefs der NATO-Staaten in Washington – während gleichzeitig in New York die UNO-Vollversammlung über Abrüstungsmaßnahmen beriet –, in den 80er Jahren die Rüstungsausgaben real um jährlich 3 Prozent zu steigern. Angesichts der zunehmenden Krisen und Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte es in den 80er Jahren im Jahresdurchschnitt in der Bundesrepublik aber kaum reales Wirtschaftswachstum geben. Weiter steigende Rüstungsausgaben würden also nicht mehr aus dem Wachstum der Wirtschaft gespeist, sie zehren an der Substanz:

- Sie würden die Zahl der Arbeitslosen erhöhen: Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in West-Berlin werden durch 10 Mrd. DM im Militärbereich 180 000 Arbeitsplätze, im Gesundheitsbereich 205 000 Arbeitsplätze, im Sozialbereich 233 000, im Verkehrsbereich 215 000 und im Bereich der Sachkäufe, die die Sozialversicherungen tätigen, 269 000 Arbeitsplätze geschaffen. Eine Umschichtung von 10 Mrd. DM aus diesem Bereich zugunsten der Rüstungsausgaben vernichtet also Arbeitsplätze in Höhe von 15 000 (Gesundheit),

ler und billiger haben könnte, wenn man die Forschungsmittel direkt in den wichtigsten zivilen Bereichen (z. B. Energiegewinnung, Umweltschutz, Verkehrs- und Medizintechnologie) einsetzen würde. Fazit: In Zeiten günstiger allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung hemmen Rüstungsausgaben Wachstum und Fortschritt; in Zeiten von Stagnation und Abschwung beschleunigen sie die Krisen- und Zerfallsprozesse.

Einige Regierungen der NATO-Länder haben hieraus bereits die Konsequenz gezogen: Unter dem Eindruck der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten erklärten sie, die im Mai 1978 eingegangenen Verpflichtungen zur Rüstungssteigerung nicht einhalten zu können. Sogar die gewiß nicht rüstungsfeindliche englische Regierung hat ihr Militärbudget für dieses Jahr gekürzt.

Belastungen überschreiten den Rahmen

Die Bundesrepublik gehört nicht zu diesen Ländern. Die Bundesregierung hält im Gegenteil unbeirrt an ihren Aufrüstungsplänen fest, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen für die Bevölkerung. Diese Belastungen überschreiten nach allem, was in den letzten Wochen bekannt geworden ist, bei weitem den Rahmen, der in den offiziellen Finanzplanungen angesetzt ist. Daß militärischer Finanzbedarf absoluten Vorrang in den Vorstellungen der Regierungen hat, ist anlässlich der Tornado-Affäre Ende 1980 beeindruckend deutlich geworden: Ende November stellte das Verteidigungsministerium einen finanziellen „Mehrbedarf“ für die Bezahlung des MRCA-Tornado in den Jahren 1980 und 1981 in Höhe von insgesamt 1,3 Mrd. DM fest. Im Eilverfahren wurden darauf die Haushaltspläne geändert und zunächst 700 Mill. DM aus anderen Bereichen zur Verfügung gestellt, weitere 300 Mill. durch Umschichtungen im Verteidigungshaushalt zusammengekratzt. 250 Mill. blieben offen. Sie gingen in die zweite große Bestandsaufnahme der Mittelanforderungen ein, die mit der sogenannten „Rüstungsklausur“ Anfang März 1981 durchgeführt wurde. An ihrem Ende präsentierte das Bundesverteidigungsministerium einen umfassenden Katalog von Mehranforderungen für das Militär über die bisherigen Planungen hinaus:

1. Von 1982 bis 1984 werden 2,3 Mrd. DM über die in den mittelfristigen Finanzplanungen für Waffenbeschaffungen angesetzten Mittel hinaus anfallen. Nach Umschichtungen und Streichungen im Verteidigungshaushalt blieben immer noch 1 Mrd. DM, um die der Verteidigungshaushalt aufgestockt werden müsse. Entsprechend wurde auch der nächste Nachtragshaushalt bereits für Ende dieses Jahres angekündigt.

2. Zur Unterstützung der amerikanischen Interventionsstrategie in anderen Teilen der Welt – d. h. zur Unterhaltung von Waffenlagern, Munitionsdepots sowie Militärflugplätzen u. a. in der Bundesrepublik für die Amerikaner – soll zusätzlich etwa 1 Mrd. DM aufgebracht werden, für die noch keine Deckung vorhanden ist.

3. Weiterhin müßten für Verteidigungszwecke in den nächsten Jahren etwa weitere 5 Mrd. DM aufgewendet werden, die allerdings nicht aus dem Verteidigungshaushalt bezahlt werden könnten. Hierfür müßten andere Reserven verstärkt herangezogen werden.

4. Schließlich beansprucht das Verteidigungsministerium bei seinen Ansätzen die Berücksichtigung nicht nur der normalen, sondern der „vollen“, d. h. weit überdurchschnittlichen Preissteigerung. Eine solche Vorwegberücksichtigung wird natürlich die Neigung der Rüstungsunternehmen verstärken, voll zuzulangen, und sie wird die Standfestigkeit der Beschaffungsbehörden, sich dieser Neigung zu widersetzen, empfindlich schwächen.

Während die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik erneut spürbar zunehmen, während die Arbeitslosigkeit auf neue Rekordhöhen steigt, während die Sozialleistungen wegen Mangel an Mittel eingeschränkt werden, während der Staatsbankrott an die Wand gemalt, landauf, landab äußerste Sparsamkeit gepredigt und im Zeichen dieser Sparsamkeit Druck auf die Löhne und Gehälter ausgeübt wird und staatliche Stellen und öffentliche Dienstleistungen eingeschränkt und gestrichen werden – während all dies geschieht, wird der Rüstungshaushalt Jahr für Jahr um neue Milliarden aufgestockt und wird von den Predigern der Enthaltsamkeit ein weiterer Ausbau des Militär- und Waffenapparates geplant. Über seine Finanzierungs- und Folgelasten existieren erst völlig unzureichende Vorstellungen.

Den Wahnsinn des Rüstungswettkaufs zu beenden, ist unbedingt erforderlich, um die Kriegsgefahr zu verringern und die Überlebenschancen der Menschheit zu sichern. Dem Wahnsinn der Hochrüstung, auch in unserem Lande, entgegenzutreten, ist aber auch wichtig

- zur Sicherung der Arbeitsplätze,
- zur Aufrechterhaltung der Sozialleistungen,
- zur Bekämpfung der Inflation,

kurz, zur Sicherung der materiellen Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung. Rüstung verschärft auch in dieser sozialökonomischen Hinsicht Unsicherheit und Spannungen, Abrüstung schafft auch in dieser Hinsicht mehr Sicherheit und materielle Entlastung für die große Mehrheit der Menschen.

Jörg Huffschild

Auftakt zur DGB-Jugendkonferenz

Die DGB-Jugend Hessen machte am 4. April in Darmstadt den Anfang einer Reihe von Landesjugendkonferenzen in Vorbereitung der Bundesjugendkonferenz in Willingen im November dieses Jahres. Unter der Losung „Gegen die Berufsnot der Jugend – Wir kämpfen für eine bessere Zukunft“ berieten 105 Delegierte und Gastdelegierte über die weiterhin wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsjugend: Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Kampf um eine qualifizierte Berufsausbildung.

Dabei machte die Konferenz deutlich, daß nur eine an den Qualifikationsinteressen der Jugendlichen ausgerichtete Reform der Berufsbildung auch zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen kann. Zwar habe sich einerseits in den vergangenen Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze in Hessen wieder deutlich erhöht, doch finde die Ausbildung überwiegend in perspektivlosen Berufen statt. Damit werde die Arbeitslosigkeit bereits wieder vorprogrammiert. Entschieden wandten sich die Delegierten, die insgesamt 113 000 jugendliche DGB-Mitglieder unter 25 Jahren vertraten, gegen sogenannte Einrichtungen der beruflichen

Bildung, die lediglich das Ziel haben, jugendliche Arbeitslose bzw. Schulabgänger ohne Ausbildungspotential von der Straße zu holen. Oftmals jahrelang „von Maßnahme zu Maßnahme“ geschoben, werden sie anschließend eventuell als billige Arbeitskräfte weit unterhalb der Facharbeiterebene mißbraucht. Dagegen setzt die Gewerkschaftsjugend die Forderung nach Einrichtung von mehr überbetrieblichen Ausbildungszentren und die bessere personelle und materielle Ausstattung von Berufsschulen.

Breiten Raum nahm in der Konferenz auch der Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung ein. In einem Beispielsweise der Krefelder Appell und die „Plattform Frieden und Abrüstung von Pax Christi“. Verstärkt will die DGB-Jugend Hessen ihre Aktivitäten gegen faschistische und neofaschistische Kräfte. Dabei wurde von der Konferenz besonders auf den Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und die Entstehung neofaschistischen Gedankenguts hingewiesen, noch genährt durch allgemein geduldete reaktionäre Einstellungen wie Ausländerfeindlichkeit. B. K.

10 Jahre „ran“

Am 9. April fand im Gemeinschaftsausbildungszentrum der Bergbau AG Westfalen „Emscher Lippe“ in Datteln im Zusammenhang mit einer Betriebsjugendversammlung die 'ran-10-Jahres-Feier statt.

Anstelle des DGB-Jugendmagazins „Aufwärts“ wurde vor zehn Jahren die Jugendzeitschrift „ran“ geschaffen. In der ersten Ausgabe stellte sie sich selbst als politisches Pop-Magazin vor. 1972 erhielt 'ran den „Deutschen Journalistenpreis“ für die 'ran-Rubrik „ran nennt Namen“.

Von den Auseinandersetzungen in der DGB-Jugend blieb 'ran nicht unberührt. Das zeigte sich jetzt wieder bei der Diskussion um die 'ran-Fete. Seit acht Jahren wurde in Recklinghausen eine 'ran-Fete durchgeführt. Nun hat der Verwaltungsrat des „jungen forums“ beschlossen, eine „Denkpause“ einzulegen. Der DGB-Landesjugendsekretär von NRW, Klaus-Peter Henning, hatte geltend gemacht, daß die jungen Mitglieder nicht mehr so vertreten seien wie früher, daß die inhaltliche Gestaltung verändert werden müsse, um vor allem junge Arbeiter und Angestellte nicht noch weiter kulturell abzunabeln.

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit müsse sich auf der 'ran-Fete engagierter als bisher beteiligen. Gegen diesen Beschuß gab es Proteste, so durch die 'ran-Redaktion, deren Chef-

redakteur Dieter Gaarz erklärte: „Nach solch einer Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit lecken sich die hauptamtlichen Funktionäre ansonsten alle zehn Finger.“ Henning konnte jedoch geltend machen, daß die Beteiligung der 'ran-Redaktion an den Vorbereitungen der 'ran-Feiern mager gewesen sei. Es reiche nicht aus, nur mit einem schlichten Stand vertreten zu sein.

Die 'ran-10-Jahres-Feier sollte 'ran-gemäß sein: „Für Jugendliche mit Jugendlichen – in einem Betrieb – mit einer Mischung aus Pop und Politik!“ Pop stimmte, aber die Politik kam sicherlich zu kurz, denn die Betriebsjugendversammlung war eher schmückendes Beiwerk für die Rockband Frank K. Das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes, Karl Schwab, mußte seine Ausführungen kürzen, weil die Unruhe zu groß geworden war.

Von NACHRICHTEN zur Situation in der DGB-Jugend vor der Bundesjugendkonferenz angesprochen, meinte Schwab, daß mit dem Positionspapier (siehe NACHRICHTEN Nr. 1/1981) die Auseinandersetzungen beendet sein sollten. Immerhin konnten wir feststellen, daß kein DGB-Landesjugendsekretär anwesend war. Von den Gewerkschaften nahmen die Jugendsekretäre der HBV und NGG teil sowie der Landesgeschäftsführer der GEW in NRW, Manfred Wilke.

H. Sch.

Auch in England entstand Basis der Einheitsgewerkschaft

Interview mit Max Oppenheimer, ehemaliges Mitglied der „Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien“

Im Vorfeld des Mitte März stattgefundenen Außerordentlichen DGB-Kongresses, auf dem bekanntlich ein neues DGB-Grundsatzprogramm verabschiedet wurde, schlug die Diskussion um den Beitrag der Kommunisten beim Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft hohe Wellen. In den Massenmedien erhielten diejenigen das Wort, die die Mitarbeit der Kommunisten schlichtweg ableugneten. Nun gibt es nur noch wenige Gewerkschafter, die aus eigener Erfahrung berichten können, wie es wirklich war. Einer von ihnen ist Max Oppenheimer, Mitglied des Präsidiums der VVN / Bund der Antifaschisten und ehemaliges Mitglied der „Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien“. Er beantwortete unserer Redakteurin Gisela Mayer einige Fragen zu dem heißumstrittenen Thema.

NACHRICHTEN: Während der Nazizeit gehörten Sie der „Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien“ an. Wie war diese Landesgruppe zusammengesetzt?

Max Oppenheimer: In der Emigration entstanden bereits in der Vorkriegszeitlose Zusammenschlüsse ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder des ADGB, die eng mit der Exil-SPD bzw. der Union sozialistischer Organisationen zusammenarbeiteten. Die wichtigsten Gruppen bestanden in den USA, in Schweden und nach der Besetzung der Tschechoslowakei in Großbritannien.

Der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien gehörten ursprünglich nur Mitglieder des alten ADGB an. Vorsitzender war Hans Gottfurcht, ein früherer Funktionär der Angestelltengewerkschaft. Kommunisten bzw. ehemalige Mitglieder der RGO waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Erst nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion wurden Kontaktgespräche zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geführt, die zu einer sukzessiven Aufnahme von früheren RGO-Mitgliedern in die Landesgruppe führten. Ab 1943 waren Kommunisten sowohl in den Reihen der Ortsgruppen (z. B. in London, Manchester, Birmingham, Glasgow u. a.) als auch im Arbeitsausschuss – der eine zentrale Leitungsfunktion hatte – vertreten. Es handelt sich hierbei um die Kollegen Karl Becker, Fred Zeidler und Hans Schilde.

Ich selbst nahm als gewählter Jugendvertreter zuerst mit beratender und später mit beschließender Stimme an den Sitzungen des Arbeitsausschusses teil. Generell kann gesagt werden, daß von 1943 bis zur Auflösung im Jahr 1945 etwa 60 Prozent der Mitglieder der SPD, der SAP, dem ISK und der Gruppe Neubeginnen, etwa 30 Prozent

der KPD oder der FDJ angehörten und etwa 10 Prozent Parteilose waren.

NACHRICHTEN: Welche Vorstellungen erarbeitete die Gruppe für den Aufbau einer Gewerkschaft in einem vom Naziterror befreiten Deutschland?



Max Oppenheimer: Die Landesgruppe vertrat, insbesondere nachdem die langwierigen Verhandlungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu einem positiven Ergebnis geführt hatten, die Auffassung, daß im Nachkriegsdeutschland nur eine Einheitsgewerkschaft die großen und wichtigen Aufgaben beim Aufbau eines demokratischen und friedliebenden Deutschland bewältigen kann. Unter Einheit verstand man sowohl das organisatorische Prinzip eines nach Industriezweigen gegliederten Aufbaues als auch das Prinzip der politischen Einheit, d. h. die gemeinsame Mitgliedschaft von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen in einem Verband. Diese Auffassung findet sich in den zahlreichen Thesenpapieren, in den Programmvorstellungen und noch einmal ausführlich in der Abschlußerklärung des Jahres 1945.

NACHRICHTEN: Inwieweit stimmen die Vorstellungen der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien mit dem Mitte März beschlossenen DGB-Grundsatzprogramm überein?

Max Oppenheimer: Die Vorstellungen der Kollegen der Landesgruppe standen in erheblichem Maß bei der Ausarbeitung des ersten Grundsatzprogramms des DGB Pate. Die Feststellung im neuen Grundsatzprogramm des DGB vom März 1981, daß die Einheitsgewerkschaft aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung durch den Nationalsozialismus hervorgegangen ist, ist durchaus identisch mit den Vorstellungen der Landesgruppe in Großbritannien. Dasselbe gilt für das Prinzip: eine Industrie – eine Gewerkschaft.

Allerdings gingen die gesellschaftspolitischen Vorstellungen weit über das gegenwärtige Grundsatzprogramm hinaus. So wurde von der Landesgruppe z. B. die Überführung der Schlüsselindustrien und aller Bodenschätze in öffentliches Eigentum und „die restlose und dauernde Ausschaltung aller nazi-stischen, militaristischen und imperialistischen Tendenzen aus dem Wirtschaftsleben“ gefordert.

NACHRICHTEN: Von verschiedenen Seiten wird ein Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft gelegnet. Stimmt dies mit den Tatsachen überein?

Max Oppenheimer: Die Rolle der Kommunisten beim Aufbau der Einheitsgewerkschaft kann von niemand, dem es um die historische Wahrheit geht, ernsthaft negiert werden. Kommunisten und Sozialdemokraten bauten gemeinsam an der Basis Industriegewerkschaften auf und berieten die Politik in den Ortskartellen. Dasselbe gilt auch für die Führungsgruppen der Industriegewerkschaften. Es sei hier nur an die IG Bergbau erinnert, deren stellvertretender Vorsitzender der spätere KPD-Bundestagsabgeordnete Willi Agatz war und dessen Bildungs- und Jugendreferat der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Karl Becker innehatte. Ähnlich war die Situation auch bei den anderen Industrieverbänden.

In den Jahren, als die Welle der Demonstrationen insbesondere durch die britische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet begann, waren es in vielen Fällen kommunistische Betriebsräte, die sich trotz der Gefahr der Verhaftung gegen die Hungerpolitik zur Wehr setzten und Schächte und Betriebe gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten wieder in Gang brachten, während die Unternehmer in den Mauselöchern oder in den Internierungslagern saßen. So ist es kein Zufall, daß die Restauration der alten Machtverhältnisse in den damaligen Westzonen erst dann möglich wurde, als mit der Waffe des Antikommunismus Kommunisten erneut verfolgt und aus Schlüsselpositionen der Gewerkschaften hinausgedrängt wurden.

Gewerkschaftsfunktionäre auf 1.-Mai-Kundgebungen

Kurt Georgi in Bremen

Diese Einheitsgewerkschaft hat sich in den vergangenen drei-Big Jahren immer wieder als gut und richtig erwiesen. Nur mit ihr ist es uns gelungen, die Probleme der zurückliegenden Jahrzehnte so zu lösen, wie es im Interesse unserer arbeitenden Bevölkerung notwendig und geboten ist. Und weil wir darin so erfolgreich gewesen sind, hat man in jüngster Zeit immer wieder versucht, die Idee unserer Einheitsgewerkschaft in Frage zu stellen. Man will uns in konfessionelle und politische Gruppen aufspalten, weil man glaubt, daß man dann ein leichteres Spiel mit uns haben könnte.

Zu all den Bestrebungen, die da insbesondere aus Bayern immer wieder laut und sichtbar geworden sind, sollen und müssen sich diese Leute einmal in aller Unmißverständlichheit gesagt sein lassen, daß niemand das Recht hat, unsere Mitglieder nach Konfession oder Parteibuch auseinanderzutrennen. Was bei uns zählt, ist einzig und allein der Einsatz des einzelnen Mitglieds für die Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage unserer gewerkschaftlichen Zielvorstellungen.

Und wenn man da und dort meinen sollte, uns als Systemveränderer an den Pranger stellen zu können, wenn da einer glauben sollte, einer Gewerkschaftsspaltung damit den Weg bereiten zu müssen, daß er den Deutschen Gewerkschaftsbund als kommunistisch unterwandert erklärt, dann soll er sich doch einmal ins Stammbuch schreiben, daß er sich mit solchen Posse bestensfalls nur selbst in Frage stellt.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat mehr als einmal bewiesen, daß es ihr nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, wenn sie von der Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und von der Würde des Menschen redet. Wer einen Kapp-Putsch durch Generalstreik niedergeschlagen hat, wer die Leiden der Konzentrationslager, der Verfolgung und der Emigration bis zum letzten Blutstropfen so ertragen hat, wie es die Männer und Frauen der deutschen Gewerkschaftsbewegung getan haben, der ist ganz gewiß nicht darauf angewiesen, ausgerechnet im Bayernkurier einen demokratischen Persilschein zu hinterlegen.

Leonhard Mahlein in Hannover

Eine andere Entwicklung gibt uns Grund zu wachsender Sorge. Ich meine die Bedrohung des Friedens. Die Politik der Entspannung, unter der die sozialliberale Koalition vor 12 Jahren angetreten ist, ist in Gefahr. Von Aussöhnung und Abrüstung hört man wenig. Dafür um so mehr von militärischem Gleichgewicht, von Sprengköpfen und neuen Waffensystemen. Die Gewerkschaften haben sich, seit sie bestehen, für die Erhaltung und Sicherung des Friedens eingesetzt. Allein waren es die Arbeiter, ihre Familien und Kinder, die die kriegerischen Auseinandersetzungen millionenfach mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit bezahlen mußten. Die Gewinner saßen stets auf der anderen Seite der Gesellschaft. Und es sind die abhängig Beschäftigten, die die Lasten der Rüstung durch eigene Opfer bezahlen. Jede Mark für Waffen fehlt bei Schülern, Lehrwerkstätten und im Wohnungsbau.

Und noch eines: Internationale Spannungen waren schon immer für die herrschende Klasse ein Mittel, um im Innern aufzuräumen. Das Feindbild im Äußeren mußte dazu herhalten, um den innenpolitischen Gegner, vornehmlich die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen, unter Druck zu setzen:

- durch Verdächtigung der nationalen Unzuverlässigkeit,
- durch Vokabeln wie die vom „vaterlandslosen Gesellen“,

– durch Verfolgung von Kommunisten und Juden.

Die Spuren der eigenen Geschichte sollten schrecken. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung eine Wiederaufnahme der Entspannungspolitik. Und dafür gibt es nur einen Weg: Nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung. An dieser Erkenntnis läßt sich nun einmal nicht deuteln: Der Frieden ist durch Aufrüstung noch nie sicherer geworden. Das Gegenteil war stets der Fall.

Christian Götz in Hagen

Es gehört zu den besten Traditionen der organisierten Arbeitnehmerschaft, am „Tag der Arbeit“ auch ihre Sehnsucht und ihre Forderungen nach Frieden zu demonstrieren. Angesichts einer neuen drohenden Rüstungsrunde ungeheuren Ausmaßes ist das in diesem Jahr notwendiger denn je. Und deshalb appellieren wir an diesem 1. Mai 1981 an alle verantwortlichen Politiker unseres Landes und darüber hinaus in West und Ost:

- Laßt keinen neuen „kalten Krieg“ zu!
- Mißtraut allen Politikern, für die es Wichtigeres gibt als den Frieden!

– Begrüßt und fördert es, wenn in der Bundesrepublik der Pazifismus – also friedliche Gesinnung – wächst! Wer darin eine Gefahr sieht, hat entweder ganz bestimmte gefährliche Interessen oder ist nicht ganz klar im Kopf.

– Gebt dem Druck von Militärs und Rüstungslobby nach immer mehr und immer schrecklicheren Waffen nicht nach! Angesichts der Tatsache, daß die bestehenden Waffenarsenale in Ost und West ausreichen, um unsere Erde und damit die gesamte Menschheit gleich mehrfach zu vernichten, schaffen noch mehr Waffen nicht mehr Sicherheit, das genaue Gegenteil ist richtig, und deshalb ist es auch logisch und zwingend notwendig, sich kompromißlos gegen die Stationierung weiterer Atomraketen und die Neutronenbombe in der Bundesrepublik zu wehren.

– Setzt also die Politik des Friedens, der Entspannung und „guten Nachbarschaft“ fort! Es gibt dazu keine Alternative, hundert Stunden verhandeln ist besser als 10 Minuten Krieg. Bürger, die sich für diese Forderungen engagieren, haben nicht nur die Moral, sondern auch die Vernunft auf ihrer Seite. Sie haben deshalb die Unterstützung der Gewerkschaften verdient, von denen ich mir wieder ein stärkeres Engagement in der Friedenspolitik und Friedensbewegung wünsche. Wir würden dadurch an gute Traditionen anschließen, so zum Beispiel an unsere Mai-Parole von 1962, die aus meiner Sicht höchst aktuell ist, sie lautet: Nicht Atomwaffen! Nicht Völkermord! Dem Menschen seine Chance!

Manfred Balder in Bad Hersfeld

Eugen Loderer hat gesagt, die diesjährige Tarifauseinandersetzung habe eine politische Dimension. In der Tat: Die Unternehmerverbände und allen voran die Metallindustriellen sind in dieser Tarifrunde angetreten, um den Gewerkschaften eine prinzipielle Niederlage zuzufügen. Sie fühlen sich ökonomisch, politisch und materiell stark genug, um die Gewerkschaften zu provozieren. Sie wollen die Gunst der Stunde nutzen, um die Gewerkschaften zu schwächen.

In dieser Situation gilt nicht das Zurückweichen, gilt nicht die Anpassung. In dieser Situation gibt nur die Entwicklung gewerkschaftlicher Kampfkraft uns eine Chance, unsere Interessen zu wahren. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß ohne Kampf nichts mehr zu erreichen ist. Es ist den Kolleginnen und Kollegen aus der metallverarbeitenden Industrie zu verdanken, daß sie mit ihren Aktionen – stellvertretend für die Gewerkschaftsbewegung – eine Bresche in die Tarifblockade der Unternehmer geschlagen haben. Hier haben teilweise Belegschaften gestreikt, die noch nie Kampferfahrungen sammeln konnten.

„Nicht wir Kommunisten haben die ‚Unterwanderstiefel‘ an“

Interview mit Herbert Mies, Vorsitzender der DKP

In der Öffentlichkeit, aber auch in den Gewerkschaften wird seit einiger Zeit verstärkt über das Verhältnis der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu den Einheitsgewerkschaften und über die Ziele der Gewerkschaftsarbeit von DKP-Mitgliedern diskutiert. Eine große Rolle spielt die Behauptung, der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften würden „kommunistisch unterwandert“. Unsere Redakteure Werner Petschick und Heinz Schäfer sprachen darüber mit Herbert Mies, dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

NACHRICHTEN: Unternehmerverbände, CDU/CSU, großbürgerliche Presseorgane, aber auch Regierungsvertreter und einige Gewerkschaftsfunktionäre sowie sich als „links“ bezeichnende Wissenschaftler strapazieren immer wieder die These von der „kommunistischen Unterwanderung“. Verfolgt Ihre Partei eine Gewerkschaftspolitik mit dem Ziel, die Einheitsgewerkschaft unseres Landes zu unterwandern?

Herbert Mies: Zunächst einmal ist festzuhalten, daß auf die Arbeiterklasse, auf die Gewerkschaften unseres Landes alles andere zukommt als eine „kommunistische Gefahr“, eine Unterwanderung durch die DKP. Was in diesem Land unterwandert wird, das sind die erkämpften demokratischen und sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten. Das sind die Preise und Mieten, das ist die Kaufkraft der Löhne, das ist die Sicherheit der Arbeitsplätze und das sind nicht zuletzt die Interessen unseres Volkes nach Sicherheit, Frieden und Abrüstung.

Hier liegen die wirklichen Sorgen der Betroffenen und aller, die sich Arbeiterinteressen verpflichtet fühlen. Hier wird angegriffen, ausgehöhlt und „unterwandert“. Und zwar nicht von der DKP und ihren Mitgliedern, sondern von den Unternehmerverbänden, von Bonner Politikern und einer Regierung, die offenbar besser Amerikanisch als Deutsch versteht. Sie – und nicht wir Kommunisten – haben die „Unterwanderstiefel“ an, wie es in einem Lied über die „Kryptokommunisten“ heißt. Genau von diesen Tatsachen soll mit der These von der „kommunistischen Unterwanderung der Einheitsgewerkschaft“ abgelenkt werden.

Dieses Märchen ist nicht einmal besonders originell. Es wird immer dann von den Feinden der Arbeiterbewegung aus der Mottenkiste geholt, wenn sie ihre Machtpositionen in Gefahr sehen oder wenn besonders scharfe Angriffe auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung verübt werden sollen. Ich möchte hier in aller Deutlichkeit erklären: Es gibt weder eine geschriebene noch eine ungeschriebene Zielsetzung der DKP oder ihrer Mitglieder, die Gewerkschaften zu „unterwandern“. Die DKP ist eine Arbeiterpartei. Von dieser Position aus halten wir es für notwendig und treten wir dafür ein, daß sich möglichst alle Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Einheitsgewerkschaften organisieren. Das und nichts anderes ist der Grund dafür, daß wir – bisher leider als einzige Partei – in unserem Programm erklären, für unsere Mitglieder sei es eine „selbstverständliche Pflicht, aktive Gewerkschafter zu sein“.

Natürlich sind wir auch dafür, daß alle sozialdemokratischen oder christlichen Arbeiter Mitglieder der Einheitsgewerkschaften werden. Wie weit diese Notwendigkeit in den jeweiligen Programmen der dafür zuständigen Parteien zum Ausdruck gebracht wird oder nicht, hängt allerdings nicht von uns, sondern von deren eigenem Selbstverständnis ab. Und noch etwas: Wenn sich einige Leute den Kopf darüber zerbrechen, daß Mitglieder der DKP mehr an gewerkschaftlicher Aktivität einbringen, als das ihrer Zahl entspricht, so ehrt uns das. Aber wir sind gerne bereit, mit anderen Parteien in dieser Frage in einen Weltstreit einzutreten, der den Gewerkschaften nur nutzen kann.



NACHRICHTEN: Welche Gewerkschaftspolitik vertritt die DKP?

Herbert Mies: In dem schon angesprochenen Parteiprogramm von 1978 betrachten wir die Einheitsgewerkschaft – und nur diese – als eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik. Ihre Existenz und ihr Wirken waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse unseres Landes bedeutende soziale und demokratische Errungenschaften durchsetzen und behaupten konnte. Unsere Partei tritt für die Verteidigung und Stärkung der Einheitsgewerkschaften ein. Dabei achten wir strikt die im DGB-Grundsatzprogramm erneut festgeschriebene Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteien, Regierungen und Unternehmern.

Gewerkschaftliche Autonomie ist für uns Kommunisten kein Lippenbekenntnis, sondern reale Politik unserer Partei seit ihrer Konstituierung im Jahre 1968. Gleichzeitig wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen Versuche, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit – sei es durch Proporzforderungen, durch Manipulationen oder durch Gesetze – einzuschränken. In unserem Programm halten wir auch künftig starke, einheitliche und unabhängige Gewerkschaften für unentbehrlich. Sie bilden, als die größte Massenorganisation der Arbeiterklasse unseres Landes, ein unentbehrliches Kraftzentrum für die Verteidigung und Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte sowie für die Sicherung des bedrohten Friedens.

NACHRICHTEN: Im DKP-Programm werden die Mitglieder aufgerufen, „für die Verwirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Beschlüsse zu kämpfen“. Warum, so fragen manche Kritiker, nur diese Beschlüsse?

Herbert Mies: Welche sonst? Der DGB und seine Gewerkschaften sind in ihrem eigenen Selbstverständnis doch Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Was denn sonst? Folglich sollten ihre Beschlüsse, für deren Verwirklichung wir uns einsetzen, von dieser Grundorientierung abgeleitet sein. Wenn also DKP-Mitglieder angehalten werden, sich für Gewerkschaftsbeschlüsse einzusetzen, so kann das, meines Erachtens, nur dazu beitragen, die Gewerkschaften stark zu machen. Das schließt jedoch nicht aus, daß wir als DKP, als selbständiger Teil der Arbeiterbewegung, zur Gewerkschaftspolitik eine eigene Meinung vertreten, so wie auch andererseits die Gewerkschaften zur Politik unserer Partei Stellung beziehen.

NACHRICHTEN: Man unterstellt der DKP immer wieder, sie habe Fehler der Kommunisten vor 1933 oder zu Beginn der 50er Jahre auch heute nicht überwunden. Sie sei heute nur aus taktischen Gründen für die Einheitsgewerkschaft.

Herbert Mies: Hat die junge KPD Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs oder haben rechtssozialdemokratische Führer wie Noske die Novemberrevolution abgewürgt? Hat die KPD Ernst Thälmanns der Fürstenabfindung und dem Panzerkreuzerbau zugestimmt, oder waren das nicht wieder rechte Sozialdemokraten und auch Gewerkschaftsführer? Hat die KPD die These

vom „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ der gewerkschaftspolitischen Orientierung zugrunde gelegt oder war das nicht Tarnow? Haben der Kommunist Ernst Thälmann und der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid im antifaschistischen Widerstandskampf gestanden oder jene sozialdemokratischen Politiker und Gewerkschafter, die wie Wels kapitulierten? Und schließlich: Haben nicht Kommunisten und Sozialdemokraten 1945/46 als Männer der ersten Stunde gemeinsam mit christlichen Gewerkschaftern die Einheitsgewerkschaften geschaffen? Was soll’s also? Wenn man schon geschichtliche Wahrheiten auftischen will, bitteschön, dann aber keine geschichtlichen Halbwahrheiten, Unwahrheiten oder von der Bourgeoisie und rechtssozialdemokratischen Politikern in die Welt gesetzte Legenden.

Für den heutigen Kampf ist es sicherlich das Wichtigste, sich darauf zu besinnen, daß immer dann, wenn die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften in Aktionseinheit handelten, etwas herausgeholt wurde für die Sache der Arbeiter. Umgekehrt, wenn sie aufeinander losgingen, war das Kapital der lachende Dritte. Das ist die einfache, aber sicherlich für manche schwer begreifliche Lehre der Geschichte der Arbeiterbewegung, – der politischen wie der gewerkschaftlichen. Wir wollen uns keineswegs aus der Geschichte stehlen. Selbstverständlich stehen wir in der kommunistischen Tradition. Wir haben die positiven Seiten übernommen und aus den Fehlern gelernt. Es ist einfach unredlich, hat aber System, System der Untergräbung der Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, den Kommunisten zu unterstellen, sie hätten ausschließlich Fehler gemacht, und dann immer wieder die gleichen wenigen Punkte, herausgelöst aus ihrem historischen Zusammenhang, als kommunistische Gewerkschaftspolitik schlechthin auszugeben. Dabei wird bewußt verschwiegen, daß die Kommunisten immer, selbst bei diesem oder jenem Fehler, der vorgekommen ist, mit großer Aktivität und oft unter erheblichen persönlichen Opfern bemüht waren, Arbeiterinteressen zu vertreten.

Wenn sich die Unterwanderungsstrategen gezwungen sehen, stets die gleichen alten Geschichten aufzuwärmen, wie die RGO-Politik, die Haltung zum BVG-Streik 1932 oder die These 37 von 1951, so zeigt das – abgesehen von ihrer Unfähigkeit oder mangelnden Bereitschaft, spätere selbstkritische Einschätzungen zur Kenntnis zu nehmen – die Schwäche ihrer Argumentation gegenüber unserer heutigen konstruktiven Gewerkschaftspolitik. Zugleich beweist das die Tatsache, daß wir aus unseren Fehlern gelernt haben. Wir wären nicht böse darüber, wenn das andere Kräfte der Arbeiterbewegung von ihrer eigenen Geschichte auch sagen könnten.

NACHRICHTEN: Können Sie uns noch etwas zu der Behauptung sagen, die DKP tue und entscheide, was die Kommunistische Partei der Sowjetunion oder die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wollen. In Wirklichkeit sei es das Ziel der DKP, den DGB und seine Gewerkschaften nach dem Vorbild des FDGB in der DDR zu verändern?

Herbert Mies: Daß wir freundschaftliche Beziehungen zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion und zur SED unterhalten, ist bekannt, und daran werden wir auch nichts ändern. Die Frage ist doch die: Schadet oder nutzt es den Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik, wenn die DKP ihre freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Parteien in den Dienst der Sicherung des Friedens, der vorteilhaften politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und auch in den Dienst einer Wegbereitung für gute Beziehungen zwischen der Arbeiterbewegung dieser Länder und der ganzen Arbeiterbewegung unseres Landes stellt? Die DKP tut dies und entscheidet sich damit für das, was den Interessen des arbeitenden Volkes unseres Landes dient.

Im übrigen: Wissen Sie, die Unterstellung, daß Arbeiterfunktionäre „Agenten einer fremden Macht“ wären, ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. 1895 nannte Kaiser Wilhelm II. die Sozialdemokraten „eine Rote von Menschen“, die es nicht wert seien, „den Namen Deutsche zu tragen“. Für die Chauvinisten waren 1914 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, weil sie gegen den Krieg auftraten, französische Agenten. Für die französischen Chauvinisten war der Sozialistenführer Jean

Jaurès ein deutscher Agent, und für die Anhänger des Zaren war Lenin ein deutscher Spion. Für die Nazis und die Deutschnationalen war die Novemberrevolution von 1918 das Werk von Landesverrättern, und jedem sollte die infame Hetze gegen Willy Brandt noch in den Ohren klingen, dem man vorwirft, daß er im Kampf gegen die Nazidiktatur die norwegische Uniform getragen hat. Im letzten Bundestagswahlkampf unterstellt die CDU vielen führenden Sozialdemokraten, einer „Moskau-Fraktion“ anzugehören.

Was den zweiten Teil Ihrer Frage angeht, so möchte ich darauf verweisen, daß sowohl der DGB als auch der FDGB der DDR Ergebnisse einer bestimmten Entwicklung sind. Jede Politik muß von der Tatsache ausgehen, daß im Ergebnis des 2. Weltkrieges und der politischen Konstellation in den Jahren danach zwei deutsche Staaten entstanden mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen. Die DKP ist Teil der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland, und wir sind für die Einheitsgewerkschaften und ihren Bund, wie sie sich historisch entwickelt haben und an deren Entstehen Kommunisten tatkräftig mitwirkten. Die weitere Entwicklung der Einheitsgewerkschaft wird – und das kann gar nicht anders sein – von den Erfordernissen des gewerkschaftlichen Kampfes in unserem Land und entsprechend dem Willen der Gewerkschafter selbst geprägt.

NACHRICHTEN: Das neue DGB-Grundsatzprogramm spricht von historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung, die zur Einheitsgewerkschaft führten, und beschränkt diese vor allem auf die freiheitlich-sozialistische und die christlich-soziale Richtung. Bei der Diskussion hat der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf der einen Seite den Blutzoll der Kommunisten im gemeinsamen Kampf gegen die Nazidiktatur gewürdiggt, aber auf der anderen Seite verneint, daß die Kommunisten einen theoretischen und praktischen Beitrag für die Bildung und Entwicklung der Einheitsgewerkschaft geleistet hätten. Stimmt das mit der geschichtlichen Wahrheit überein?

Herbert Mies: Nein, die geschichtliche Wahrheit sieht anders aus. In meiner Heimatstadt Mannheim konnte ich selbst eine andere Erfahrung machen. Damals habe ich bei BBC unmittelbar nach 1945 miterlebt, wie Sozialdemokraten und Kommunisten gleichzeitig mit der Wiederingangsetzung der zerstörten Fabriken die Einheitsgewerkschaften aufbauten. Damals hatte ich zunächst noch das ADGB-Gewerkschaftsbuch, dann das Buch der DGB-Gewerkschaft IG Metall. Ich erinnere nur an Paul Schreck oder an den langjährigen hauptamtlichen Funktionär der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und späteren Mannheimer DKP-Stadtverordneten August Lucherer, der vor zwei Jahren mit anderen Veteranen der Einheitsgewerkschaft vom DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter zum 30. Jahrestag der DGB-Gründung öffentlich geehrt wurde.

Es war der gemeinsame Wille von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, im illegalen Widerstand und in der Emigration sowie unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus, die unselige Spaltung zu überwinden. In der IG Bergbau z. B., deren 2. Vorsitzender Heinz Oskar Vetter vor seiner Wahl zum DGB-Vorsitzenden war, hatte bei der Neugründung eben diese Funktion des 2. Vorsitzenden das KPD-Mitglied Willi Agatz inne. Der von der gesamten Arbeiterbewegung hochverehrte Gewerkschaftsfunktionär Willi Bleicher aus Stuttgart erinnerte sich: „In Baden-Württemberg, überall, waren die hauptamtlichen Stellen (in der Einheitsgewerkschaft) immer paritätisch besetzt, ein Kommunist, ein Sozialdemokrat und zuweilen auch ein Christ, wenn er da war.“

Ich gebe jedoch zu, daß für die Historiker der Arbeiterbewegung eine Aufgabe besteht, die Herausbildung der Einheitsgewerkschaft frei von antikommunistischen Klischeevorstellungen objektiv zu erforschen. Leider sind viele Männer und Frauen der ersten Stunde nicht mehr unter den Lebenden.

NACHRICHTEN: Nun gibt es Leute in diesem Lande, darunter auch Gewerkschaftsfunktionäre, die verhindern möchten, daß Mitglieder der DKP von ihren Kolleginnen und Kollegen überhaupt in Gewerkschaftsfunktionen gewählt werden. Allen-

falls sollte die Zahl der gewählten Gewerkschaftsfunktionäre, die der DKP angehören, dem Prozentanteil entsprechen, den Ihre Partei bei allgemeinen politischen Wahlen erhält.

Herbert Mies: Nach dem Selbstverständnis des DGB und der ihn tragenden Gewerkschaften sollten Funktionen generell nicht nach dem Parteimitgliedsbuch oder gar nach einem Parteienproporz, sondern allein nach der Qualifikation, dem gezeigten Einsatz und dem Vertrauen der Mitglieder besetzt werden. Bei Wahlen kann natürlich niemandem vorgeschrieben werden, wen er wählen oder wen er nicht wählen soll. In der Diskussion, beim Abwägen des Für und Wider sollten aber allein gewerkschaftliche Argumente entscheidend sein. Alles andere würde die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaft verletzen, ohne die dauerhaft eine Einheitsgewerkschaft nicht existieren kann. Gewerkschaftsgremien sind schließlich keine Bundestagsausschüsse, die nach dem Wahlproporz besetzt werden. Es dürfte ja bekannt sein, daß Gewerkschaftswahlen eigenen Regeln folgen, die von den Mitgliedern in den Statuten festgelegt werden und nicht dem Bundeswahlgesetz unterliegen. Schließlich sollten sich diejenigen, die einem so eigenartigen Demokratieverständnis das Wort reden, einmal überlegen, ob sie selbst noch Funktionen ausüben würden, wenn ihre Vorstellungen Maßstab bei der Besetzung von Gewerkschaftsfunktionen würden. Ich erinnere nur an den CSU-Einfluß in Bayern.

Eine solche Praxis würde letztlich auf eine Fraktionsbildung in den Gewerkschaften hinauslaufen und nicht zuletzt die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteien und Regierungen untergraben. Nach Auffassung der DKP ist das völlig ungeeignet, die Probleme zu lösen, vor der die Gewerkschaftsbewegung dieses Landes steht.

NACHRICHTEN: Vielfach vertreten Gewerkschaftsfunktionäre die Auffassung, es lohne sich nicht, mit der DKP zusammenzuarbeiten, da sie als kleine Partei im politischen Raum wenig bewegen könne, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

Herbert Mies: Besser eine kleine, aber wirkliche Arbeiterpartei als Partner, als eine große, die bremst oder gegenarbeitet. Im übrigen hängt politischer Einfluß nicht nur von der Zahl der Mitglieder oder von Wahlprozenten ab, sondern auch vom sachlichen Gehalt der vertretenen Politik. Unsere Beiträge zu den Bewegungen um Frieden und Verständigung, um Arbeitsplätze oder um Berufsausbildung sind Beweise dafür. Und wenn Gewerkschafter z. B. gezwungen sind, zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Streik aufzurufen, dann erhalten die Kollegen durch die Mitglieder der DKP nicht nur moralische Solidarität, sondern aktive Hilfe, und das wird auch künftig so sein. Im übrigen kann eine stärker werdende DKP mit einer eigenen parlamentarischen Vertretung in den Ländern und im Bundestag nur hilfreich für die Gewerkschaften sein. In den kommunalen Parlamenten, wo die DKP bereits heute vertreten ist, wie beispielsweise in Arbeiterstädten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens, Hessens, Niedersachsens, Baden-Württembergs und anderen Ländern, konnten die örtlichen Gewerkschaftsorgane schon entsprechende Erfahrungen machen.

NACHRICHTEN: Der DGB spricht regelmäßig mit den im Bundestag vertretenen Parteien sowie mit den Vertretern anderer gesellschaftlicher Gruppen. Wäre die DKP bereit, einen Dialog mit dem DGB aufzunehmen und welche Probleme sollten diskutiert werden?

Herbert Mies: Welchen Dialog und mit wem die Gewerkschaftsvorstände diesen im Interesse der Stärkung gewerkschaftlicher Kampfkraft für zweckmäßig und nützlich halten, ist ihre Sache. Ob solche gewerkschaftlichen Publikationen wie die „Welt der Arbeit“ ihre Spalten nur für den Dialog mit den im Bundestag vertretenen Parteien – sei es gewerkschaftsfreundlichen oder auch antigewerkschaftlichen – öffnen, ob man nur mit den Spitzen der Bundestagsparteien oder der Unternehmerverbände redet, das ist eine Sache, mit der die Gewerkschaften selbst ins reine kommen müssen, eine Sache, für die sie vor sich selbst, aber auch vor der Geschichte gera destehen müssen.

In der Präambel des neuen Grundsatzprogramms sind im Absatz 32 auch die Parteien aufgerufen, „die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen zu unterstützen“. Im gleichen Absatz wird zum Ausdruck gebracht, daß der DGB und seine Gewerkschaften bereit wären, die Fragen unserer Zeit mit den Vertretern aller Gruppen unseres Volkes aufgeschlossen zu behandeln. Für die DKP kann ich erklären, sie wird sich auch künftig aktiv für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele einsetzen, zumal viele dieser Ziele mit unseren Vorstellungen übereinstimmen. Zum Dialog sind wir jederzeit bereit. Nachdem sich erfreulicherweise die Beziehungen zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder entwickeln, sollte man die Beziehungen zu den Kommunisten im eigenen Land – ohne die durchaus vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen unter den Tisch zu kehren – nicht länger zum Tabu erklären. Möglicherweise müssen noch vorhandene Berührungsängste überwunden werden, aber daran scheitert es bei uns nicht.

Was die Themen von Gesprächen betrifft, sollte es von uns aus keinerlei Einschränkungen geben. Eines läge mir allerdings sehr am Herzen. Über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg sollten wir darüber reden, was gemeinsam getan werden kann, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Nur wenn die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsam handelt, können vorhandene Gefahren gebannt werden.

DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise

Am 31. März 1981 hat Alois Pfeiffer, für Wirtschaftspolitik zuständiges Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, einen umfangreichen Katalog von „Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise“ vorgelegt. NACHRICHTEN dokumentieren diese vor allem an Regierung und Gesetzgeber gerichteten Forderungen im vollen Wortlaut. Zuvor möchten wir auf einige Begleitumstände aufmerksam machen und Zusammenhänge ansprechen.

Sowohl die Forderungen selbst als auch die Begründung von Pfeiffer warnen vor der Gefahr einer wachsenden Massenarbeitslosigkeit als Dauerproblem der 80er Jahre. Ohne eine aktive Beschäftigungspolitik sei bis Mitte der 80er Jahre auf einen Anstieg der offiziell registrierten Arbeitslosenzahl auf 2 Millionen zu rechnen. Pfeiffer brachte weiter zum Ausdruck, daß die im Juli 1977 vom DGB vorgelegten „Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ – abgedruckt im Handbuch des Nachrichten-Verlages: Dammann/Butter, Arbeitslos – was tun? – nach wie vor Gültigkeit haben und die jetzigen Forderungen die damaligen Vorschläge konkretisieren.

Jetzt werden – wie im einzelnen nachgelesen werden kann – drei Forderungskomplexe unterbreitet: Kurswechsel in der Geldpolitik mit einer Abkehr von der Hochzinspolitik, Kurswechsel in der Finanzpolitik mittels eines großangelegten „Investitionsprogramms zur Sicherung der Beschäftigung“ durch qualitatives Wachstum, wozu bis 1985 von Bund, Ländern und Gemeinden zusätzlich 50 Milliarden DM bereitgestellt werden sollen, und schließlich ein Ausbau der Arbeitsmarktpolitik, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Letzteres soll auch durch eine „Qualifizierungsoffensive“ erreicht werden.

Die DGB-Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit, die darauf hinzielen, die aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung resultierenden Krisenfolgen für die arbeitende Bevölkerung abzumildern, stießen auf die einhellige Ablehnung der Unternehmerverbände und der großbürgerlichen Presse. Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt stellte sich auf die Seite des Kapitals und diffamierte in einem Zeitungsinterview die gewerkschaftli-

20 JAHRE NACHRICHTEN



Willi Bleicher:

Kritischer Leser

Ich war immer ein sehr kritischer Leser Eurer NACHRICHTEN. Ich war mit manchem dort veröffentlichten Artikel nicht einverstanden. Trotzdem geben sie mir, neben den vielen, mit denen ich einverstanden war, immer wieder Anlaß, meine eigene gewerkschaftspolitische Position zu überdenken.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth:

Doppelt notwendig

Der Rückfall in die Krise, Aufrüstung und kalten Krieg, den wir gegenwärtig erleben, macht es doppelt notwendig, daß die NACHRICHTEN diesen Kampf weiterführen. Das neue DGB-Grundsatzprogramm hat die Kapitulation vor dem Sozialpartnerschaftsdenken vermieden und bietet Basis- und Ausgangspunkt des weiteren Kampfes: die Verteidigung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen, ihrer sozialen Rechte und der Mitbestimmung und die Abwehr einer neuen, das Leben eines jeden bedrohenden atomaren Rüstungsspirale sind – wie 1961 – wieder zum zentralen Problem in einer zweiten Phase der Restauration geworden. Deshalb

Ich wünsche Euch alles Gute für die Fortsetzung Eurer Arbeit, die für alle aktiven Gewerkschaftler wichtig und nützlich ist!

Heinz Seeger in der ersten Ausgabe im Juni 1961:
„Mögen die NACHRICHTEN in Zukunft für den notwendigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch sorgen und mit Hilfe einer lebhaften Leser-Mitarbeit zu einem unentbehrlichen Informationsquell und Richtungsweiser für jeden werden, der gewillt ist, die Solidarität der Werktätigen im Interesse von Frieden und Freiheit zu stärken!“



4/81

Paul Krüger:

Guter Berater

Die 20jährige Zeitspanne der Tätigkeit und Publizistik des Verlages der NACHRICHTEN zeigt in seiner heutigen Bilanz ohne Zweifel ein absolut positives Ergebnis. Vielen Gewerkschaftern, und hier insbesondere den engagierten Funktionären im ehren- und hauptamtlichen Bereich, wurden die NACHRICHTEN zu einem unentbehrlichen Informationsorgan in allen anstehenden Fragen und aktuellen Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie waren und sind, neben den Publikationsorganen des DGB und seiner 17 Einzelgewerkschaften, über alle Bereiche gewerkschaftlicher Aktivitäten hinaus, ein nützlicher Orientierungsspiegel und förderten damit den Solidargedanken des einheitlichen Handelns der Gewerkschaften. Nicht zuletzt führte dies auch zur Verbesserung und Festigung des gewerkschaftlichen Bewußtseins.

Die NACHRICHTEN bleiben auch weiterhin ein empfehlungswertes Wegweiser und guter Berater in den zugesetzten kämpferischen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden und den gesetzgebenden Körperschaften.

(Paul Krüger gehört zu den Männern der ersten Stunde beim Aufbau der Einheitsgewerkschaft. Er war OTV-Sekretär in Wiesbaden)

NACHRICHTEN-Seminare



Sozialpolitik in der Krise. Die Thematik des vierten Arbeiter-Seminars ist aktueller denn je. Unser Foto zeigt Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe bei seinem Diskussionsbeitrag.

Bisher fünf NACHRICHTEN-Seminare

Mit seinen fünf Arbeiter-, später NACHRICHTEN-Seminaren schuf der Nachrichten-Verlag das Forum für Themen, die für die gewerkschaftliche Praxis von wesentlicher Bedeutung waren. Die behandelten Themen hatten stets einen starken Bezug zur aktuellen und grundsätzlichen Problematik, wie sie auch in der Gewerkschaftsbewegung diskutiert wurden und werden. Sie vermittelten Anregungen für gewerkschaftspolitische Lösungen.

Das Arbeiter-Seminar '71 hatte das Thema: „Eigentum, Mitbestimmung, Systemveränderung“. Es wurde heraus-

gearbeitet, daß die zunehmende gesellschaftliche Produktion auch gesellschaftliche Aneignung, Planung, Leitung und Lenkung und daher auch gesellschaftliche Veränderungen erfordert.

Das Arbeiter-Seminar '73 behandelte das Thema: „Löhne, Profite, Preise in der BRD“. Referat und Diskussionsreden werden nicht zu Unrecht als ein Handbuch für den Lohnkampf bezeichnet. Ein Blick in die vom Nachrichten-Verlag besorgte Veröffentlichung zeigt, daß die behandelten Probleme auch in den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen von Bedeutung sind.

„Investitionen - Konzerne - Kontrolle“ war das Thema des Arbeiter-Seminars '75. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit lenken das Interesse auf die Folgen von Investitionsentscheidungen, wie auch die Diskussion um das jetzt verabschiedete DGB-Grundsatzprogramm und die verschiedenen Vorschläge des DGB zur Sicherung der Vollbeschäftigung zeigen. Ausgehend von einer Analyse der Investitionsverhältnisse wurden die Ursachen und Wirkungen fehlgeleiteter Investitionsströme erläutert und die von den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften entwickelten Vorschläge, Meinungen und Ansichten zu den Problemen der Investitionstätigkeit kritisch unter die Lupe genommen.

Auf die Aktualität des Arbeiter-Seminars '77 „Sozialpolitik in der Krise“ braucht angesichts der desolaten Situation der Finanzen der Renten- und Krankenversicherung nicht verwiesen zu werden. Der vom Seminar festgestellte Sozialabbau wird in breiter Front fortgesetzt.

Das 5. NACHRICHTEN-Seminar, das Ende 1979 stattfand, behandelte die Auswirkungen der kapitalistischen „Rationalisierung“. Es versuchte erste Antworten zu geben, die für die Tarifpolitik und die Gesellschaftspolitik der Gewerkschaften von Bedeutung sein können.

Das 6. NACHRICHTEN-Seminar findet am 5. und 6. Dezember 1981 in Frankfurt a. M. statt. Sein Arbeitsthema: „Beruflische Aus- und Weiterbildung“.

REDEN/DOKUMENTE

chen Forderungen als „ungeeignet und falsch“. In die gleiche Kerbe stieß sein Finanzminister Matthöfer, als er die DGB-Forderung mit dem Wort „absurd“ heruntermache und zugleich ein Sparprogramm ankündigte, mit dem weitere früher erkämpfte Sozialleistungen abgebaut werden. Das mittlerweile beschlossene Investitionsprogramm der Bundesregierung negiert die gewerkschaftlichen Forderungen fast vollständig und gewährt dem Kapital Vergünstigungen, mit denen eine weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen droht.

Angesichts dieser Sachlage müssen sich der DGB und seine Gewerkschaften überlegen, was jetzt zu tun ist, damit die gewerkschaftlichen Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwirklicht werden können. Offenbar reicht es heute nicht mehr aus, auf einer Pressekonferenz vor surrenden Fernsehkameras die Forderungen der Öffentlichkeit vorzulegen. Ohne entsprechende Aktionen durch Mobilisierung der Mitgliedschaft der Gewerkschaften droht dieser Forderungskatalog zur Makulatur zu werden. Mit Appellen allein wird die Bundesregierung um keinen Jota von ihrer unternehmerfreundlichen Politik abweichen.

Wenn Schmidt bemängelt und den DGB fragt, woher die Finanzierung kommen soll für die Verwirklichung der vorgelegten Forderungen, dürfte es dem DGB nicht schwerfallen, zu antworten. Bereits auf der Pressekonferenz sprach Pfeiffer von einer Umschichtung der öffentlichen Ausgaben, vor allem durch Einsparung von Investitionen. Zusätzliche Milliarden wären zu gewinnen, wenn Bonn auf die lebensbedrohenden Atomraketenprogramme verzichtet und entsprechend der gewerkschaftlichen Beschlüsse Abrüstungsinitiativen ergreift.

Im Unterschied zu den Vorschlägen von 1977 wird in dem neuen Katalog die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht angesprochen. Dies ist um so unverständlich, da inzwischen nahezu alle Gewerkschaften die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Kampfaufgabe beschlossen haben und auch das DGB-Aktionsprogramm dieses Ziel anvisiert. Je aktiver der Kampf heute für entsprechende Tarifverträge vorbereitet wird, um so mehr entwickeln sich in der Arbeiterbewegung auch die erforderlichen Potenzen, die notwendig sind, um die nachstehenden DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchzusetzen.

W. P.

Wortlaut

Im Jahre 1981 hat sich eine alarmierende Verschärfung der Beschäftigungskrise angebahnt. Der zur Jahresmitte erwartete Konjunkturaufschwung ist nicht in Sicht, und die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit droht die Rekordmarke des Krisenjahrs 1975 zu überschreiten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht sich durch diese Entwicklung in seinen Befürchtungen bestätigt, daß sich die Bundesrepublik auch mittelfristig vom Ziel einer Wiederherstellung der Vollbeschäftigung immer weiter entfernt und daß die pessimistischen Prognosen, die ohne aktive Beschäftigungspolitik bis Mitte der 80er Jahre einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 2 Mill. vorhersagen, eintreten könnten. Diese fortschreitende Verschlechterung der Beschäftigungslage stellt eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts dar, die Bund und Länder nach Art. 109 Abs. 2 des Grundgesetzes verpflichtet, unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten.

Der DGB fordert daher

- einen Kurswechsel in der Geldpolitik, der eine Abkehr von der bisherigen Politik des Wettslaufs um hohe Zinsen mit dem Ausland einleitet,
- einen Kurswechsel in der Finanzpolitik durch ein „Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum“,
- einen Ausbau der Arbeitsmarktpolitik zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

I. Kurswechsel in der Geldpolitik

Der DGB fordert die Bundesbank auf, ihre Politik des Wettslaufs um hohe Zinsen mit dem Ausland aufzugeben. Diese Po-

litik hat zum Einbruch bei Wachstum und Beschäftigung maßgeblich beigetragen. Deshalb muß die Bundesbank unverzüglich zu einer Geldpolitik zurückkehren, die sich wieder an den Wachstumsmöglichkeiten und Beschäftigungserfordernissen in der Bundesrepublik orientiert. Eine solche Strategie ist von der Deutschen Bundesbank selbst unter der Bezeichnung einer potentialorientierten Geldpolitik immer wieder als Leitbild ihrer Politik verkündet worden. Damit eine solche Politik auch tatsächlich praktiziert wird, muß sich die Bundesbank unverzüglich und sichtbar an einer Steigerung der Geldmenge um mindestens 7 Prozent im Jahre 1981 orientieren.

Das Defizit der deutschen Leistungsbilanz beruht ganz überwiegend auf unserer Ölrechnung. Deshalb liegt der Schlüssel zur Beseitigung dieses Defizits auch eindeutig bei einer langfristig ausgerichteten „Politik des Weg-vom-Oil“. Entsprechende Maßnahmen sind ein Schwerpunkt des vom DGB geforderten Investitionsprogramms. Die Deutsche Bundesbank muß die Finanzierung einer solchen Politik erleichtern, statt sie durch ihre Bremspolitik zu erschweren.

Eine Beibehaltung der Hochzinspolitik kann auch nicht mit dem Hinweis auf die andernfalls bestehende Gefahr zunehmender Preissteigerungen begründet werden: Mehr als die Hälfte der Preissteigerungsrate wird durch steigende Import-, insbesondere Ölpreise verursacht und ist insofern „unvermeidlich“. Auch Zinsen sind Kosten, so daß eine Zinssenkung zugleich sinkende Finanzierungskosten für die Unternehmen bedeuten würde. Darüber hinaus ist eine Lockung der Geldpolitik Voraussetzung für eine bessere Auslastung der Produktionskapazitäten und damit Voraussetzung für sinkende Produktionskosten (Stückkosten). Über die sogenannten Kostensenkungen dürfte ein Kurswechsel der Geldpolitik sogar stabilisierende Auswirkungen auf die Preisentwicklung haben.

II. Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum

1. Ziele des Programms

Der überzogene Sparkurs, auf den die öffentlichen Haushalte 1981 programmiert sind, steht im Widerspruch zu der klaren Verpflichtung zum beschäftigungspolitischen Handeln. Die Anfang des Jahres in Kraft getretenen Steuersenkungen und Kindergeldverbesserungen stellen keinen ausreichenden beschäftigungspolitischen Beitrag der öffentlichen Hände dar, denn die Kaufkraftbelebende Wirkung dieser Maßnahmen wird durch drastische Einsparungen auf der Ausgabenseite sowie durch Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und indirekter Steuern weitgehend kompensiert. Deshalb fordert der DGB Bund, Länder und Gemeinden auf, mit einem „Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum“ einen Kurswechsel in der Finanzpolitik einzuleiten. Dieses Programm soll keine kurzfristige „Konjunkturspritze“ sein, sondern einen langfristig wirksamen Beitrag zur Beschleunigung und Verfestigung des qualitativen Wachstums leisten, die notwendigen Strukturanpassungen der Wirtschaft erleichtern und damit auch die Angebotsbedingungen der Unternehmen verbessern.

Der DGB knüpft damit an die Forderungen an, die er bereits in seinen Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vom Juli 1977 erhoben hat. Er hält eine solche langfristig orientierte Weichenstellung für notwendig,

- um dem zu befürchtenden dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr entgegenzuwirken,
- um eine umweltfreundliche und der Devise „Weg vom Öl“ entsprechende Energieversorgung der Bundesrepublik sicherzustellen und damit das durch die Ölabhängigkeit bedingte Leistungsbilanzdefizit abzubauen,
- um die Lebens- und Umweltqualität in der Bundesrepublik zu verbessern.

Ein erster Abschnitt des langfristigen Investitionsprogramms muß das auslaufende Programm für Zukunftsinvestitionen er-

setzen, das seinerzeit vom DGB nachdrücklich gefordert und begrüßt worden ist und sowohl zum Abbau der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1978/79 als auch zur Verbesserung der Infrastruktur wirksam beigetragen hat. Dafür sollten bis 1985 mindestens 50 Mrd. DM von Bund, Ländern und Gemeinden zusätzlich bereitgestellt werden. Damit das Programm bereits kurzfristig zur konjunkturellen Belebung der Binnennachfrage beitragen kann, muß es unverzüglich aufgestellt und in Gang gebracht werden. Unabhängig hiervon erwartet der DGB von den Gebietskörperschaften das Vorziehen von bereits geplanten Investitionsvorhaben, um die Konjunktur anzukurbeln.

2. Schwerpunkte des Programms

Ein langfristiges Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum sollte folgende Schwerpunkte haben:

Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung

- Ausbau eines integrierten Systems von Wärmekraftkoppelung, Abwärmenutzung, FernwärmeverSORGUNG und Bau von Heizkraft- und Blockheizwerken mit umweltschonender Verbrennungstechnik;
- Fortführung und Aufstockung des Energiespar-Investitionsprogramms mit geänderten und erweiterten Förderungskriterien (z. B. Einbeziehung energiesparender Heizungstechnologien);
- Förderung regionaler Pilotprojekte zur Entwicklung rationaler Energieversorgungs- und Energienutzungsstrukturen;
- Förderung der Forschung und Entwicklung neuer Kohleveredelungsverfahren und des Baus von Demonstrationsanlagen sowie intensivierte Forschungsförderung zur Verringerung der mit der Verbrennung und Veredelung von Kohle verbundenen Umweltbelastungen;
- energiesparende Baumaßnahmen an öffentlichen Gebäuden.

Wohnungs- und Städtebau

- Verstärkte Förderung des sozialen Mietwohnungsbau in Ballungsgebieten und des Ersatzbaus von Mietwohnungen in innerstädtischen Sanierungsgebieten;
- verstärkte Fortführung von besonderen Wohnungsbauprogrammen, z. B. im Rahmen des Bergarbeiter-Wohnungsbau und zur Deckung des dringendsten Bedarfs bei Studentenwohnungen und -wohnheimen;
- Fortführung und Aufstockung der Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden, mit dem Schwerpunkt von Wohnraum-Verbesserungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrsberuhigung, einer kombinierten Anwendung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes sowie der möglichst baldigen gesetzlichen Fixierung von Lärmschutzmaßnahmen;
- Deckung des Nachholbedarfs an innerstädtischen Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung und des Städtebauförderungsgesetzes unter besonderer Beteiligung von gemeinnützigen und genossenschaftlichen Bauträgern;
- Konkretisierung von Wohnungsmodernisierungsprogrammen, insbesondere im Rahmen einer sozial gezielten Schwerpunktmodernisierung in innerstädtischen Problemgebieten und unter Einbeziehung der Mieter in die Modernisierungsförderung.

Verkehr

- Verstärkung der Mittel zugunsten der Bundesbahn und zum Ausbau des kommunalen öffentlichen Personennahverkehrs;
- Ausbau von Radwegenetzen;
- sofortige Verabschiedung des Verkehrslärmschutzgesetzes und Aufstockung der dafür vorgesehenen Investitionsmittel;
- im Fernstraßenbau: Konzentration der Mittel auf die Beseitigung von Verkehrsgängen, Verbesserung der Verkehrssicherheit, Umweltschutz und Erhaltungsinvestitionen;
- bedarfsgerechter Ausbau der Wasserstraßen.

Umwelt

- Bedarfsgerechter Ausbau und Erneuerung der Entsorgungssysteme (Sammelkanalisation, Kläranlagen, Abfallbeseitigung);
- Fortführung der Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms zur Sanierung von Flüssen und Seen und zur besseren Trinkwasserversorgung.

Zur Verbesserung der Qualität von Bildung und beruflicher Bildung

- Neubau bzw. Ausbau moderner Schulen, insbesondere Gesamtschulen, Ganztagsschulen;
- Ausbau der fachlichen Einrichtungen für Arbeitslehre;
- Neubau, Ausbau und Modernisierung der beruflichen Schulen;
- Errichtung überbetrieblicher und außerbetrieblicher Berufsbildungsstätten, insbesondere in wirtschaftlich einseitig oder schwach strukturierten Gebieten;
- Verbesserung der Voraussetzung für die Eingliederung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in das Bildungssystem;
- Verbesserung der Lernsituation durch mehr Lehrer und Ausbilder für kleine Klassen und kleine Lerngruppen.

Forschung und Technologie

Sofortige Rücknahme der Haushaltskürzungen und Verstärkung der Förderungsmittel für Projekte in zentralen Engpaß-, insbesondere Infrastrukturbereichen. Dazu zählen u. a.:

- Energieforschung und Energieverwendung;
- Verkehrstechnologien, vor allem zur Verbesserung des Angebots der öffentlichen Verkehrsträger;
- Fertigungstechnik zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

3. Finanzierung des Programms

Trotz des drastischen Sparkurses sind die öffentlichen Hände weiter denn je von dem Ziel entfernt, die Haushaltsdefizite abbauen zu können. Vielmehr werden die Gebietskörperschaften gezwungen sein, 1981 zur Finanzierung von Steuerausfällen und Arbeitslosigkeit eine noch höhere Neuverschuldung als im Vorjahr in Kauf zu nehmen. Die Ausfälle an Steuern und Sozialbeiträgen sowie die Lohnersatzleistungen betragen je Arbeitslosen rund 20 000 DM, so daß jede Zunahme der Arbeitslosigkeit um 100 000 Personen den Staat rund 2 Mrd. DM kostet. Somit kommt es zu einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage, ohne daß sich die Wirtschafts- und Beschäftigungslage verbessert. Um dies zu verhindern, fordert der DGB, mit zusätzlichen Krediten Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, statt Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu finanzieren. Eine durch das Programm bewirkte Beschleunigung des qualitativen Wachstums wird höhere Steuer- und Beitragseinnahmen und sinkende Kosten der Arbeitslosigkeit zur Folge haben, so daß sich ein kreditfinanzierter Investitionsprogramm in erheblichem Umfang im nachhinein selbst finanziert. Zur Erleichterung der Finanzierung und zur Erweiterung des Investitionsvolumens sind außerdem folgende Möglichkeiten zu nutzen:

- Beschäftigungswirksame Umschichtung von öffentlichen Ausgaben, insbesondere zur Einsparung von Subventionen. Der DGB verweist in diesem Zusammenhang auf seine konkreten Forderungen und Vorschläge zur Subventionskontrolle vom Februar 1980 und auf seine Stellungnahme zur Reform der europäischen Agrarpolitik vom 16. September 1980;
- Mobilisierung von privaten Investitionen

a) Öffentliche Investitionshilfen und -anreize. Das Programm erfordert sowohl unmittelbare öffentliche Sachinvestitionen als auch Förderungsmaßnahmen für Investitionen von privaten Bauherren sowie privaten und öffentlichen Unternehmen, vor allem im Energie- und Wohnungsbaubereich. Je wirksamer die staatlichen Förderungsmittel eingesetzt werden, um so größer kann der Programmbeitrag der nichtstaatlichen Investoren sein, darunter z. B. auch Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen. Dabei können sich Zinszuschüsse und/oder verbilligte öffentliche Darlehen als besonders zweckmäßig erweisen. Für solche Kredithilfen im Rahmen des Investitionsprogramms sollte auch der Kreditrahmen des ERP-Sondervermögens angemessen ausgeweitet werden.

ren Unternehmen. Dabei können sich Zinszuschüsse und/oder verbilligte öffentliche Darlehen als besonders zweckmäßig erweisen. Für solche Kredithilfen im Rahmen des Investitionsprogramms sollte auch der Kreditrahmen des ERP-Sondervermögens angemessen ausgeweitet werden.

b) Investitionswirksame Auflagen und Gebote, beispielsweise zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit der Vergabe von Subventionen, zur administrativen Durchsetzung von Energiesparmaßnahmen (z. B. Erhöhung der Wärmeschutzanforderungen für Gebäude) oder im Interesse des Umweltschutzes.

c) Abbau unnötiger Investitionserschwerisse, z. B. durch Straffung und Beschleunigung überlanger Prüfungs- und Genehmigungsverfahren. In diesem Zusammenhang wendet sich der DGB jedoch mit Nachdruck gegen ein Operieren mit unbeweisbaren Zahlen über die Größenordnung eines sogenannten „Investitionsstaus“ sowie insbesondere gegen alle Versuche, notwendige Reformgesetze und Maßnahmen zum Schutz der Menschen und der Umwelt als „Investitionshemmnisse“ zu diffamieren und abzuschaffen. Er erwartet von der in dieser Angelegenheit eingeleiteten Prüfung der Bundesregierung eine objektive Klärung der relevanten Sachverhalte, die eine allen Gesichtspunkten Rechnung tragende, abgewogene Lösung der Probleme ermöglicht.

4. Finanzpolitische Abstimmung und technische Durchführung

Der DGB fordert Bund, Länder und Gemeinden auf, bei der Aufstellung, Finanzierung und Durchführung des langfristigen Investitionsprogramms nach den Spielregeln des „kooperativen Föderalismus“ zusammenzuarbeiten. Dabei kann u. a. auf Instrumente der „Mischfinanzierung“ zurückgegriffen werden, die das Grundgesetz vorsieht und die sich bei früheren Programmen – insbesondere beim Programm für Zukunftsinvestitionen – bewährt haben. Zwar leugnet der DGB nicht, daß die derzeitige Mischfinanzierungspraxis in einigen Bereichen Mängel aufweist, die eine gewisse Durchforstung rechtfertigen. Er lehnt jedoch alle Bestrebungen ab, die letztlich auf eine Abschaffung der Mischfinanzierung hinauslaufen, da diese eine im Prinzip unverzichtbare Grundlage für eine gemeinsame vorauschauende Struktur- und Infrastrukturpolitik sowie für eine koordinierte beschäftigungssichernde Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden darstellt.

Der DGB fordert insbesondere die Bundesregierung auf, für die erforderliche Abstimmung des Programms mit den Ländern ggf. die Gesetzinitiative gem. Art. 104 a Abs. 4 GG zu ergriften.

Mangelt es dennoch letztlich am politischen Willen zur Zusammenarbeit auf Mischfinanzierungsbasis, so müßten die Gebietskörperschaften in eigener Finanz- und Aufgabenverantwortung die erforderlichen Programmbeiträge leisten, z. B. auf der Basis unbürokratischer Rahmenempfehlungen und „Selbstverpflichtungen“, die im Finanzplanungsrat abzustimmen wären.

Das langfristige Investitionsprogramm sollte kein „Sonderprogramm“, sondern ein integrierender Bestandteil der Haushalt- und Finanzplanungen der beteiligten Gebietskörperschaften sein, da es sich um investive Aufgaben mit Langfristcharakter handelt und die Zusätzlichkeit der Maßnahmen auf diese Weise besser gewährleistet ist, weil die Neigung besteht, Sonderprogramme durch Einsparungen in der laufenden Haushalt- und Finanzplanung zu „finanzieren“. Im Interesse einer optimalen Beschäftigungswirkung des Programms verweist der DGB auf folgende, in seinen „Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ von 1977 aufgestellte Forderung:

„Bei der Vergabe einzelner Investitionsprojekte sind strukturschwache Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit vorrangig zu berücksichtigen. Dabei wäre ein koordinierter Einsatz mit der Förderung privater Investitionen und öffentlicher Infrastrukturreinrichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur anzustreben. Auch ist eine Erfolgskontrolle über die anzustrebende arbeitsplatzschaffende Wirkung der staatlich geförderten Investitionen einzuführen.“

Die langfristige Orientierung des Programms erfordert – insbesondere im Hinblick auf den Baumarkt – auch vorausschauende Überlegungen zur Vermeidung inflationär wirkender Engpaßsituationen bei der Auftragsvergabe in kommenden Jahren. Der DGB fordert deshalb die öffentlichen Hände auf, bei der Durchführung des Programms eine an die Preisentwicklung angepaßte Vergabepolitik zu betreiben. Bei Überhitzungserscheinungen, die sich in der allgemeinen oder auch regionalen Preisentwicklung widerspiegeln, ist die Auftragsvergabe des Programms koordiniert zu drosseln bzw. zu strecken.

III. Ausbau der Arbeitsmarktpolitik zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

1. Verstärkung der Arbeitsmarktpolitik

Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen und steigenden Arbeitslosigkeit sowie deren zunehmende Konzentration auf benachteiligte Personengruppen kommt der Arbeitsmarktpolitik als Teilbestandteil der Beschäftigungspolitik – das heißt im Rahmen der übrigen beschäftigungswirksamen Maßnahmen der Wirtschafts-, Struktur-, Finanz-, Sozial-, Bildungs-, Tarif- und Unternehmenspolitik – wachsende Bedeutung zu:

- Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung der beruflichen Qualifizierung und Wiedereingliederung ausgerichtet sind, müssen in ihrem Volumen ausgeweitet und beschäftigungswirksamer eingesetzt werden.

- Die Arbeitsmarktpolitik ist stärker auf die Bekämpfung von Beschäftigungsschwierigkeiten, die immer größere Teile der Erwerbsbevölkerung – insbesondere Frauen, Ältere, gesundheitlich Eingeschränkte und Behinderte – erfahren, auszurichten.

- Die Einflußnahme der Arbeitsmarktpolitik auf andere beschäftigungswirksame Maßnahmen ist zu verstärken. Dies gilt insbesondere für die Struktur- und Finanzpolitik, die Bildungs- und Berufsbildungspolitik sowie die Arbeitszeitpolitik und die innerbetriebliche Beschäftigungspolitik.

Der Einsatz öffentlicher Mittel zur Finanzierung der direkt beschäftigungswirksamen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – vor allem zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zur beruflichen Qualifizierung – ist sowohl unter beschäftigungs-, arbeitsmarkt-, sozial- wie auch wirtschaftspolitischen Erwägungen sinnvoller als die ansonsten erforderliche Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Revision der Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit seit langem überfällig. Es ist nicht mehr hinnehmbar, daß Arbeiter und Angestellte alleine die Maßnahmen finanzieren, die für einen funktionsfähigen Arbeitsmarkt erforderlich sind und damit der Volkswirtschaft insgesamt dienen. Da auch die Arbeitslosigkeit kein individuelles, sondern politisches und damit gesamtgesellschaftliches Risiko darstellt, gilt dies auch für die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Die einzige konsequente Lösung des Finanzierungsproblems besteht deshalb in der Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages, der von allen am Erwerbsleben Beteiligten aufzubringen ist.

In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit ist davon auszugehen, daß der bei weitem überwiegende Teil der Arbeitslosen, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen zugewiesen werden könnten, ansonsten Bezieher von Arbeitslosengeldleistungen wären. In den letzten Jahren wurde die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um etwa 130 000 bis 150 000 allein durch Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und der beruflichen Qualifizierung verringert. Erfahrungsgemäß erleichtern Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für etwa die Hälfte der Teilnehmer den Übergang in eine dauerhafte Beschäftigung.

Die Notwendigkeit einer Ausweitung der beruflichen Weiterbildung ergibt sich vor allem daraus, daß mehr als die Hälfte der Arbeitslosen gering oder überhaupt nicht qualifizierte Arbeit-

nehmer sind und es darüber hinaus derzeit etwa 200 000 offene Stellen für Facharbeiter und qualifizierte Angestellte gibt. Der arbeitsmarktpolitische Erfolg derartiger Qualifizierungsmaßnahmen läßt sich auch daran messen, daß 1979 etwa 80 Prozent der Teilnehmer diese Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt erfolgreich beenden und 90 Prozent nach Beendigung der Weiterbildung in Arbeit vermittelt werden konnten.

Diese positiven Beschäftigungswirkungen in Verbindung mit den geringen zusätzlichen Kosten in einer Zeit hoher und steigender Arbeitslosigkeit dürften Begründung und Rechtfertigung genug dafür sein, diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente möglichst umgehend zu verstärken.

Wesentliche Voraussetzung hierzu ist, daß der Bundesanstalt für Arbeit durch den erforderlichen Bundeszuschuß bereits in diesem Jahr ausreichende Mittel gewährt werden, um ihre arbeitsmarktpolitischen Instrumente wirksamer einsetzen zu können. Beschränkungen der Ausgaben für derartige Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik würden angesichts der derzeitigen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Problemsituation lediglich dazu führen, daß die Ausgaben der Bundesanstalt für die Finanzierung von Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld erhöht werden müßten.

2. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (AB-Maßnahmen)

Der DGB fordert, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowohl in ihrem Volumen als auch in ihrer Beschäftigungswirksamkeit zu verstärken. Hierzu bietet die am 1. 10. 1980 in Kraft getretene neue ABM-Anordnung eine gute Grundlage, vor allem die darin vorgeschriebene Einbeziehung der betroffenen Betriebs- und Personalräte bei der Antragstellung sowie Erfolgskontrolle. Zielsetzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist es, möglichst vielen Arbeitslosen ausreichend qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, ihnen eine anschließende Dauerbeschäftigung zu erleichtern und gleichzeitig einen Anstoß zu geben für die Übernahme der durch AB-Maßnahmen geförderten Tätigkeiten in Dauerbeschäftigung bei den jeweiligen Trägern. Dabei können zugleich Nachholbedarfe in den Bereichen der sozialen Infrastruktur und der sozialen Dienste erfüllt werden. Insbesondere ist die Schaffung von Arbeitsplätzen durch AB-Maßnahmen in folgenden ambulanten sozialen Diensten zu nennen, die dringlich eines Ausbaus bedürfen:

- Hilfen für Alte, Behinderte und Pflegebedürftige, vor allem ambulante Pflegedienste (Kranken-, Alten-, Haus- und Familienpflege) und mobile Hilfsdienste („fahrbarer Mittagstisch“, Reinigungs-, Einkaufs- und ähnliche Hilfen, Betreuung von Altenklubs, Behindertentaxis, Rehabilitations- und Beschäftigungstherapien u. dgl.).
- Hilfen zur Ergänzung familiärer Leistungen für Jugendliche (z. B. Hilfen für berufsreife Jugendliche, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Gebieten, Hilfen für die Integration ausländischer Jugendlicher).
- Hilfen zur Erweiterung der sozialen Fähigkeiten (z. B. soziale Informations- und Beratungsdienste, Ausländerbetreuungsmaßnahmen, Betreuung von Arbeitslosen und von Spätaussiedlern und Betreuung therapeutischer Gruppen).

Erforderlich ist eine besonders sorgfältige Auswahl der möglichen Träger für derartige AB-Projekte, wobei vor allem sicherzustellen ist, daß die anschließende Dauerbeschäftigung gewährleistet werden kann. Als Träger kommen mithin vor allem öffentliche Stellen und freie Wohlfahrtsverbände in Betracht. Dabei müssen sich derartige AB-Projekte in kommunale Entwicklungspläne bzw. die langfristige Arbeitsplanung sonstiger Wohlfahrtsverbände einfügen und somit eine Anlauffinanzierung darstellen und damit gleichzeitig die Unterbringung von Arbeitslosen für später von den kommunalen Haushalten oder sonstigen Trägern zu übernehmende Aufgaben sicherstellen.

Zur Koordinierung der AB-Maßnahmen mit den erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen sowie zur Sicherung der anschließenden Dauerbeschäftigung bedarf es der Abstimmung der Bundesanstalt für Arbeit mit den betroffenen Personal- bzw. Betriebsräten sowie Arbeitnehmervertretern und anderen dies-

bezüglichen Institutionen und sonstigen Beiräten vor allem für die regionale Strukturpolitik und Finanzpolitik.

3. Berufliche Weiterbildung

Die berufliche Weiterbildung ist erheblich auszubauen und in ihrer beschäftigungspolitischen Wirksamkeit zu erhöhen. Die berufliche Weiterbildung ist als gleichrangiger Bestandteil des gesamten Bildungswesens in ihrem Volumen und in ihrer Bedeutung generell zu erhöhen und stärker auf die besonderen Erfordernisse der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen auszurichten. Berufliche Fortbildung und Umschulung dürfen sich nicht nur an den Erfordernissen kurzfristiger Arbeitsmarktanpassung im Rahmen der einzelbetrieblichen Unternehmenspolitik ausrichten. Vielmehr müssen sie breit verwertbar sein und auf die Förderung längerfristig wirksamer beruflicher Entwicklungs- und Anpassungsmöglichkeiten zielen.

Insbesondere ist es erforderlich, die Förderungsinstrumente des Arbeitsförderungsgesetzes stärker auf die besonderen Erfordernisse der bisher benachteiligten Personengruppen auszurichten. Hierzu gehören insbesondere

- die nachträgliche Qualifizierung von Jungarbeitern in anerkannten Ausbildungsberufen;
- die Förderung der Qualifizierung von Mädchen und Frauen in gewerblich-technischen Berufen;
- die Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten in strukturschwachen Gebieten;
- die Förderung des Nachholens von beruflichen Bildungsabschlüssen;
- die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten, Meisterung technischer und arbeitsorganisatorischer Entwicklungen;
- die Förderung der Qualifikation von Ausbildern in der beruflichen Erstausbildung und Fortbildung.

Die Förderleistungen sind zu erhöhen, um einen Anreiz für die Teilnahme an solchen Weiterbildungsmaßnahmen zu schaffen. Bis dahin ist eine möglichst weitgehende Auslegung der durch die 5. Novelle des AFG in die höhere Förderung mit 80 Prozent des Nettoeinkommens einbezogenen Umschulung in Mangelberufen, auch zur Eingliederung von Mädchen und Frauen in gewerblich-technische Berufe, zu gewährleisten. Die Betriebe und Verwaltungen müssen sich stärker als bisher auf dem Feld der beruflichen Weiterbildung engagieren. Sie müssen in Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten ihre Weiterbildungsmaßnahmen ausbauen, um so das eigene Fachkräftedefizit besser auszubauen und um neue qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose zu schaffen.

Die Zusammenarbeit zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Trägern der Weiterbildung ist mit der Zielsetzung zu verbessern, die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Maßnahmen nach den Kriterien der Bundesanstalt für Arbeit zu sichern. Die Bundesanstalt für Arbeit muß schrittweise dazu übergehen, für solche Weiterbildungsmaßnahmen in größerem Umfang eigene Kapazitäten bereitzuhalten, da der Erfolg des Instrumentes beruflicher Weiterbildung auf Dauer nur so gesichert werden kann. Inhaltlich und organisatorisch ist insbesondere eine Integration des Dienstes Arbeitsberatung in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung anzustreben.

Besondere Aufmerksamkeit ist in der nächsten Zeit den neuen Maßnahmen nach § 41a AFG zur Information, Beratung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen zu widmen. Damit diese Maßnahmen (§ 41a AFG) zu einem sozialen Instrument werden, ist sicherzustellen, daß

- die Überleitung aus Maßnahmen nach § 41a AFG in eine Bildungsmaßnahme Vorrang vor bloßer Arbeitsvermittlung hat;
- die neuen Maßnahmen einerseits für alle Arbeitslosen zur Verfügung stehen und insbesondere keinen diskriminierenden Charakter erhalten, andererseits zusätzliche Hilfen und Angebote für bestimmte Personengruppen zur Verfügung stehen;
- eine erforderliche sozialpädagogische Betreuung während der gesamten Maßnahmedauer zur Verfügung steht;
- ein dauerhafter Erfolg der Maßnahmen durch nachgehende Hilfen erreicht wird;
- eine ausreichende Anzahl qualifizierter Arbeitsvermittler und Arbeitsberater zur Verfügung steht.

Unternehmerstimmen zum neuen DGB-Grundsatzprogramm

Nach der einstimmigen Annahme des neuen DGB-Grundsatzprogramms am 14. März 1981 in Düsseldorf durch die Delegierten des 4. außerordentlichen DGB-Kongresses sprechen die Unternehmerverbände Gift und Galle. Allen voran offenbart Dipl.-Volkswirt Klaus Schneider von der Pressestelle der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) im offiziellen Organ der Zeitschrift „arbeitgeber“ 6/81 seine Unzufriedenheit.

Schneider verliert Krokodilstränen darüber, daß die „gemäßigte Position“ vom Kongreß niedergestimmt worden sei. Dabei spricht er den Versuch des Bundesvorsitzenden der IG Bau – Steine – Erden an, der auf den Anspruch der Arbeiter und Angestellten auf das bereits gebildete Vermögen verzichten wollte. Bekanntlich waren noch nicht einmal die eigenen Delegierten der IG Bau – Steine – Erden bereit, Sperner zu folgen.

Die Unternehmerpostille beklagt, das neue Programm ließe insgesamt „das richtige Verständnis für eine pluralistische Gesellschaft vermissen“. „Pluralistische Gesellschaft“ ist eine vornehme Umschreibung für bedingungsloses Bekenntnis zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung ohne Wenn und Aber. Nun wirft das BDA-Sprachrohr Visionen an die Wand, als habe das neue DGB-Programm ein sozialistisches Ziel auf seine Fahnen geschrieben: „In der Tat führt das DGB-Programm in eine andere Gesellschaft. Es bedeutet sowohl Ablösung der Marktwirtschaft (durch Investitionsmeldung und -lenkung, Rahmenplanung, Vergesellschaftung u. a.), als auch eine Entmachtung der Unternehmer (durch Verbot der Aussperrung, Ausweitung der Montanmitbestimmung u. a.) und somit eine Zerstörung des gesellschaftlichen und in der Konsequenz auch politischen Gleichgewichts.“

In die gleiche Kerbe haut der gesamtbürgerliche Blätterwald. Man spricht von „marxistischen“ und „klassenkämpferischen“ Forderungen und Zielen. Nahezu alle Zeitungen bringen in großer Aufmachung eine Kritik des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“, der sich darüber erboste, daß der DGB in seinem neuen Programm nicht darauf verzichtet habe, auf den „unauflösbar“ Interessengegensatz von Arbeit und Kapital“ hinzuweisen.

Der schon zitierte Schneider kam zu einer Wertung des Grundsatzprogramms, die er vom Unternehmerstandpunkt aus wie folgt zusammenfaßte: „Das DGB-Programm von 1981 hat die im Programm von 1963 vorgenommene Öffnung für marktwirtschaftliche Positio-

nen: „Es zählt letztlich das, was im Programm steht.“

Mit dieser Position kommt der Sprecher des BDA der Wirklichkeit schon etwas näher. Die Unternehmer sind unzufrieden, daß mit dem neuen Programm die sozialpartnerschaftliche Tendenz nicht weiter ausgebaut, sondern eher begrenzt wurde. Natürlich hat auch das neue Programm von 1981 einen Kompromißcharakter der beiden Haupttendenzen in den Gewerkschaften, der auch nicht verschleiert werden darf. Allerdings steht heute nicht im Vordergrund, diesen Kompromißcharakter zu betonen, vielmehr kommt es jetzt darauf an, mit dem neuen Grundsatzprogramm gewerkschaftliche Aktivitäten zu verstärken. Das neue Programm ist ein Kompaß für die Interessenvertretung der nahezu 8 Millionen organisierten Gewerkschafter. Jetzt kommt es darauf an, mit der Verwirklichung des Programms zu beginnen.

W. P.

Einheit war das Gebot der Stunde

Nicht selten wurde in letzter Zeit die Geschichte der Gewerkschaften auf den Kopf gestellt. Da verunglimpft nicht nur die bürgerliche Presse den Anteil der Kommunisten beim Aufbau der Gewerkschaften nach Kriegsende. Auch Gewerkschaftsorgane wie die Zeitung der IG Bergbau und Energie „einheit“ (Nr. 5/80) zogen mit an diesem Strang.

Gerade in der IG Bergbau und Energie kann man nicht so einfach die Rolle solcher Kommunisten wie Walter Jarrecek und Willi Agatz totschweigen. Deshalb wird ersatzweise der KPD-Führung global unterstellt: „Nicht der Wille zum Aufbau freier Einheitsgewerkschaften bestimmte das Handeln der KPD-Funktionäre, sondern das Ziel einer Zwangsvereinigung von KPD und SPD unter kommunistischer Führung.“

1945 war die Erkenntnis weitgehend Allgemeingut innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die Lehren aus Faschismus und Krieg zu ziehen. Sie wurde denn auch in der gewerkschaftlichen Programmatik der Nachkriegszeit verankert. Da heißt es z. B. im „Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin“ vom 15. Juni 1945: „Die Nazityrannei ist tot! An uns liegt es jetzt, trotz aller Schwierigkeiten Hand anzulegen zum Neuaufbau. Wieder, wie nach 1918, liegt das Schicksal der Heimat in unserer Hand. Wir dürfen diesmal nicht versagen. Beweisen wir der Welt, daß die geeinte Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Traditionen bewußt, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen; daß sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen

Deutschlands, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern.“ Dieser Aufruf trägt die Unterschriften von O. Braß, B. Göring, H. Schlimme (Sozialdemokraten), P. Walter, R. Chwalek, H. Jendretzky (Kommunisten), J. Kaiser und E. Lemmer (Christen).

Wie aber waren diese Forderungen durchzusetzen? Doch in erster Linie durch eine Potenzierung der eigenen Kraft über die Vereinigung der Arbeiterorganisationen – also der Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Das lag der von der „einheit“ in ihr Gegenteil verkehrten Erklärung Walter Ulbrichts auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Großberlin (25. 6. 1945) in Wahrheit zugrunde. Er sagte damals: „Während die Gewerkschaften vor 1933 unter sozialdemokratischer Führung standen, müssen die neuen Gewerkschaftsorganisationen zu einheitlichen freien Gewerkschaften werden.“

Vorbereitung zur Gründung einer einheitlichen Gewerkschaft und zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei gab es nicht nur in Großberlin und in der sowjetischen Besatzungszone. Auch in den Westzonen entstanden auf lokaler Ebene einheitliche Gewerkschaftsorganisationen, und zwar unter aktiver Mitwirkung von Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen. F. K.

Bundesregierung soll Vorschläge der Sowjetunion aufgreifen

Interview mit Ingo Lehmann, Jugend- und Bildungssekretär der IG Druck und Papier

Wie mehrere andere Gewerkschaftskongresse, so hat auch der im Oktober des vergangenen Jahres in Augsburg stattgefunden 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier die Bundesregierung aufgefordert, „im Rahmen der NATO darauf hinzuwirken, den am 12. Dezember 1979 in Brüssel gefassten Beschuß, „eurostrategische Atomwaffen“ in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen NATO-Staaten zu stationieren, aufzuheben...“ Unsere Redakteurin Gisela Mayer stellte dem Jugend- und Bildungssekretär der IG Druck und Papier, Ingo Lehmann, zu diesem Problem und zu anderen Schwerpunkten einige Fragen.

NACHRICHTEN: In einem Beschuß des letzten Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier wird der NATO-Beschluß vom Dezember 1979, atomare Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren, abgelehnt. Welchen Beitrag leistet die Jugend der IG Druck und Papier zur Realisierung des Gewerkschaftstagsbeschlusses?

Ingo Lehmann: Wir haben der Legendenbildung, Nachrüstung sei aus friedenssichernden Gründen notwendig, entschieden entgegenzutreten: in den Jugendgruppen, auf den Mitgliederversammlungen, bei Seminaren, in denen das Thema z. B. im Zusammenhang von Rüstung und Inflation behandelt wird. Als IG-Druck-und-Papier-Jugend engagieren wir uns auch auf DGB-Ebene gegen die Hochrüstung in Ost und West. Daß der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, der für mich und viele meiner politischen Freunde eine klare Verletzung des Völkerrechts, einen Verstoß gegen die territoriale Integrität und nationale Souveränität darstellt, sowie z. B. das Vorgehen der Sowjetunion in Eritrea uns wenig hilfreich war und ist, will ich nicht verschweigen.

Gerade das deutsche Volk trägt in besonderer Weise die historische Verantwortung, einen aktiven und kompromißlosen Beitrag für den Frieden zu leisten und der aktuellen Gefahr des Krieges entgegenzuwirken. In unserem Interesse erwarten wir von der Regierung der Bundesrepublik, daß sie die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion aufgreift und zu Verhandlungen bereit ist. Wir sind uns durchaus im klaren darüber, daß damit auch die Bündnisverpflichtung in Frage gestellt ist. Letztlich darf ich darauf hinweisen, daß die hier angerissenen Probleme nicht stellvertretend von der Jugend zu erledigen sind.

NACHRICHTEN: Im Zusammenhang mit unserer ersten Frage steht ein weiterer ebenfalls vom letzten Gewerkschaftstag angenommener Antrag, „innerhalb der

Organisation über die Gefahren des Wettrüstens“ aufzuklären. Unserer Ansicht nach betrifft dieser Beschuß besonders den Bildungsbereich, für den Sie zuständig sind. Gibt es bereits Materialien, die diese Aufklärungsarbeit fördern?



Ingo Lehmann: Diese Aufforderung an die Organisation trifft auf eine bereits geübte Praxis. In allen Kursen der allgemeinen Seminarreihe ist thematisch Raum für diese Fragen gegeben, sei es im Zusammenhang politischer Ökonomie, sei es bei Fragen des Staatsrechts usw. Der Hauptvorstand hat im weiteren zu entscheiden, wie dieser Beschuß im einzelnen in unserer Praxis umzusetzen ist. Spezielle Materialien für die Bildungsarbeit gibt es bei uns hierzu nicht. Dennoch versteht es sich, daß jeder unserer haupt- wie ehrenamtlichen Funktionäre, der in der Bildungsarbeit steht, im Rahmen der Lerninhalte, Zielvorstellung bzw. Beschußlage der Organisation dieses Themas entsprechend seiner aktuellen Bedeutung berücksichtigen wird. Die Abteilung Bildung beim Hauptvorstand kann ihr besonders als Hintergrundmaterial

GEWERKSCHAFTEN

erscheinende Artikel, Aufsätze, Bücher usw. zum Studium empfehlen.

Aber auch hier wieder der Hinweis: die zentrale Bildungsarbeit kann nur eine Quelle für die Realisierung dieses Beschlusses sein. Andere wichtige Quellen sind z. B. themenbezogene Mitgliederversammlungen, örtliche Bildungsarbeit sowie eine ausführliche Berichterstattung und Kommentierung in unseren Mitgliederzeitungen, insbesondere in unserem „Zentralorgan“.

Zweifellos sind wir in einer Situation, in der die politische Konstellation – Blockbildung auf beiden Seiten, zunehmend krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus – den Vorgang des Hoch- und Wettrüstens begünstigt. Dabei gilt es insbesondere das Argument zu widerlegen, an der Rüstung müsse aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung und -schaffung festgehalten werden. Als ob die Umstellung solcher Betriebe auf Friedensproduktion nicht möglich wäre.

Selbstverständlich gibt es Beispiele, wie das in der Rüstungsproduktion erworbene „Know-how“ z. B. im Rahmen der Entwicklung der Meß- und Regeltechnik zu anderen Zwecken sinnvoll eingesetzt werden kann. Die Führung der IG Metall – ich meine in der Ablehnung U-Boote für Chile als arbeitsplatzsichernde Notwendigkeit – hat hier deutliche Zeichen gesetzt.

NACHRICHTEN: Sie haben als Vertreter der Jugend am Außerordentlichen DGB-Kongreß vom 12. bis 14. März in Düsseldorf teilgenommen. Welcher Stellenwert wird im neuen DGB-Grundsatzprogramm den Aufgaben der Jugend eingeräumt?

Ingo Lehmann: Der Bundesjugendausschuß hatte vorgeschlagen, gegenüber der Jugend nicht nur zu appellieren, Mitarbeit an den großen Zielen der Gewerkschaftsbewegung zu verlangen, sondern gleichzeitig auch deutlich der Jugend seitens des DGB mehr als bisher „tatkärfte Unterstützung“ zuzuschaffen. Er hat daran erinnert, daß auch seitens der Organisation die Verpflichtung bestehen muß, „der Jugend den nötigen Raum zu geben und die Unterstützung auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausdrücklich zu beziehen“ (Antrag 119).

Leider konnte auf dem Kongreß ein solches Signal nicht gesetzt werden. Die nunmehr angenommene Formulierung: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund wendet sich insbesondere an die arbeitende Jugend und fordert sie auf, an den Zielen der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt die Jugend tatkärfig“, fällt sogar hinter jene des Jahres 1963 zurück. Auf der anderen Seite können wir uns aber doch auf das verabschiedete „Positionspapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit“ des DGB beziehen, das m. E. auch Angebote an die Jugend formuliert. An uns wird es liegen, mit Hilfe der älteren

GEWERKSCHAFTEN

Neonazistische Morddrohung

Eine Morddrohung der Neonazis erhielt der Sprecher der antifaschistischen Initiative „Dem Naziterror Einhalt gebieten“ und Bezirkssekretär der Frankfurter IG Druck und Papier, Heinz Werner Wurstius. In einem mit Hakenkreuzen und einer Guillotine versehenen Schreiben der neonazistischen „Nationalen Kampfgruppe Ruhr-Mitte“ heißt es u. a.: „Es ist Zeit, daß wieder Köpfe rollen... Auch für dich ist es bald aus.“

Wie aus Kreisen der Initiative zu erfahren war, haben weit über 10 000 Persönlichkeiten der Bundesrepublik, darunter Hunderte Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, den Aufruf unterzeichnet. Nach Redaktionsschluß wurden die Unterschriften Vertretern der Bundesregierung übergeben.

DGB mit neuem Mitgliederrekord

Am 31. Dezember hatte der DGB – wie Mitte April bekanntgegeben wurde – mit insgesamt 7 882 257 Mitgliedern einen neuen Rekord erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Nettozunahme von 38 962 Mitgliedern. 5 376 454 von den fast 8 Millionen sind Arbeiter, 1 658 121 Angestellte und 847 972 Beamte. Der Anteil der Frauen beträgt 20,3 Prozent. Verluste mußten nur die IG Metall, die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands sowie die Gewerkschaft Textil – Bekleidung hinnehmen. Insgesamt verloren sie 63 673 Mitglieder. Diesem Minus stehen Zunahmen in Höhe von 102 635 Mitgliedern in den anderen 14 DGB-Gewerkschaften gegenüber.

Kolleginnen und Kollegen dieses Angebot aufzunehmen. Ich denke da z. B. an die Formulierung: „In der gewerkschaftlichen Jugendbildung müssen unterschiedliche Methoden erprobt werden können.“

Eine Stellungnahme angesichts der Bewegung unter der Jugend, angesichts der großen ungelösten sozialen Fragen, von denen besonders die Jugend betroffen ist, bleibt von uns weiter verlangt.

NACHRICHTEN: Welche Schwerpunkte stehen im Mittelpunkt der Jugendarbeit Ihrer Gewerkschaft?

Ingo Lehmann: Im Bereich der Tarifpolitik sowie der Bildung haben wir nicht zu übersehende Pflöcke eingeschlagen, die es jetzt – zumal in der Tarifpolitik – umzusetzen gilt. Das ist zum einen die berechtigte Forderung nach deut-

DGB wies Ansinnen Stoibers zurück

Gegen das unerhörte Ansinnen des CSU-Generalsekretärs Stoiber, der DKP angehörende Kandidaten zum Betriebsrat von der gewerkschaftlichen Einheitsliste zu streichen, hat sich der bayerische DGB-Landesbezirksvorsitzende Jakob Deffner gewandt. Er bezeichnete das Verlangen des Strauß-Intimus als „unerhörten Angriff auf den DGB und seine Gewerkschaften“. Wörtlich erklärte der DGB-Funktionär u. a.: „Auch der Generalsekretär der CSU muß inzwischen wissen, daß der DGB für den Ausschluß von Mitgliedern der DKP keinen Anlaß hat, weil diese Partei Satzung und Programm des DGB anerkennt.“

PERSONALIEN

Hagen Breitinger, bisher Leiter der Abteilung Organisation beim Vorstand der IG Metall, ist seit kurzem Arbeitsdirektor bei der Klöckner-Hütte in Bremen. Ebenso wechselte **Hans Adam Pfromm** von der IG Metall, wo er bisher die Grundsatzabteilung leitete, in die Wirtschaft. Er ist nun Personaldirektor der Krupp Stahl AG.

Wilhelm Gefeller, Vorsitzender der IG-Chemie-Papier-Keramik (IG ChPK) von 1949 bis 1969, heute noch Ehrenvorsitzender dieser Gewerkschaft, kann am 27. Mai seinen 75. Geburtstag feiern. Gefeller, der auch jahrelang Präsident der Internationalen Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICF) war, gehörte zu den Männern der ersten Stunde beim Aufbau der Einheitsgewerkschaften nach der Niedereihe der Nazidiktatur. An der Seite von Otto Brenner trat er entschieden gegen den sozialpartnerschaftlichen Kurs des damaligen IGBSE-Vorsitzenden und späteren Verteidigungsministers Georg Leber auf. Gefeller gehörte zu den konsequenten Gegnern der Notstandsgesetze.

Willi Lojewski, 56, Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, ist seit dem 1. April für ein Jahr Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Günter Mark, 40, Gewerkschaftssekretär in der Abteilung „Beamte, Posthalter“ beim Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft, wurde kürzlich zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden seiner Gewerkschaft sowie zum Vorsitzenden des Betriebsrates in der Frankfurter DPG-Hauptverwaltung gewählt. Mark löst damit den Bezirkssekretär von Karlsruhe, **Wilhelm Hauptmann**, ab.

Paul Plumeyer, bis 1980 geschäftsführendes Mitglied des Hauptvorstandes der IG ChPK und wegen seiner progressiven Einstellung nicht wiedergewählt, sprach als Hauptredner auf der Maikundgebung des DGB-Kreises Mainz. Der Hauptvorstand der IG ChPK, wie der rheinland-pfälzische Bezirksleiter, **Hans Schweitzer**, hatten dagegen energisch protestiert. Dieser Protest wurde sowohl vom DGB-Landesbezirk als auch vom DGB-Kreis Mainz zurückgewiesen.

Reinhard Reibsch, 29, ist mit Wirkung vom 1. April neuer Bundesjugendsekretär der IG ChPK. Seit 1978 Sekretär der IG ChPK-Verwaltungsstelle Ludwigshafen und vordem Assistent an der DGB-Bundesjugendschule Oberursel, tritt er die Nachfolge von **Gerd Andres**, 30, an, der, wie bereits gemeldet, Leiter der Abteilung Bildungswesen der Hauptabteilung VIII beim Hauptvorstand seiner Gewerkschaft wurde.

Mitbestimmungsänderungsgesetz mit der Lupe betrachtet

Anfang April 1981 hat der Bundestag ein Änderungsgesetz zur Montanmitbestimmung verabschiedet. Aktueller Anlaß für dieses sogenannte Sicherungsgesetz war der Konflikt bei Mannesmann. Unter dem Vorwand betriebswirtschaftlicher Gründe sollte der Mannesmann-Konzern im Juni dieses Jahres umstrukturiert werden mit dem Ergebnis, daß Mannesmann aus dem Geltungsbereich der Montanmitbestimmung herausgefallen wäre. Dieses Aussteigen aus der Montanmitbestimmung wird nun zwar verhindert – aber befristet auf sechs Jahre. Der DGB hat dieses Gesetz daher zu Recht als „Auslaufgesetz“ der Montanmitbestimmung bezeichnet, es aber bei verbalen Protesten mehr oder minder beruhen lassen.

Das sogenannte Sicherungsgesetz sieht vor, daß eine Ausgliederung von Betrieben oder Betriebsstufen eine am 1. Juli 1981 bestehende Montanmitbestimmungsregelung unberührt läßt. Dies zielt direkt auf den Mannesmann-Plan – schiebt seine Umsetzung aber nur sechs Jahre auf. Demgegenüber haben die Gewerkschaften eine unbefristete Sicherung des gegenwärtigen Montanmitbestimmungsstandes gefordert, was angesichts des kontinuierlichen Rück-

nehmen gegenüber 105 im Jahr seiner Verabschiedung 1951.

Das jetzige Sicherungsgesetz ändert darüber hinaus auch noch einige zentrale Bestimmungen des Montanmitbestimmungsgesetzes um, ohne daß diese Änderungen mit dem Ausgangskonflikt bei Mannesmann auch nur das geringste zu tun hätten. Maßgeblich auf Druck der FDP wurde das Wahlverfahren der externen Gewerkschaftsvertreter geändert.

Udo Mayer

Im Grundsatzprogramm des DGB wird verlangt:

„– die Schaffung einer allgemeinen Mitbestimmungsregelung für alle Großunternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform, die mindestens der geltenden Montanmitbestimmung entspricht. Dieses seit Jahrzehnten erfolgreich praktizierte Mitbestimmungsmodell bleibt Grundlage der gewerkschaftlichen Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung. Parität im Aufsichtsrat, einheitliche Arbeitnehmervertretung, gleichberechtigte Beteiligung außerbetrieblicher Arbeitnehmervertreter und ein Arbeitsdirektor, der vom Vertrauen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften getragen wird, haben sich bewährt. Voraussetzung für den Ausbau der Unternehmensmitbestimmung ist die Sicherung der geltenden Montanmitbestimmung gegen alle Aushöhlungs- und Demontageversuche der Unternehmer...“

gangs der montanmitbestimmten Unternehmen eine zwingende Notwendigkeit gewesen wäre, will man nicht sehenden Auges das langsame Ende der Montanmitbestimmung einläuten. Denn schon jetzt findet etwa das Mitbestimmungsgesetz von 1956 nur noch auf 1 (!) Unternehmen Anwendung, das Montanmitbestimmungsgesetz selbst gilt nur noch in 29 Unter-

Wenn es der CDU/CSU mit ihrer Initiative zur Sicherung der Montanmitbestimmung ernst gewesen wäre, so hätten sie rechtzeitig zur 2. Lesung des Gesetzentwurfes einen Änderungsantrag vorlegen müssen, der die Senkung der Montanumsatzquote von 50 auf 30 Prozent für den Geltungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes von 1956 vorsehen hätte.

Wieder einmal haben also die Bonner Parteien in einer zentralen Mitbestimmungsfrage versagt. Nach Loderer und Judith dürfe sich aber niemand darüber hinwegtäuschen, daß die Gewerkschaften den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmungsregelung für alle Großunternehmen und die Verwirklichung der Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich mit allem Nachdruck weiter verfolgen würden. Dies knüpft an der programmatischen Zielsetzung im neuen DGB-Grundsatzprogramm an, wonach die Montanmitbestimmungsregelung auf alle Großunternehmen ausgeweitet werden soll. Im Augenblick erscheint jedoch der Erhalt der bestehenden Montanmitbestimmung das Gebot der Stunde und eine entsprechende Offensive der Gewerkschaften nötiger denn je.

Udo Mayer

Großer Erfolg des Friedensforums

Angesichts der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung neuer atomarer US-Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik hatten sich am letzten April-Wochenende mehrere tausend Hamburger zu einem großen Friedensforum zusammengefunden, darunter auch zahlreiche Erstunterzeichner des Aufrufs „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine neuen Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieser Aufruf hat ein großes Echo gefunden. Er trägt die Unterschriften von haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, von 23 Bürgerschaftsabgeordneten sowie Kreis- und Distriktsvorsitzenden der SPD, von Mitgliedern der FDP, der Grünen und der DKP. Auch zahlreiche Betriebsräte, Journalisten, Künstler, Professoren, Vertreter der Kirchen und Jugendorganisationen haben sich mit ihrer Unterschrift hinter das Anliegen des Aufrufs gestellt.

Die Tatsache, daß sich viele Sozialdemokraten nicht vom „Kanzler in die Zucht nehmen“ ließen und ihr Engagement für den Frieden auch öffentlich bekunden, hat zu einer scharfen Kampagne der CDU, der Unternehmerpresse und zu einer Kontroverse in der SPD selbst geführt. Die über 4000 Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung des Hamburger Friedensforums waren sich einig: Nur in einer starken Friedensbewegung liegt die Kraft, die die verhängnisvolle Aufrüstungspolitik auf dem Boden der Bundesrepublik stoppen kann.

In der Studie schätzt Bayerns DGB, daß es zur Zeit rund 500 illegale Verleihfirmen in seinem Bereich mit rund 50 000 Beschäftigten gibt. Davon allein 30 000 im Raum München. Überwiegend kommen die „Illegalen“ aus Jugoslawien und der Türkei. Steigende Tendenz aber weisen auch die Zahlen der illegalen Leiharbeiter aus Holland, Belgien, England und Frankreich auf.

Und so geht das Geschäft vor sich: Versehen mit Touristen-Visen für drei Monate reisen die Leiharbeiter in die Bundesrepublik ein. Sie werden, das besagen die Recherchen des DGB, „z.B. am Münchener Hauptbahnhof von ‚Schleppern‘ in Empfang genommen. Gegen eine Empfangsbestätigung übergeben sie ihre Reisepässe, erhalten ein kleines Handgeld und sind ‚Beschäftigte‘ einer der obskuren, illegalen Verleihfirmen, die nach außen sehr oft als Bauunternehmen fungieren.“

Für die Verleihfirmen zahlt sich dieser Menschenhandel in klingender Münze aus. Sie verdienen sich goldene Nasen an den ihnen nun schutzlos ausgelieferten Arbeitern. Beispielsweise kostet nach DGB-Angaben die Entleihung eines Arbeiters in der Stunde 25,- DM. Von diesem Betrag erhalten die Verleihfirma und der Arbeiter je die Hälfte. Wenn also ein illegaler Verleiher 20 Beschäftigte z. B. an eine Baufirma verliehen hat, so kann er je Stunde 250 DM und im Monat bei 25 Arbeitstagen gar 50 000 DM in seine Tasche stecken.

Dabei ist es relativ einfach, illegale Verleihfirmen zu gründen. Wie man es macht, darüber kursiert in den einschlägigen Kreisen ein Papier mit der Überschrift „Wie gründet man eine GmbH?“ Minuten ist hier – wenn auch in schlechtem Deutsch – in vier Haupt- und zahlreichen Unterpunkten aufgezeichnet, was alles zu beachten ist. Notwendig sei mindestens ein Kapital von 20 000 DM, wovon wenigstens ein Viertel sofort zu zahlen ist. Selbst die Zimmer- und Telefonnummern der

a. p.

entsprechenden Behörden sowie die Kassenöffnungszeiten sind in dem Papier angegeben. Auch ein Anfänger kann, mit solch einer Hilfe versehen, sehr bald ins Geschäft kommen.

Nach den Feststellungen des bayerischen DGB erhalten viele dieser „Geschäftsgründer“ im Ausland das Startkapital und den Auftrag, eine Scheinfirma mit dem Zweck des illegalen Verleihs von Arbeitern zu gründen. Sobald das Unternehmen floriert, müssen entsprechende Anteile an den Auftraggeber abgeführt werden. Die Firmengrößen sind unterschiedlich. So meldet der DGB das Aufliegen einer illegalen Baufirma in München mit 500 Beschäftigten. Aber nur für 20 von ihnen wurden Steuern und Sozialversicherungsabgaben entrichtet. Damit das Risiko des Entdecktwerdens möglichst gering ist, gründen Firmen Tochtergesellschaften. Sie treten an die Stelle der Muttergesellschaft, wenn diese einmal aufliegen sollte. Werden nun illegal Beschäftigte krank, so erhalten sie Krankeinscheine auf Namen der versicherten Arbeiter. Dadurch werden den Kranken- und Sozialversicherungskassen enorme Mittel entzogen.

In dem Verfahren vor dem Arbeitsgericht versuchte Unternehmeranwalt Ricker, der IG Druck und Papier so einiges am Zeug zu flicken und die friedlich verlaufene Aktion zu kriminalisieren. Die Skala der Vorwürfe reichte von „Blockade“, „Belagerung“, „Gewalt gegen Sachen und Personen“ bis zur „Gefahr für Leib und Leben“. Jede dieser an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen konnte der Anwalt der IG Druck und Papier, Wolfgang Apitzsch, widerlegen. Er führte Aussagen von Polizeibeamten an, die bei der Solidaritätsaktion vor dem TER-Druck keine Spur von Gewalttätigkeiten erblickt hatten.

Die Aussagen der Gewerkschaftsseite waren so hieb- und stichfest, daß das Arbeitsgericht die Schadensersatzklage des TER-Druck abweisen mußte. Die IG Druck erwartet nach diesem eindeutigen Spruch, daß das bei der 5. Strafkammer des Landgerichts Darmstadt anhängige Verfahren wegen Nötigung und Hausfriedensbruchs gegen Manfred Balder, Hans Georg Fritz und Heinz-Werner Wurstius niedergeschlagen wird.

Illegale Leiharbeit: Zustände wie auf einem Sklavenmarkt

Kriminalisierung abgewehrt

Unter großer Beteiligung von Gewerkschaftern fand am 27. März vor der Vierten Kammer des Offenbacher Arbeitsgerichts ein Schadensersatzprozeß gegen die IG Druck und Papier und ihre drei Funktionäre Manfred Balder, Hans Georg Fritz und Heinz-Werner Wurstius statt. Anlaß war die Ende April 1979 durchgeführte Solidaritätsaktion vor dem rechtslastigen türkischen TER-Druck in Zeppelinheim bei Frankfurt. Durch diese Aktion, die weit über die Grenzen der Bundesrepublik Beachtung fand, war verhindert worden, daß die Londoner „Times“ gedruckt und damit den bereits einige Monate ausgesperrten englischen Kollegen in den Rücken gefallen wurde.

Offenbach war nicht die erste Station in diesem Verfahren, das von einigen Gewerkschaftstagen, so von HBV und IG Metall, verurteilt worden war. Bereits am 7. April 1980 hatte das Landgericht Frankfurt die IG Druck und Papier und namentlich die drei genannten Funktionäre wegen der „Times“-Aktion zu Schadensersatzzahlung in Höhe von 58 200 DM verurteilt. Eine Beweiserhebung sah das Gericht nicht einmal für notwendig an. Dieser willkürlich gefällte Spruch war für die Gewerkschaft nicht hinzunehmen. Sie legte Berufung ein. Wie recht sie damit hatte, zeigte die Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt. Am 8. Oktober des vergangenen Jahres entschied es, daß es sich bei der „Times“-Aktion um eine Arbeitskampfmaßnahme gehandelt habe.

Geht jedoch ein illegaler Verleiher der Justiz ins Netz, so steht die ausgesprochene Strafe in keinem Verhältnis zu dem gemachten Gewinn.

Um dem Unwesen mit dem illegalen Verleih von Arbeitern entgegenzuwirken, verlangt der DGB u. a. die Errichtung einer Sonderkommission sowie härtere Haftstrafen. Darüber hinaus wird das Verbot jeglicher Leiharbeit gefordert. Dazu heißt es im neuen DGB-Grundsatzprogramm: „Die Persönlichkeit des Arbeitnehmers und seine Menschenwürde sind auch am Arbeitsplatz zu achten. Seine Arbeitskraft darf nicht als Ware gewertet werden. Leiharbeit ist zu verbieten.“ Mit der Durchsetzung dieser Forderung aber würde auch dem illegalen Verleiherunwesen der Boden entzogen.

G. M.

Die Bundesanstalt ist pleite - Bevölkerung soll erneut bluten

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen ist zwar im März zurückgegangen, aber nur um knapp 90 000 auf immer noch mehr als 1,2 Millionen. Das war die geringste Abnahme der Arbeitslosigkeit im März seit 1975. Zugleich haben die Stellenangebote spürbar abgenommen. Der Vorjahresstand (März 1980) der Arbeitslosenzahl wurde um 38 Prozent (im Februar 1981 gegenüber Februar 1980 um 31 Prozent) und auch der bisherige Höchststand im März, der 1976 erreicht wurde, noch um 20 000 überschritten.

Trotz dieses im Verhältnis zum Vorjahresstand weiteren Ansteigens der Arbeitslosigkeit hat Bundeskanzler Helmut Schmidt die Forderung des DGB zurückgewiesen, zur Arbeitsplatzbeschaffung aus den öffentlichen Haushalten bis 1985 mindestens 50 Milliarden DM bereitzustellen. Die Bundesregierung hat dafür Maßnahmen zur „Verbesserung der Beschäftigungslage und der Wirtschaftsmodernisierung“ beschlossen, die in erster Linie in Steuergeschenken und Investitionshilfen für die Unternehmer bestehen. Die Vergabe der Investitionshilfen ist dabei nicht, wie es der DGB fordert, an Auflagen gebunden, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Statt wirksamer Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit werden in Bonn erstens Überlegungen angestellt, die Arbeitslosenstatistik, die ohnehin schon Hundertausende Arbeitsloser nicht erfaßt (die „stille Reserve“ und die Arbeitslosen, die an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilnehmen), zu manipulieren. Es sollen noch mehr Arbeitslose aus der Statistik ausgeklammert und die Quote dadurch herabmanipuliert werden, daß als Basis von der Zahl aller Erwerbstätigen, also einschließlich der Selbständigen, und nicht nur der unselbstständig Beschäftigten ausgegangen wird.

Zweitens will SPD-Bundesfinanzminister Matthöfer zur Deckung der steigenden Rüstungsausgaben auch noch das ohnehin unzureichende Arbeitslosengeld besteuern. Und drittens hat die Bundesregierung den Bundesarbeitsminister beauftragt, weitere Maßnahmen gegen eine „ungerechtfertigte Inanspruchnahme“ des Arbeitsförderungsgesetzes, d. h. neue Leistungseinschränkungen, zu erarbeiten.

Bundeskanzler Schmidt hat zum Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm des DGB geäußert, dieser habe nicht gesagt, „woher die Finanzierung kommen soll für das große Programm“. In der Tat aber hat der DGB dazu – wenn auch nur allgemein – eine Orientierung gegeben. Er fordert

eine „beschäftigungswirksame Umschichtung der öffentlichen Ausgaben“. Vielleicht paßt dem Kanzler diese Richtung nicht. Es könnte darunter doch auch verstanden werden, daß weniger öffentliche Mittel in die Rüstung und mehr in arbeitsplatzintensive Sozial- und Bildungsmaßnahmen fließen.

Grundsätzlich aber ist festzustellen: Volkswirtschaftlich gibt es kaum einen aufwendigeren Luxus als die Massenarbeitslosigkeit, das millionenfache Brachliegen der schöpferischen, körperlichen und geistigen Produktivkraft, der menschlichen Arbeitskraft. Der

Evelyn Butler / Klaus Dammann
Arbeitslos - was tun?

Alle Prognosen stimmen darin überein, daß in der nächsten Zeit mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen gerechnet werden muß. Welche Rechte und Möglichkeiten hat man, wenn man den Arbeitsplatz verloren hat, wenn Kurzarbeit verordnet ist oder wenn man nach dem Schulabschluß „auf der Straße“ steht? Zu diesen Fragen gibt das Buch eine Vielzahl von praktischen Hinweisen.

310 Seiten, Preis 14,- DM.

Zu beziehen über den Buchhandel oder per Vorauskasse plus 2,- DM für Porto und Verpackung über unseren Verlag.

DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat bei einer weit geringeren Arbeitslosenzahl den dadurch verursachten wirtschaftlichen Verlust mit jährlich 55 Milliarden DM beziffert.

Als Folge der ansteigenden Arbeitslosigkeit mußte der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1981 auf jetzt 28 Milliarden DM aufgestockt werden. Das allein sind annähernd 60 Prozent der 50 Milliarden DM, die das vom DGB geforderte Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm bis 1985 kosten soll. Die

Ausgaben der Bundesanstalt sind damit um 6,3 Milliarden DM höher als im vergangenen Jahr. Gegenüber 1974 (10,3 Milliarden DM) ist das fast eine Verdreifachung und gegenüber 1973 (6,8 Milliarden DM) sogar mehr als eine Vervierfachung der Ausgaben der Bundesanstalt.

Dabei ist die Bundesanstalt praktisch pleite. Da ihre Einnahmen die Ausgaben nicht decken und Rücklagen nicht mehr vorhanden sind, ist für 1981 ein Zuschuß des Bundes von 4,1 Milliarden DM erforderlich. Die Rücklagen der Bundesanstalt, die 1966 noch 6,7 Milliarden DM betragen haben, sind aufgezehrt. Jedes Ansteigen der Arbeitslosigkeit belastet die Arbeitslosenversicherung mehrfach: Die Zahl der Beitragszahler nimmt ab, die der Leistungsempfänger zu. Die Beitragseinnahmen aber gehen zusätzlich zurück, weil die Unternehmer die Situation zum verstärkten Druck auf Löhne und Gehälter ausnutzen.

Die Auszehrung der Rücklagen der Bundesanstalt setzte allerdings schon ein, als mit dem Arbeitsförderungsgesetz gegen den Protest der Gewerkschaften die Gelder der Arbeitslosenversicherung überwiegend für versicherungsfremde Aufgaben (z. B. Berufsförderung, Rehabilitation) verwendet wurden. So entfielen 1973 von den Gesamtausgaben der Bundesanstalt nur 23,2 Prozent auf Leistungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter. Schon Ende 1973 waren die Rücklagen auf 5,4 Milliarden DM, Ende 1974 dann auf 3 Milliarden DM zurückgegangen.

Der Bundeszuschuß von 4,1 Milliarden DM zu den Ausgaben der Bundesanstalt ist im wesentlichen durch die ab Januar erfolgte Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages abgedeckt. Um den Betrag der daraus resultierenden Beitragsmehrreinnahme von 3,5 Milliarden DM in diesem Jahr wurden die gesetzlichen Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung mit der Begründung gekürzt, dieser Betrag solle der Bundesanstalt zufliessen. Trotzdem droht auch eine weitere Steigerung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung, der schon 1975 und 1976 in zwei Stufen von 1,7 auf 3 Prozent erhöht wurde. In einem der unternehmerfreundlichen Kölner Wirtschaftszeitung „Aktiv“ gegebenen Interview erklärte der Präsident der Bundesanstalt, Stigl, er wolle eine Beitragserhöhung nicht ausschließen; er rechne „mit Sicherheit damit, daß im Bundestag über die Höhe des Beitragssatzes diskutiert“ werde.

Arbeiter und Angestellte, besonders aber die fast zwei Millionen offenen und verdeckten Arbeitslosen müßten von den Ministern und Abgeordneten erwarten können, daß sie nicht weitere Belastungen der arbeitenden Bevölkerung, sondern wirksame Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit anstreuen.

Arthur Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Der Betriebsrat konstituiert sich

Wenn in den Betrieben die Betriebsratswahlen durchgeführt sind, beginnt für die neu gewählten Betriebsräte eine wichtige Zeit: Gerade in der ersten Zeit werden die Weichen dafür gestellt, ob es den neuen Betriebsräten gelingt, eine effektive und schlagkräftige Interessenvertretung der Beschäftigten zu bilden und ob dazu die entsprechenden organisatorischen Möglichkeiten geschaffen werden.

In der ersten, der konstituierenden Sitzung wird der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die Mitglieder der Ausschüsse gewählt. Zu dieser Sitzung hat nach § 29 Abs. 1 BetrVG der Wahlvorstand einzuladen. Dabei ist darauf zu achten, daß nicht nur alle neu gewählten Betriebsratsmitglieder eingeladen werden, sondern auch die Ersatzmitglieder, falls Betriebsratsmitglieder verhindert sind. Der Unternehmer oder seine Vertreter haben an dieser Sitzung kein Teilnahmerecht. Kommt der Wahlvorstand seiner Verpflichtung zur Einberufung der Sitzung nicht nach, so können auch die neu gewählten Betriebsratsmitglieder selbst aktiv werden und die Sitzung einberufen.

Das Betriebsverfassungsgesetz geht von dem Grundprinzip aus, eine wirksame Interessenvertretung der Beschäftigten möglichst zu hemmen. Dazu dient u. a. das sogenannte Gruppenprinzip, gesetzliche Bestimmungen darüber, wie die Beschäftigtengruppen – Arbeiter und Angestellte – bei der Wahl des Vorsitzenden, seines Stellvertreters und bei der Zusammensetzung der Ausschüsse beachtet werden müssen. So soll nach § 26 Abs. 2 jede Gruppe getrennte Vorschläge für die Wahl des Betriebsratsvorsitzenden machen und die Kandidaten gegeneinander konkurrieren. Allerdings können die Gruppen auf dieses Vorschlagsrecht verzichten. Auch die Regelung, daß Vorsitzender und Stellvertreter verschieden Gruppen angehören sollen, ist lediglich eine sogenannte Soll-Vorschrift. Von ihr kann bei begründetem Anlaß – wenn z. B. aus einer Gruppe ein geeigneter Kandidat nicht zur Verfügung steht – abgewichen werden.

Hat ein Betriebsrat neun oder mehr Mitglieder, so hat er einen Betriebsausschuß zu bilden (§ 27 BetrVG). Dieser Betriebsausschuß kann ein wichtiges Hilfsmittel für den Betriebsrat sein, wenn er sich nicht als Führungsorgan versteht, sondern auf seine gesetzliche Aufgabe konzentriert, die laufenden Betriebsratsgeschäfte so zu führen, daß der Betriebsrat von organisatorischem Kleinkram entlastet wird. Die Beset-

zungsvorschriften für den Betriebsausschuß nach § 27 Abs. 2 sind ein extremer Ausfluß des Gruppenprinzips. Zu der umstrittenen Frage, ob diese Besetzungsvorschriften zwingendes Recht sind, hat vor kurzem das Bundesarbeitsgericht in einem Grundsatzbeschuß (Beschuß vom 7. Oktober 1980 – 6 ABR 56/79) Stellung genommen. Danach kann von den Besetzungsvorschriften abgewichen werden, allerdings muß diejenige Gruppe, deren Anzahl im Betriebsausschuß verringert werden soll, vorab einen Beschuß fassen, daß sie mit der Abweichung einverstanden ist.

Falls ein Betriebsausschuß gebildet ist, können weitere Ausschüsse eingerichtet werden (§ 28 BetrVG). Vorsicht ist immer dann geboten, wenn sowohl dem Betriebsausschuß als auch den weiteren Ausschüssen „Aufgaben zur selbständigen Erledigung“ übertragen werden sollen. Hier besteht leicht die Gefahr, daß die Betriebsratsarbeit nicht mehr vom Betriebsrat als Gesamtorgan betrieben und verantwortet wird, sondern sich Entscheidungsstrukturen herausbilden, die nicht mehr voll der Kontrolle und der Verantwortung des Betriebsrates unterliegen. Es ist kein Zufall, daß der Unternehmerkommentar zum Betriebsverfassungsgesetz von Kammann, Hess und Schlochauer den Betriebsräten nachdrücklich empfiehlt, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Heinze-Frauen im September vor BAG

Drei Jahre sind inzwischen vergangen, seit 1978 bei der Foto-Firma Heinze in Gelsenkirchen beschäftigte Frauen durch einen liegengebliebenen Lohnstreifen entdeckt hatten, daß sie vom Unternehmer nach Strich und Faden betrogen wurden. Für die gleiche Arbeit erhielten sie weniger in der Lohnfüte als ihre männlichen Kollegen. Gegen diese Lohndiskriminierung gingen 29 Heinze-Frauen, unterstützt von der IG Druck und Papier, vors Arbeitsgericht. Im Mai 1979 verurteilte das Gelsenkirchener Arbeitsgericht den Unternehmer zur Zahlung von 20 200 DM an die 29. Gegenteilig entschied jedoch als nächsthöhere Instanz das Landesarbeitsgericht Hamm. Es erklärte, daß unterschiedliche Bezahlung keinen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz darstelle. In letzter Instanz wird nun das Bundesarbeitsgericht am 9. September zu entscheiden haben.

Ein besonders wichtiger Ausschuß ist der Wirtschaftsausschuß, der in allen Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten – Ausnahme: Tendenzbetriebe – eingerichtet werden muß. Besetzungsvorschriften nach dem Gruppenprinzip bestehen hier nicht. § 107 BetrVG regelt lediglich die Größe (mindestens drei, höchstens sieben Mitglieder). Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses müssen nicht dem Betriebsrat angehören, sondern lediglich im Unternehmen tätig sein.

Zu den auf die konstituierende Sitzung folgenden Sitzungen lädt der Betriebsratsvorsitzende unter Angabe der Tagesordnung ein. In vielen Betrieben wird von vornherein durch Grundsatzbeschuß des Betriebsrates festgelegt, daß ein Vertreter der Gewerkschaft an allen Sitzungen teilnimmt.

In der ersten Zeit wird der Betriebsrat eine Reihe wichtiger Probleme angehen müssen:

- Welche Probleme im Betrieb brennen den Beschäftigten besonders unter den Nägeln, welche Initiativen kann der Betriebsrat ergreifen, welche Schwerpunkte setzt er sich für seine Arbeit? (Arbeitsplan)

- Wie können effektive, organisatorische Grundlagen für die Betriebsratsarbeit geschaffen werden? (Einrichtung und Besetzung des Betriebsratsbüros, Freistellungen, welche Ausstattung und welche Hilfsmittel benötigt der Betriebsrat? Wie baut er sich ein eigenes Informationssystem auf?)

- Wie erreicht der Betriebsrat, daß er geschlossen, einheitlich und als Kollektivorgan handelt? (Geschäftsordnung für die Betriebsratsarbeit, Diskussion über die Rolle des Vorsitzenden und der Ausschüsse, Kontrolle der einzelnen Aktivitäten und der geleisteten Arbeit)

- Wie kann das Verhältnis zwischen den Beschäftigten und dem Betriebsrat verbessert werden? (Einrichtung von Sprechstunden, regelmäßige Durchführung von Betriebsversammlungen, regelmäßige Rundgänge im Betrieb, Informationen über die Betriebsratsarbeit an die Beschäftigten z. B. durch ein Betriebsrats-Info)

- Wie sieht die Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Gremien aus? (gemeinsame Sitzungen mit dem gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper, gewerkschaftliche Vorbereitung der Betriebsversammlungen, Kontakte und Hilfestellungen zu und von Verwaltungsstellen, Teilnahme der Gewerkschaft an den Betriebsratssitzungen)

- Wie können insbesondere neu gewählte Kollegen mit der Betriebsratsarbeit vertraut gemacht werden? (Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsveranstaltungen, bewußte Einführung in die Betriebsratstätigkeit durch die erfahrenen Kollegen, Erstellung einer Bücher- und Materialiste für neu gewählte Betriebsratsmitglieder)

Florett

Wohnungsmisere

Die Hausbesitzer haben mit ihren Aktionen entscheidend dazu beigetragen, die Misere der staatlichen Wohnungspolitik öffentlich zu machen und den angeblich zum Wohle aller Bürger existierenden Staat als knallharten Interessenvertreter der Besitzenden zu demaskieren. Wer Tausende Menschen polizeilich verprügeln und Hunderte festnehmen und einsperren läßt, wie das in allen Teilen der Bundesrepublik in den letzten Monaten geschehen ist, weil die Bürger dieses Landes die fortgesetzte Zerstörung billigen Wohnraums aus Profitgründen nicht mehr länger hinnehmen wollen, der muß sich sagen lassen, daß er nichts weiter als ein Sachwalter der Reichen ist.

Nun pflegen allerdings die CSU-, CDU- oder SPD-Politiker, die in Nürnberg, Freiburg oder Westberlin die Knüppelgarden in Gang setzen, ebenso wie liberale Professoren, mit dem Recht zu argumentieren. Das „Recht“ gestatte nicht, daß fremdes Eigentum (also Wohnhäuser) einfach besetzt oder „instandbesetzt“ werde. Auch diese Argumentation weist die Betreffenden wieder als Apologeten der großen Haus- und Kapitalbesitzer aus, und zwar als dümmliche. Denn sie lassen sich allzu leicht bei der Zweckinterpretation des Rechts erwischen.

Zum Beispiel ignorieren sie glatt den Artikel 14 der Verfassung, der in Abs. 2 sagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Und Abs. 3 enthält den Hinweis, daß es auch „zum Wohle der Allgemeinheit“ enteignet werden darf. – Ist das kein Recht für die Rechtsfanatiker? Hat sich bis zu ihnen noch nicht herumgesprochen, daß man mit derlei Eigentum, das – wie Wohnhäuser – einen starken sozialen Bezug hat, auch als Besitzer nicht einfach machen kann, was man will?! Auch der Hinweis auf den hundert Jahre alten Straftatbestand „Hausfriedensbruch“ ist verfehlt, denn die „strafwürdige“ Tat liegt nicht im Instandbesetzen zwecks Erhaltung billigen Wohnraums, sondern im Mieterausschmiß und Verkommenlassen, um teuren Wohnraum zu „schaffen“. Leere Häuser sind nicht mehr „hausfriedensfähig“.

„Jeder Mensch hat ein Recht auf menschenwürdiges und gesichertes Wohnen“, heißt es im neuen Grundsatzprogramm des DGB. Zweifellos gehört dazu die staatlich geförderte Erhaltung und Schaffung erschwinglicher Wohnungen, die Wiederankurbelung des sozialen Wohnungsbaus. Wohnen ist ein primäres soziales Bedürfnis der Menschen – ein Bereich, der ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften nötig hätte.

G. Siebert

In Polen geht auch das noch: Bauern-, „Gewerkschaft“ zugelassen

Wahrscheinlich gibt es das nicht noch einmal auf der Welt: daß sich selbständige Bauern – Kleinunternehmer also – in einer Organisation zusammentreten, die ausdrücklich den Status und alle Rechte einer Gewerkschaft haben soll. Das jedenfalls wurde Ende April mit der Fertigstellung des Entwurfs eines Gewerkschaftsgesetzes in Warschau zwischen der Regierung, Vertretern der Bauern, der Gewerkschaft „Solidarnosc“ und der noch bestehenden alten Branchengewerkschaften vereinbart.

Bauern-Organisationen – sowohl eine Partei als auch berufsbezogene – gibt es in Polen schon seit langem. Und wenn man gewollt hätte, dann hätte auch noch eine sogenannte unabhängige Bauernorganisation gegründet werden können. Jedoch: Es ging den Initiatoren um den Gewerkschaftscharakter der Organisation, denn eine Gewerkschaft kann streiken, demonstrieren und all die anderen vielfältigen Aktionsformen praktizieren. Der Gewerkschaftsstatus ist deshalb derzeit in Polen nicht nur für die arbeitenden Menschen wichtig, die so die Verteidigung und Durchsetzung berechtigter Interessen am besten aufgehoben wissen, sondern er ist auch bei Leuten „in“, die ganz etwas anderes wollen als Demokratie, soziale und politische Gerechtigkeit. Im Gewerkschaftsgewand läßt es sich zur Zeit in Polen am besten gegen den Sozialismus subversieren. Man hat schließlich aus den gescheiterten Frontalzusammenstößen in Ungarn und der CSSR gelernt.

Ganz offensichtlich hatte die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) diesen Aspekt im Blickfeld, als sie bis noch vor wenigen Wochen kategorisch die Zulassung einer solchen Bauern-Kampforganisation ablehnte, die unter den spezifischen Verhältnissen in Polen obendrein gleichbedeutend ist mit der organisatorischen Kräftigung des militanten Katholizismus. Da aber diejenigen, die offenbar zielstrebig ihre organisatorische Vorbereitung auf eine noch größere Machtprobe mit dem Sozialismus in Polen weiterverfolgen, von ihrer Forderung nach einer „Land-Solidarnosc“ nicht abgingen, gingen statt dessen PVAP und Regierung von ihrem Standpunkt ab und änderten zudem noch die Rechtsordnung, damit gewissermaßen Unmögliches möglich wird.

Gewiß ist es schwierig, aus der Ferne die konkreten Vorgänge in Polen, die gesellschaftlichen Gegebenheiten, Kräftekonstellationen und Absichten immer zutreffend zu beurteilen. Der Gesamteindruck scheint indessen nicht abwegig, daß es gegenwärtig nicht die Regierung und die kommunistische Partei sind, die den Gang der Dinge bestim-

men. Es scheint auch, als wäre die Serie der Verletzung marxistisch-leninistischer Normen und Prinzipien, wodurch das Debakel herbeigeführt wurde, noch keineswegs zu Ende.

Dieser Eindruck wird auch durch die beabsichtigte Änderung der PVAP-Statuten bekräftigt, wonach Funktionäre auf allen Ebenen künftig nicht länger als drei Jahre dieselbe Funktion ausüben sollen: dann müssen sie wieder zurück ins hintere Glied. Ob das die richtige Form der Bekämpfung von Entfremdung zu den arbeitenden Menschen, Bürokratismus und auch Bestechlichkeit ist, wird sich wohl erst noch zeigen müssen. Auch stellt sich die Frage, wie viele fähige Kader die PVAP wohl hat, damit sie sie laufend wechseln kann?

Das Defensivverhalten als das wohl augenfälligste Verhalten von Staats- und Parteiführung in Polen zeigt sich auch in der Frage der Bezahlung von Streiks. Ursprünglich hatte „Solidarnosc“ verlangt, daß in der staatlichen Wirtschaft Streiks grundsätzlich vom Staat bezahlt würden, und zwar zu 100 Prozent. Danach hätte man, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, immer zwei Möglichkeiten gehabt: entweder man arbeitet oder man streikt. Gegen eine solche Art von „Sozialismus“ war denn die Staatsführung auch ganz kategorisch. Nun mehr scheint man sich auf der Ebene zu einigen, daß der Staat nur 50 Prozent des Lohnausfalls bei Streik bezahlt. – Eine derartige Regelung könnten wir auch in der Bundesrepublik gebrauchen!

Inzwischen werden die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Polens immer größer. Allein die Verschuldung im kapitalistischen Ausland hat bereits eine Größenordnung von 50 Milliarden DM erreicht, und damit wächst auch die Abhängigkeit. Die Exportverpflichtungen, insbesondere gegenüber den sozialistischen Ländern, werden nicht eingehalten und ziehen die dortigen Planungen in Mitleidenschaft. Die Rationierung der Grundnahrungsmittel muß ständig ausgeweitet werden. Höchste Zeit also, daß eine energische Führung Zeichen setzt und die Probleme in den Griff bekommt. Gerd Siebert

SED-Parteitag: Friedenskurs und besseres Leben als Einheit

Was ist los im bürgerlichen Blätterwald? Über den vom 11. bis 16. April 1981 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, stattgefundenen X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) herrscht mehr oder weniger Schweigen. Da hierzulande die Pressemonopole nur Negatives über die DDR berichten wollen, bringt man höchstens einige Spekulationen, verzichtet aber auf eine objektive Berichterstattung. Wir wollen neben einer allgemeinen Betrachtung zwei Fragen herausgreifen: die Friedens- und Gewerkschaftspolitik.

Erneut ist sichtbar geworden: die DDR zeichnet sich durch politische und ökonomische Stabilität aus. Dies widerstreift sich in dem vom wiedergewählten Generalsekretär Erich Honecker vorgelegten Bericht des Zentralkomitees der SED an den Parteitag. Es konnte eine positive Bilanz der Entwicklung seit dem letzten Parteitag im Jahre 1976 vorgelegt werden.

Bei ständigem Wirtschaftswachstum, trotz der negativen Einflüsse durch die Krise der kapitalistischen Umwelt, war es möglich, die ökonomische Potenz der DDR zu steigern. Auf dieser Grundlage konnten beachtliche sozialpolitische Verbesserungen vorgenommen werden. Die Erfolgsskala reicht – um nur einige Stichpunkte zu nennen – von der Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung über die Rentenerhöhung bis zur Gewährung eines bezahlten Babyjahres für die berufstätige Mutter. Das Realeinkommen lag 1980 um 24 Prozent höher als 1975, gegenüber 1970 sogar um 63 Prozent. Der gewachsene Lebensstandard zeigt sich auch an der Entwicklung der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern, wie nachstehende Übersicht zeigt: Von 100 Haushalten hatten

	1970	1975	1980
Kühlschränke	56	85	99
Waschmaschinen	54	73	82
Fernseher	69	82	90
Personenkraftwagen	16	26	37

Begriffe wie Arbeitslosigkeit, Berufsnot sowie Existenz- und Zukunftsangst der Jugend, Inflation und Reallohnseinkung, Wohnungsspekulation sowie Miet- und Preiswucher sind im Leben der DDR-Bürger Fremdwörter. Nach der beschlossenen Direktive für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Zeit von 1981 bis 1985 wird das auch in Zukunft so sein.

Die Realeinkommen sollen pro Kopf der Bevölkerung in diesem Zeitraum erneut um 21 bis 23 Prozent erhöht werden. Im Unterschied dazu wollen in der kapitalistischen Bundesrepublik die Unternehmer gegen den Widerstand der Gewerkschaften eine beachtliche

Reallohnseinkung diktieren. Allein schon an diesem Beispiel, so wurde hervorgehoben, zeige sich die Überlegenheit eines Gesellschaftssystems, das auf gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und sozialistischer Planwirtschaft basiert.

Wie ein roter Faden zog sich durch den Parteitag als wichtigste Aufgabe, den bedrohten Frieden zu sichern. Alle Redner des Parteitages, ob Minister oder Facharbeiter, Akademiker oder Genossenschaftsbauer, zeigten sich besorgt über den NATO-Raketenbeschuß, dessen Realisierung zweifellos die Kriegsgefahr verstärkt. Honecker brachte zum Ausdruck, daß „Frieden und Sozialismus wesenseins“ wären, weil in der DDR niemand an der Rüstung verdiente und niemand daran interessiert sei, sich an fremden Gebieten und Rohstoffquellen zu bereichern sowie die souveränen Rechte anderer Länder zu beugen.

Auch bei der Politik gegenüber der Bundesrepublik gehe es nach Honecker vor allem darum, dem Frieden zu dienen und ihn dauerhaft zu sichern. „Nur was dem Frieden nutzt, ist von Vorteil für die Menschen in beiden deutschen Staaten, für alle Völker unseres Kontinents.“ Honecker erneuerte die Bereitschaft der DDR, „konstruktiv zur Entwicklung normaler, ja gutnachbarschaftlicher Beziehungen“ zur Bundesrepublik beizutragen. Dies könnte jedoch nicht von der internationalen Situation abgekoppelt werden. Wörtlich erklärte der Redner: „Wer die NATO-Hochrüstung vorantreibt, wer mit neuen Atomraketen das militärisch-strategische Gleichgewicht in Europa antastet, der schafft Tatbestände, die gegen die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wirken und Erreichtes gefährden.“

Einmütig unterstützte der X. Parteitag der SED das vom XXVI. Parteitag der KPdSU vorgelegte Aktionsprogramm zur Sicherung des Friedens, einschließlich des vorgeschlagenen Moratoriums bezüglich neuer Raketenwaffen in Europa (vergl. NACHRICHTEN 4/81). Besonders eindringlich warnte DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann vor der verstärkten Rüstung. Heute wären

„den imperialistischen Strategen Vernichtungsmittel in die Hand gegeben, deren zerstörende Wirkung – kämen sie jemals zum Einsatz – die Millionen Blutopfer, das Ausmaß an Verwüstung und menschlichem Leid während des 2. Weltkrieges um ein Vielfaches übertreffen würden“. Der Chefarzt der Frauenklinik am Bezirkskrankenhaus in Suhl, Ulrich Retzke, sprach aus seiner Sicht die Friedensfrage an: „Was nützte die ganze moderne Medizin, wie kurzlebig wäre die Freude einer Mutter über ihr gewünschtes Kind, wenn es nicht gelänge, einen unvorstellbar grausamen Vernichtungskrieg zu verhindern...“

Sowohl im Rechenschaftsbericht als auch in der Diskussion, bei der 50 Delegierte zu Wort kamen – außerdem sprachen auch zahlreiche Vertreter von 125 anwesenden kommunistischen und Arbeiterparteien, sowie von revolutionär-demokratischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien – nahm die Arbeit der 9 Millionen im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) organisierten Mitglieder einen beachtlichen Platz ein. Honecker führte aus, der FDGB verfüge über Rechte, wie es sie in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung nie gegeben habe. Als umfassendste Massenorganisation der herrschenden Arbeiterklasse seien die Gewerkschaften sowohl eine Organisation von Besitzern der Produktionsmittel und wären unmittelbar an der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Prozesse beteiligt. Das untermauerten mehrere Delegierte wie der gewerkschaftliche Vertrauensmann und erste Ofenschmelzer vom Stahl- und Walzwerk Riesa, Heinz Heimann, der nachwies, daß sich parallel zu der gesteigerten Arbeitsproduktivität die Lebensbedingungen für die Kollegen seiner Brigade verbessern.

FDGB-Vorsitzender Harry Tisch unterstrich, daß die Bevölkerung der DDR nur soviel erhalten könne, wie sie sich vorher erarbeitet hätte. Bei der Interessenvertretung seiner Mitglieder würde sich der FDGB auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen, mit dem Ziel, Arbeitserschwernisse zu beseitigen. Unter anderem konnten die Arbeitsunfälle von 41 je 1000 Beschäftigte im Jahre 1971 auf 29 im Jahre 1980 verringert werden.

Verbessert habe sich auch der Feriendienst des FDGB. In seinen und betriebseigenen Heimen könnten jährlich 4,2 Millionen Gewerkschafter einen Urlaub für höchstens 120 Mark verleben. Künftig wolle der FDGB nach Harry Tisch den „Fragen der Entlohnung nach der Leistung“ größere Aufmerksamkeit schenken. Dazu gehöre die „Einführung der Produktivlöhne durch die leistungsorientierten Grundlöhne und -gehälter“. NACHRICHTEN werden auf diese neue Lohnform im Vorfeld des X. FDGB-Kongresses im April 1982 noch zurückkommen. Werner Petschick

IUL-Attacke gegen Reagan wegen El Salvador

„Die Reagan-Show ist unterwegs“, so ist der Leitartikel der IUL-Nachrichten (Nr. 3/81) überschrieben, was sarkastisch gemeint ist. Die Internationale Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) arbeitet als internationales Berufssekretariat mit Sitz in Genf eng mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) zusammen. Ende Mai findet in München der Kongreß der IUL statt.

Scharf werden von der IUL die US-amerikanische Unterstützung der Militärdiktaturen in El Salvador und Guatemala sowie der Hilfestopp für Nicaragua kritisiert. In einer dem Weißen Haus in Washington übermittelten Resolution

Besser informiert durch NACHRICHTEN

forderte der geschäftsführende Ausschuß der IUL die USA-Regierung auf, „ihre Unterstützung für die Militärdiktaturen in El Salvador und Guatemala sofort einzustellen, da diese durch ihre Mordkampagnen gegen Gewerkschafter und alle anderen Gegner und Dissidenten hervorragende Beispiele für vom

Zeitungsstreik in Dänemark

Im gesamten Monat April fand in Dänemark eine hartnäckige Auseinandersetzung in der grafischen Industrie statt, die bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch andauerte. Nach Streikaufruf des Dänischen Typografenverbandes und Aussperrungen durch die Unternehmer kam nahezu das gesamte Druckgewerbe Dänemarks zum Erliegen. Betroffen sind davon auch die größten Tageszeitungen und Wochenblätter. Von einer täglichen Auflage in Höhe von fast 2 Millionen erschien im Durchschnitt nur etwa ein Fünftel.

Einerseits geht es bei der Auseinandersetzung um höhere Löhne; zum anderen soll mit der Streikaktion erreicht werden, daß die Gewerkschaft bei der

Staat geförderten Terrorismus geliefert haben“.

In dem genannten Leitartikel der IUL-Nachrichten wird zusätzlich auf die „anderen Elemente“ in dem „weltumspannenden Drama“ der Reagan-Show verwiesen: „... die Entspannung mit dem Apartheidregime in Südafrika; das Bündnis mit dem starken Mann Südkoreas, Chun Doo-Hwan; die verstärkten Beziehungen zu den Diktaturen in Argentinien, Chile und Uruguay; die verstärkte Militärhilfe für weitere „autoritäre“ Freunde, während die sentimentale Vergeudung von Auslandshilfe abgebaut wurde. Auch im eigenen Land hat er die neue Ordnung eingeführt: Er hat die Steuern für die Reichen gekürzt, die schließlich lange genug geschröpft wurden, und die Armen wissen lassen, daß sie anderswo betteln gehen können, aber nicht mehr bei der Regierung.“

Schließlich heißt es dann: „Aber die Lage ist zu ernst für Sarkasmus. Reagan steht jetzt mindestens vier Jahre lang an der Spitze des mächtigsten Landes der Welt, und auch seine Innen- und Wirtschaftspolitik werden der Welt ungeheuren Schaden zufügen.“ Den Gewerkschaften bleibe keine andere Alternative als der Kampf gegen solche Entwicklung. „Es ist an der Zeit, daß wir uns der konservativen Offensive gemeinsam und geschlossen widersetzen. Das ist nur auf der Grundlage einer kompromißlosen Verteidigung der Gewerkschaftsrechte, der demokratischen Rechte und der Menschenrechte auf der ganzen Welt möglich.“ Sb.

Einführung neuer Technik ein Mitbestimmungsrecht bekommt. Wie zu erfahren war, nutzen die Verleger die Zwangspause von Streik und Aussperrung, um verstärkt von Bleisatz auf elektronisch gesteuerte Textverarbeitung umzustellen und die Beschäftigten der grafischen Industrie vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Ebenfalls in Dänemark zieht sich ein Konflikt zwischen dem Staat und den Fluglotsen schon längere Zeit hin. Die Fluglotsen verlangen bessere Bezahlung und Abbau der hohen Belastungen, unter denen sie ihren Dienst versiehen müssen. Deshalb haben sie einen Arbeit Langsam-Streik begonnen.

Arbeiterkonferenz wird fortgesetzt

Rund 250 Gewerkschafter aus der Bundesrepublik, Dänemark, der DDR, Finnland, Island, Norwegen, Polen, Schweden und der Sowjetunion werden vom 27. bis 31. Mai 1981 in Binz auf Rügen/DDR zusammenkommen, um die 23. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands durchzuführen. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Fragen der gewerkschaftlichen Verantwortung für Frieden, Entspannung und Abrüstung. Die Arbeiterkonferenzen werden bereits seit 1958 veranstaltet.

In Arbeitsgruppen diskutieren die Teilnehmer aus den neun Ländern die Auswirkungen moderner Technologien auf das Arbeitsleben, den Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichem Engagement und sozialem Fortschritt sowie Abrüstung und ihre ökonomischen und sozialen Aspekte. Zum Begleitprogramm der Veranstaltung gehören bilaterale Treffen der Ländergruppen und Besuche in Betrieben der DDR.

UAW will in AFL-CIO zurück

Einstimmig hat der Vorstand der US-amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW) den Regionalorganisationen und Mitgliedern empfohlen, wieder in den Dachverband AFL-CIO zurückzukehren. Darüber wird gegenwärtig in der Gewerkschaft beraten und entschieden. Die UAW war 1968 aus der AFL-CIO ausgeschieden, weil sie den Kurs des kalten Krieges der damaligen Verbandsführung unter Gewerkschaftspräsident Meany, der inzwischen verstorben ist, nicht mitmachen wollte. Die UAW ist mit 1,2 Millionen Mitgliedern die zweitgrößte amerikanische Gewerkschaft. Die größte mit 2,2 Millionen Mitgliedern ist die der Teamster.

Arbeitslosigkeit in der EG steigt

Einschließlich des neuen EG-Mitglieds Griechenland waren im Frühjahr 1981 rund 8,6 Millionen Menschen im EG-Raum arbeitslos. Das sind 7,6 Prozent aller Erwerbstätigen. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr beträgt 29,6 Prozent. Am stärksten war der Arbeitslosenanstieg in Großbritannien und in Holland und Irland.

Für engagierte Gewerkschafter ein lesenswertes Buch

Detlev Prinz, Manfred Rexin (Hrsg.), Beispiele für den aufrechten Gang – Willi Bleicher – Helmut Simon, Im Geiste Carl von Ossietzky, Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt 1979, 157 Seiten, 10,80 DM.

Zwei Demokraten, der Gewerkschafter Willi Bleicher und der Verfassungsrichter und engagierte Christ Helmut Simon, werden in dem Buch als „Beispiele für den aufrechten Gang“ dargestellt. Anlaß des Buches ist die Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille an Bleicher und Simon für ihre Verdienste „um die Wahrung und Festigung der Menschenrechte“.

Manfred Rexin, einer der beiden Herausgeber, schildert ausführlich die Lebensläufe beider Preisträger. Ergänzt werden diese Biographien durch Beiträge von Detlev Prinz, Rosalinde von Ossietzky-Palm, Hermann Vinke, Willi Bleicher, Erwin Beck, Rainer Krüger, Wolfgang Lüder, Heinz Oskar Vetter, Heinrich Albertz, Helmut Simon, Konrad Gilges und Georg Drescher. Bei diesen Beiträgen handelt es sich zum Teil um abgedruckte Reden, die zur Übergabe der Carl-von-Ossietzky-Medaille gehalten wurden.

Der Preisträger Willi Bleicher ist den Gewerkschaftern kein Unbekannter. Viele erinnern sich an seine Tätigkeit als Bezirksleiter der IG Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden bis in die siebziger Jahre hinein. Viele haben auch den biographischen Film „Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“ gesehen. Willi Bleicher ist ohne Zweifel einer der geachteten Persönlichkeiten der bundesdeutschen Gewerkschaftsgeschichte.

Im Jahre 1907 im württembergischen Cannstatt geboren, erlebte er als Kind den ersten Weltkrieg mit, erfuhr Hunger und Not, aber auch erste Eindrücke von der Arbeitswelt bei Daimler, wo sein Vater als Schlosser arbeitete. Schlosser bei Daimler wurde 1923 auch der Sohn Willi und gleichzeitig Mitglied des Metallarbeiterbundes und dort Jugendleiter. In dieser Zeit trat Willi Bleicher auch dem Kommunistischen Jugendverband und der KPD bei, die er 1929 vor allem wegen Differenzen um die Gewerkschaftsfrage wieder verließ, um in der oppositionellen Gruppe KPO mitzuarbeiten.

1933 mußte Willi Bleicher in die Illegitilität gehen. Nach Aufenthalten in der Schweiz und in Frankreich wurde er Anfang 1935 in Deutschland verhaftet, kam ins Gefängnis und ins KZ, 1938 nach Buchenwald. Angesichts des Widerstandes gegen den Naziterror wurden die politischen Differenzen zweitangig. Willi Bleicher gehört zu denen,

die Bruno Apitz in seinem Roman „Nackt unter Wölfen“ beschreibt. Nach der Befreiung vom Faschismus schloß sich Bleicher wiederum der KPD an, die er 1951 erneut wegen politischer Differenzen verließ. 1953 trat er in die SPD ein. Vom Kriegsende an engagierte sich Willi Bleicher beim Neuaufbau der IG Metall in Stuttgart und wurde 1958 Bezirksleiter. Drei harte Streik- und Arbeitskämpfe, 1963, 1967 und 1971, bleiben mit seinem Namen verbunden.

Erfolge und Enttäuschungen haben Willi Bleichers Leben geprägt. Mögen politische Differenzen zu ihm bestehen, mögen Einschätzungen von Ereignissen und Entwicklungen nicht dekungsgleich sein, aber immer hat die Persönlichkeit, Gradlinigkeit und Ehrlichkeit des politischen Gewerkschaftsfunktionärs und engagierten Antifaschisten Achtung abgerungen.

Alles Gründe für die Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille. Das vorliegende Buch „Beispiele für den aufrechten Gang“ bringt auch über Helmut Simon und Carl von Ossietzky eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen und Nachdenkenswertem.

Es bleibt der Wunsch, mehr über Willi Bleicher – von ihm selbst – zu hören. Die Erfahrungen dieses Lebens wären gewiß ein wertvolles Geschenk für die nachfolgenden Generationen von Gewerkschaftern. a. p.

Augen rechts

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Werkstatt Westberlin (Hrsg.), Augen rechts, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt/M., 1981, 188 Seiten, 7,80 DM.

Was zunächst wie ein militärischer Befehl klingt, ist bei näherem Hinsehen die sehr ernst gemeinte Aufforderung an die demokratischen Kräfte in unserem Land, unser Augenmerk auf jene Kräfte zu lenken, die von den Behörden und der Justiz hierzulande wegen

Blindheit auf dem rechten Auge oder doch zumindest stark eingeschränkter Sehtüchtigkeit übersehen werden. Gemeint sind die alten Faschisten und ihre junge Nachgeburt, die Neonazis, die, einstmal totgeglaubt mit dem Zusammenbruch der Nazidiktatur, heute wieder verstärkt in Erscheinung treten und auch vor terroristischen Anschlägen nicht haltmachen.

VERLAGSINTERNS

Dem Leser ist es natürlich gleich aufgetreten: NACHRICHTEN feiern Jubiläum. Obwohl im Kopf der Zeitschrift seit Januar der XXI. Jahrgang vermerkt ist (in dieser Form auch nicht falsch, denn wir befinden uns seither im 21. Jahr des Erscheinens), vollenden wir mit dieser Ausgabe das zweite Jahrzehnt der Herausgabe der NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im Untertitel trägt die Zeitschrift heute noch die Zusätze „Gewerkschafts- spiegel, Informationen und Kommentare“. Die letzte Bezeichnung hat dabei nichts mit den seit 1971 den NACHRICHTEN regelmäßig vierteljährlich beigegebenen „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ zu tun, sondern stammt aus dem ursprünglichen Namen unseres Periodikums nachrichten. Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. (Man beachte die Kleinschreibung.) 1971 erfolgte der Wechsel in unserem Namenszug mit einer neuen grafischen Gestaltung und Großschreibung. Und 1974 wurde schließlich mit der Übernahme der vormals eigenständigen Zeitschrift „Gewerkschaftsspiegel“ deren Titel in den Namen einbezogen.

Wenn es also im Laufe der Geschichte der Zeitschrift einige Wechsel im Namenszug gab, die Elemente NACHRICHTEN und „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ waren von Anfang an dabei. Und noch eines hat Tradition: die Farbe grün. Sie ist schon so etwas wie ein Markenzeichen für NACHRICHTEN geworden. Wenn auch böse Zungen behaupten mögen, wir seien immer noch „grün hinter den Ohren“, so können wir stolz erwidern: Wir waren schon grün, als man von „den Grünen“ noch lange nicht sprach.

Genug der Wortspielerei. 20 Jahre NACHRICHTEN sind natürlich ein Anlaß zum Feiern. Das wollen wir tun, und zwar am Donnerstag, 11. Juni, ab 16 Uhr im Willi-Richter-Saal des Frankfurter Gewerkschaftshauses. Eingeladen sind natürlich auch unsere Leser, für die wir die Zeitschrift machen. Wenn wir auch einsehen, daß sich eine Anreise für unsere Leser aus Niederbayern oder von der Wasserkante wohl kaum lohnt, freuen wir uns über jeden Gast.

Zum Abschluß noch ein Hinweis. Zwar denkt die Redaktion in Anregung durch viele Zuschriften aus unserer Leserumfrage im vergangenen Herbst über eine verbesserte Aufmachung der NACHRICHTEN nach, doch bleibt diese Jubiläumsausgabe mit dem Artikel und Foto von Wolfgang Abendroth auf der ersten Seite und der Verdrängung der Inhaltsübersicht auf Seite 2 vorläufig noch eine Ausnahme.

TERMINAKALENDER

D 3476 E)

Postvertriebsstück

Gebühr bezahlt

NACHRICHTEN-

Verlags-GmbH,

Glauburgstr. 66,

Postf. 18 03 72,

6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 81005 0039 13
FREIE UNIVERSITAET B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITU
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Post für Walesa

Lech Walesa in Polen hat Post bekommen – vom Ortsjugendausschuß der IG Metall in Bruchsal. Unsere Kollegen schreiben, Walesa solle in einer seiner zahlreichen Pressekonferenzen, worüber westliche Medien ausführlich berichten, auf die Situation der Metaller der Bundesrepublik aufmerksam machen. Denn hier gibt's nur kurze Notizen.

Marschieren jetzt die Russen ein?

Die Unternehmerpropaganda treibt kuriöse Blüten. Ein Rastatter Kollege erfuhr am Infostand den Zusammenhang zwischen unserer Tarifforderung und einem russischen Einmarsch: „Eure Forderung macht die Wirtschaft kaputt. Dann gibt's Chaos. Darauf warten die Russen, damit sie einmarschieren können.“ Wer lacht denn da?

Halbes vom Band

Keiner weiß, was die Geschäftsleitung von Daimler-Benz in Sindelfingen sich dabei vorgestellt hat. Tatsache ist: Die Herren haben veranlaßt, daß ein Montageband während des Warnstreiks vom 22. April weiterzulaufen hat. Einige bedauernswerte Kollegen, die offenbar noch nicht mitbekommen hatten, daß der Warnstreik in vollem Gange war, sind wie von Furien gehetzt hinter den halbfertigen Autos hergelaufen, in der guten Absicht, sie auch zu montieren. Nach einer Viertelstunde allerdings ist das Band auf höhere Weisung wieder abgestellt worden. Die Chefs haben wahrscheinlich gemerkt, daß jetzt Autos teilweise ohne Räder, Türen oder Sitze vom Band kamen. Und das ist dem Hause mit Weltruf sicherlich nicht zuträglich.

Wir müssen erst den Knüppel...

Wir müssen erst den Knüppel aus der Tasche ziehn
Und mit der ganzen Mannschaft mal nach draußen gehn.
Deshalb bleiben wir so hart, alles andere ist Quark.
Denn nur gemeinsam sind wir stark.
(Refrain eines Streikliedes nach der Melodie: „Sie müssen erst den Nippel durch die Lasche ziehn.“)
(Entnommen den „METALL-Nachrichten“ aus Baden-Württemberg, Nr. 16 und Nr. 20.)

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIKGewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M.; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Steinweg 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 1. Mai

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

